


7. Sitzung, Montag, 29. Juni 2015, 14.30 Uhr

 Vorsitz: *Theresia Weber (SVP, Uetikon a. S)*
Verhandlungsgegenstände
29. Wahl des Präsidiums und der Mitglieder des Bankrates ZKB

Antrag der Interfraktionellen Konferenz

KR-Nr. 163/2015 Seite 355

30. Wahl des Verwaltungsrates der EKZ

Antrag der Interfraktionellen Konferenz

KR-Nr. 164/2015 Seite 359

31. Wahl des Aufsichtsrates der Sozialversicherungsanstalt

Antrag der Interfraktionellen Konferenz

KR-Nr. 165/2015 Seite 360

33. Genehmigung der Änderung der Organisationsverordnung des Verwaltungsgerichts

Antrag des Verwaltungsgerichts vom 26. August 2014 und geänderter Antrag der Justizkommission vom 10. Februar 2015

KR-Nr. 233a/2014 Seite 361

32. Genehmigung des Reglements über die Entschädigung der Staatsgarantie durch die Zürcher Kantonalbank

Antrag des Bankrates vom 27. November 2014 und geänderter Antrag der Spezialkommission vom 19. Januar 2015

KR-Nr. 332a/2014 Seite 367

7. Teilrevision des kantonalen Richtplans (Kapitel 4 Verkehr, Groberschliessungsstrasse für öffentliche Bauten und Anlagen sowie Glattalbahn und Kapitel 6 öffentliche Bauten und Anlagen, Gebietsplanung Nationaler Innovationspark, Hubstandort Dübendorf sowie Heliport mit Bundesbasis, Wangen-Brüttisellen)

Antrag des Regierungsrates vom 25. Juni 2014 und geänderter Antrag der Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt vom 28. April 2015 5105a *Seite 380*

8. Keine Kleinfliegerei auf dem Flugplatz Dübendorf

Antrag des Regierungsrates vom 11. Dezember 2013 zum Postulat KR-Nr. 204/2011 und geänderter Antrag der Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt vom 28. April 2015 4926a *Seite 391*

9. Bewilligung von jährlich wiederkehrenden Überträgen aus dem Lotteriefonds (Leistungsgruppe Nr. 4980) an das Amt für Landschaft und Natur für Leistungen im Bereich Naturbildung (Ausgabenbremse)

Antrag des Regierungsrates vom 5. November 2014 und geänderter Antrag der Finanzkommission vom 9. April 2015 5144a *Seite 399*

Verschiedenes

- Rücktrittserklärungen
- Rücktritt aus dem Kantonsrat von Walter Schoch, Bauma *Seite 411*
- Neu eingereichte parlamentarische Vorstösse *Seite 413*

Geschäftsordnung

Ratspräsidentin Theresia Weber: Das Wort wird nicht verlangt. Die Traktandenliste ist in der vorliegenden Form genehmigt.

29. Wahl des Präsidiums und der Mitglieder des Bankrates ZKB

Antrag der Interfraktionellen Konferenz

KR-Nr. 163/2015

Ratspräsidentin Theresia Weber: Gemäss Paragraf 13 des Kantonsratsgesetzes ist für die Wahl des Präsidiums geheime Wahl vorgeschrieben.

Marcel Lenggenhager (BDP, Gossau), Präsident der Interfraktionellen Konferenz (IFK): Die Interfraktionelle Konferenz schlägt Ihnen vor für das Präsidium des Bankrates:

János Blum, SP,

Jörg Müller-Ganz, FDP,

Bruno Dobler, SVP

Ratspräsidentin Theresia Weber: Sie haben die Vorschläge gehört. Werden diese vermehrt? Das ist nicht der Fall. Wir schreiten zur Wahl. Die Tür ist zu schliessen. Bitte drücken Sie die Präsenttaste «P/W».

Ich mache Sie darauf aufmerksam, dass auf der Tribüne und im Ratssaal ein Foto- und Filmverbot herrscht.

Wir gehen folgendermassen vor: Die Stimmzähler verteilen auf mein Zeichen hin die Stimmzettel und sammeln diese auf mein Zeichen hin wieder ein. Sie sind gebeten, an ihren Plätzen zu bleiben, bis ich das Zeichen gebe, dass alle Stimmzettel eingesammelt sind.

Die geheim vorgenommene Wahl ergibt folgendes Resultat:

Anwesende Ratsmitglieder	169
Eingegangene Wahlzettel.....	169
Davon leere Wahlzettel.....	0
Davon ungültige Wahlzettel	4
Massgebende Wahlzettel.....	169
Total Stimmen (3-fache Zahl der massgebenden Wahlzettel)	507

Abzüglich leere Stimmen.....	50
Abzüglich ungültige Stimmen	0
Massgebende Stimmenzahl.....	457
Massgebende einfache Stimmenzahl	152
Absolutes Mehr	77
Gewählt sind Jörg Müller-Ganz mit.....	167 Stimmen
János Blum mit	147 Stimmen
Bruno Dobler mit.....	143 Stimmen

Die Wahl ist somit zustande gekommen, und ich gratuliere den Gewählten zu ihrer ehrenvollen Wahl und wünsche ihnen viel Erfolg und Befriedigung in ihrem Amt. (*Applaus.*)

Wir fahren fort mit der offenen Wahl des Bankrates. Es sind zehn Bankratsmitglieder zu wählen. Diese Wahl kann offen durchgeführt werden. Wird ein anderer Antrag gestellt? Das ist nicht der Fall.

Marcel Lenggenhager (BDP, Gossau), Präsident der Interfraktionellen Konferenz (IFK): Die Interfraktionelle Konferenz schlägt Ihnen einstimmig vor:

*René Huber, SVP,
Hans Kaufmann, SVP,
Heinrich Kisker, Grüne,
Peter Ruff, SVP,
Mark Roth, SP,
Walter Schoch, EVP,
Anita Sigg, GLP,
Rolf Walther, FDP,
Stefan Wirth, CVP.*

Ratspräsidentin Theresia Weber: Sie haben die Vorschläge gehört. Wird der Vorschlag vermehrt?

Markus Späth (SP, Feuerthalen): Im Namen der SP-Fraktion schlage ich Ihnen

Herr Amr Abdelaziz, Zürich,

vor. Amr Abdelaziz ist kompetent und hochqualifiziert für die Position eines Bankrates. Er hat an der Universität Zürich Recht studiert, 2007 dort das Anwaltspatent erworben, an der Universität Genf «droit transnational» studiert, er hat in mehreren renommierten Anwaltskanzleien mit Schwergewicht Wirtschafts- und Unternehmensrecht gearbeitet. In den letzten siebeneinhalb Jahren war er in einer Kanzlei Mitglied der Banken- und Finanzmarktrechts-Gruppe und hat mehrere Banken und einen Bankenverband im Verfahren vor der WEKO (*Wettbewerbskommission*) und im Rahmen von FINMA-Abklärungen (*Abklärung der Finanzmarktaufsicht*) betreut. Eine weitere Bank hat er im Zusammenhang mit einer Untersuchung des US Department of Justice beraten.

Sein Kompetenzprofil entspricht damit umfassend den Anforderungen der ZKB. Er hat sich intern in einem Nominationsverfahren gegen sehr namhafte Konkurrenz bei uns durchgesetzt, weil er sachlich wirklich überzeugen konnte.

Ja, es stimmt, Amr Abdelaziz ist ein überzeugter Sozialdemokrat. Ja, er war JUSO-Mitglied. Ja, er setzt sich für eine gerechtere Gesellschaft ein. Ja, er verteidigt als Anwalt auch Menschen am Rand der Gesellschaft. Er ist wie jeder überzeugte Sozialdemokrat kritisch gegenüber einem Abzocker-Kapitalismus, der uns die Bankenkrise und unsägliche Bonus-Skandale eingebrockt hat.

Wenn qualifizierte Persönlichkeiten als Bankräte nicht mehr wählbar sein sollten, nur weil sie sich für eine Initiative wie «1:12», für eine faire Verteilung der Unternehmensgewinne oder für Mindestlöhne einsetzen, dann stellt das eine Absage an die Konkordanz und damit an einen Grundpfeiler des Erfolgsmodells Schweiz dar.

Es geht unter anderem heute dem Bankrat darum, dass er den Leistungsauftrag der ZKB genau verfolgt und umsetzt, die breite Bevölkerung mit Bankdienstleistungen zu versorgen, den preisgünstigen Wohnungsbau zu fördern – das steht alles im Leistungsauftrag drin –, den Kanton Zürich bei der Lösung seiner Aufgaben in Wirtschaft, Gesellschaft und Umwelt zu unterstützen und all dies auf nachhaltige Art und Weise zu tun. Dieser Auftrag trägt klar sozialdemokratische Züge, nichts anderes als eine Politik für alle und nicht für wenige steckt in diesem Leistungsauftrag drin. Dafür stehen wir ein, dafür steht unser

Kandidat ein. Ich empfehle Ihnen Amr Abdelaziz mit Überzeugung zur Wahl.

Hans-Peter Amrein (SVP, Küsnacht): Wie wir wissen, wird die Konkordanz in diesem Land sehr hoch gehalten, Herr Späth.

Ich spreche nicht für meine Fraktion, ich spreche für mich selber: Ich war Kunde der Anwaltskanzlei in welcher euer Kandidat von der SP arbeitet. Ich habe dieser Kanzlei das Mandat entzogen. Ich musste das hier sagen, weil ich nicht nur solche Lobhudlereien von der Gegenseite hören möchte, sondern ich glaube, dass wir hier drin keine politischen Eunuchen sind, sondern unsere Meinungen sagen sollten.

Ich weiss wie das Wahlverfahren geht, und ich weiss, dass wenn man keinen anderen Kandidaten hier vorschlägt, dass der euch genehme Herr gewählt ist. Und ich habe mich an meine Fraktion zu halten, und ich werde das auch tun.

Aber ich sage einfach in diesem Rat, ich verstehe es nicht, dass man einen Mann, der Anti-Mubarak-Demonstrationen in Zürich organisiert, 1. Mai-Podien organisiert... (*Zwischenrufe*), ja, ich sage es so, für die Abschaffung des Kapitalismus ist, im Anwaltskollektiv ist, bei den Demokratischen Juristen ist und vor allem ein politischer Aktivist ist, dass der in den Bankrat der drittgrössten Bank gewählt wird. Und ich verstehe es nicht, dass man da einen Anwalt hochjubelt, der als Junior in einer grossen Anwaltskanzlei etwas mitgeholfen hat, Devisenspekulationen von Grossbanken zu untersuchen. Das musste mal gesagt werden.

Und wie gesagt, sonst werde ich jetzt absitzen und ruhig sein, und ich finde es glorios, was ihr da macht und ich finde es vor allem glorios für die Zürcher Kantonalbank, die jetzt ein so neues Mitglied und so ein gutes neues Mitglied in ihrem Verwaltungsrat hat. Ich danke Ihnen.

Ratspräsidentin Theresia Weber: Vorgeschlagen wird:

Amr Abdelaziz, SP.

Weitere Vorschläge wurden nicht gemacht. Es sind zehn Vorschläge für zehn Sitze. Gemäss Paragraf 13 des Kantonsratsgesetzes ist die Abstimmung in geheimen Verfahren durchzuführen, sofern mehr Vor-

schläge vorliegen, als Sitze zu vergeben sind. Das ist nicht der Fall. Damit erkläre ich die vorgeschlagenen Personen gemäss Paragraf 43 litera a des Geschäftsreglementes des Kantonsrates als gewählt. Ich gratuliere den Gewählten zur Wahl und wünsche ihnen Erfolg und Befriedigung im Amt. (*Applaus*).

Das Geschäft ist erledigt.

30. Wahl des Verwaltungsrates der EKZ

Antrag der Interfraktionellen Konferenz

KR-Nr. 164/2015

Ratspräsidentin Theresia Weber: Gemäss Paragraf 13 des Kantonsratsgesetzes kann diese Wahl ebenfalls offen durchgeführt werden. Wird ein anderer Antrag gestellt? Das ist nicht der Fall. Somit kann die Wahl offen durchgeführt werden.

Marcel Lenggenhager (BDP, Gossau), Präsident der Interfraktionellen Konferenz: Die einstimmige Interfraktionelle Konferenz schlägt Ihnen zur Wahl vor:

*Christoph Balmer, SP,
Martin Bäumle, GLP,
Ueli Betschart, SVP,
Reto Dettli, SP,
Bruno Heinzelmann, SVP,
Ueli Kübler, SVP,
Martin Mossdorf, FDP,
Peter Reinhard, EVP,
Rolf Schaeren, CVP,
Ernst Schibli, SVP,
Natalie Vieli, Grüne,
Gabriela Winkler, FDP,*

Sabine Ziegler, SP.

Ratspräsidentin Theresia Weber: Sie haben die Vorschläge gehört. Werden weitere Personen vorgeschlagen? Das ist nicht der Fall. Dann erkläre ich auch hier die vorgeschlagenen Personen gemäss Paragraf 43 des Geschäftsreglements als gewählt. Ich gratuliere auch Ihnen zur Wahl und wünsche Ihnen Erfolg und Befriedigung im Amt. (*Applaus.*)

Das Geschäft ist erledigt.

31. Wahl des Aufsichtsrates der Sozialversicherungsanstalt

Antrag der Interfraktionellen Konferenz

KR-Nr. 165/2015

Ratspräsidentin Theresia Weber: Gemäss Paragraf 13 des Kantonsratsgesetzes kann diese Wahl ebenfalls offen durchgeführt werden. Wird ein anderer Antrag gestellt? Das ist nicht der Fall. Somit kann die Wahl offen durchgeführt werden.

Marcel Lenggenhager (BDP, Gossau), Präsident der Interfraktionellen Konferenz: Die einstimmige Interfraktionelle Konferenz schlägt Ihnen zur Wahl vor:

Sebastian Aeppli, Grüne,

Hans Egloff, SVP,

Uwe Koch, SP,

Urs Lauffer, FDP,

Thomas Weibel, GLP.

Ratspräsidentin Theresia Weber: Sie haben die Vorschläge gehört. Werden weitere Personen vorgeschlagen? Das ist nicht der Fall. Dann erkläre ich auch hier die vorgeschlagenen Personen gemäss Paragraf 43 des Geschäftsreglements als gewählt. Ich gratuliere auch Ihnen zur Wahl und wünsche Ihnen Erfolg und Befriedigung im Amt. (*Applaus.*)

Das Geschäft ist erledigt.

33. Genehmigung der Änderung der Organisationsverordnung des Verwaltungsgerichts

Antrag des Verwaltungsgerichts vom 26. August 2014 und geänderter Antrag der Justizkommission vom 10. Februar 2015

KR-Nr. 233a/2014

Ratspräsidentin Theresia Weber: Ich begrüsse Herrn Ruedi Bodmer, 1. Vizepräsident des Verwaltungsgerichts. Wir haben freie Debatte beschlossen. Wir können nicht eintreten, rückweisen, ablehnen und natürlich Zustimmung beschliessen. Wir können an der Verordnung selbst nichts ändern. Es liegt ein Minderheitsantrag von Jacqueline Hofer vor, auf die Vorlage nicht einzutreten. Das Wort zum Eintreten hat der Präsident der Justizkommission, Johannes Zollinger.

Johannes Zollinger (EVP, Wädenswil), Präsident der Justizkommission (JUKO): Das Verwaltungsgericht hat am 26. August 2014 eine Änderung seiner Organisationsverordnung verabschiedet. Paragraf 40 des Verwaltungsrechtspflegegesetzes sieht vor, dass die Organisationsverordnung und ihre Änderung vom Kantonsrat zu genehmigen sind, weshalb der Rat heute darüber zu beschliessen hat.

Kernpunkt der heutigen Diskussion ist die darin enthaltene Einführung einer Konsultativkommission. Die übrigen Änderungen sind eher untergeordneter Natur und waren in der Justizkommission unbestritten.

Das Verwaltungsgericht verfügt wie alle obersten Gerichte über eine Verwaltungskommission. Diese Verwaltungskommission ist das zentrale Führungs- und Aufsichtsorgan, welches alle Justizverwaltungsgeschäfte des Verwaltungsgerichts und der ihm unterstellten Gerichte behandelt. Die Verwaltungskommission besteht am Verwaltungsgericht aus dem Gerichtspräsidenten und den Vizepräsidenten, also aus den vier vollamtlichen Richtern. Die übrigen zwölf Mitglieder, allesamt teilamtliche Mitglieder, sind nicht darin vertreten. Das hat sich als problematisch erwiesen, da die Interessen der teilamtlichen Mitglieder dadurch in der Verwaltungskommission zu wenig vertreten

sind, diese aber im Plenum bei der Beschlussfassung über die Geschäfte eine ganz klare und überwiegende Stimmenmehrheit verfügen. Deshalb soll aus den Reihen der teilamtlichen Mitgliedern eine Konsultativkommission geschaffen werden und ein teilamtliches Mitglied soll in der Verwaltungskommission Einsitz erhalten. Damit sollen der Informationsfluss und die Mitarbeit der teilamtlichen Mitglieder bei der Führung des Gerichts institutionalisiert werden. Bei der Vorbereitung wichtiger Gesamtgerichtsentscheide soll die Konsultativkommission durch die Verwaltungskommission beigezogen werden.

Die Mehrheit der Justizkommission beantragt dem Kantonsrat, diese Änderungen zu genehmigen. Sie ist der Auffassung, dass sich die Gerichte möglichst weitgehend selber organisieren sollen, soweit es ihnen zweckmässig erscheint. Die Einführung einer Konsultativkommission beim Verwaltungsgericht scheint der Kommissionsmehrheit ein taugliches Mittel zur Verbesserung der Organisation zu sein. Durch die Konsultativkommission entstehen schliesslich keine Zusatzkosten, da dafür keine Sitzungsgelder entrichtet werden.

Die Minderheit der Kommission hält eine solche Konsultativkommission für unnötig und lehnt die Genehmigung ab, weshalb sie Nichteintreten beantragt.

Im Namen der Kommissionsmehrheit beantrage ich Ihnen, auf die Vorlage einzutreten und die Änderungen zu genehmigen. Und ich gestatte mir auch noch eine persönlichen Nachsatz: Es müsste mal geprüft werden, ob es Sinn macht, dass der Kantonsrat so weit in die Organisation eines solchen Gerichtes hineinredet oder ob man nicht vernünftigerweise die interne Organisation des Gerichts dem Gericht überlassen sollte. Aber das wäre dann vielleicht für künftige Kantonsratsmitglieder ein Thema. Ich danke Ihnen.

Minderheitsantrag von Jacqueline Hofer, Roland Scheck, Rolf Stucker und Heinrich Wuhrmann:

I. Auf die Vorlage wird nicht eingetreten.

Jacqueline Hofer (SVP, Dübendorf): Die SVP-Fraktion wird diesen unnötigen Antrag des Verwaltungsgerichtes klar ablehnen. Wir sind der Meinung, dass sich das Verwaltungsgericht auf seine eigentlichen Funktionen konzentrieren und seine Geschäftsführung schlank und effizient halten soll.

Worum geht es? Nebst kleineren redaktionellen Änderungen beantragt das Verwaltungsgericht die Schaffung einer Konsultativkommission. Grund: Teilamtliche Mitglieder seien nicht in der Geschäftsführung vertreten. Inskünftig soll ein teiltamtliches Mitglied in der Verwaltungskommission Einsitz nehmen können. Aus unternehmerischer Sicht ist das ein internes Management-Problem. Im Hinblick auf die Einstellung eines neuen Generalsekretärs wurde uns aber versichert, dass ein entsprechendes zentrales Gremium problemlos ad hoc zusammengestellt werden kann. Problemlos ad hoc zusammengestellt werden kann – das möchte ich einfach hier nochmals betonen. Die Schaffung einer Konsultativkommission ist daher nicht notwendig.

Fazit: Die Einführung von neuen stetigen Verwaltungsgefässen ist immer mit Kosten verbunden, auch wenn uns heute versichert wird, dass das im Moment nicht der Fall ist. Ich erinnere Sie dann gerne später daran, falls die Verordnung heute verabschiedet wird. Bei einem Ja zur heutigen Vorlage wird die Grundlage geschaffen, den Verwaltungsapparat weiter aufzublähen und inskünftig neue Kosten und Gebühren zu generieren. Nach eingehender Prüfung dieses Geschäftes empfehle ich daher, die Vorlage abzulehnen. Besten Dank.

Esther Meier (SP, Zollikon): Die Änderung der Organisationsverordnung des Verwaltungsgerichts dient der besseren Einbindung der teiltamtlichen Richterinnen und Richter in die Geschäftsführung und in die Funktion des Gerichtes. Es handelt sich um eine kleine organisatorische Änderung, welche keine zusätzlichen Ressourcen beansprucht. Der Wunsch kommt vom Gericht selber und es gibt keine Veranlassung für den Kantonsrat, dem nicht zuzustimmen. Unsere Fraktion begrüsst den besseren Einbezug von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern mit Teilpensen.

Und noch eine Bemerkung zum Gender-Aspekt: Die vier Abteilungspräsidien sind in Männerhand. Der Einbezug der Anliegen von teiltamtlichen Mitgliedern führt also unter Umständen auch zu einem vermehrten Einbezug der Anliegen der Frauen am Gericht. Unsere Fraktion wird die Vorlage genehmigen. Vielen Dank.

Sonja Rueff (FDP, Zürich): Die heutige Vorlage betrifft die Änderung der Organisationsverordnung des Verwaltungsgerichts. Die Verordnung stützt sich auf Paragraph 40 des Verwaltungsrechtspflegegesetzes,

wonach die Organisation und der Geschäftsgang des Gerichts in der vorliegenden Verordnung geregelt werden soll. Der Kantonsrat muss die Verordnung genehmigen, so auch dessen Änderungen. Die Absicht der vorliegenden Änderung ist die optimale Führung des Gesamtgerichtes. Das Verwaltungsgericht hat 16 Mitglieder, zwölf davon sind in einem Teilamt tätig. Die vier vollamtlichen Mitglieder bilden die Geschäftsführung, das heisst die Verwaltungskommission. Dass die zwölf teiltamtlichen Mitglieder nicht in der Geschäftsführung vertreten sind, wurde als reformbedürftig erachtet. Die Themen Justizverwaltung, Spruchkörperbildung und Ausstandsverfahren wurden in der vorliegenden Änderung ebenfalls überarbeitet, sind aber unbestritten.

Im Fokus stehen die Schaffung der Konsultativkommission aus den Reihen der teiltamtlichen Mitglieder sowie die Einsitznahme eines teiltamtlichen Mitglieds in der Verwaltungskommission. Die FDP ist der Meinung, dass es dem Gericht überlassen sein soll, wie es sich am optimalsten organisiert. Durch die Änderung der Organisation im Verwaltungsgericht ist nicht anzunehmen, dass die Qualität und Effizienz des Gerichtes darunter leidet. Selbstverständlich dürfen keine zusätzlichen Kosten anfallen. Deshalb werden wir bei den Kosten des Verwaltungsgerichtes ein spezielles Augenmerk darauf richten, wenn dies die einzige Befürchtung des Kantonsrates ist, weshalb der Änderung nicht zuzustimmen sei. Im Übrigen hat es der Kantonsrat ja selber in der Hand dies selber zu kontrollieren. Die FDP wird dieser Änderung zustimmen.

Peter Bodmer, 1. Vizepräsident des Verwaltungsgerichts: Ich bedanke mich, dass Sie sich mit meiner Wenigkeit heute Nachmittag zufrieden geben, nachdem der Präsident des Verwaltungsgerichtes heute Nachmittag leider unabkömmlich ist, wofür wir uns entschuldigen. Und ich sage bewusst meine Wenigkeit, weil das ein «Feminin» ist.

Wie jede Vorlage hat auch diese Vorlage Befürworter und Gegner, also zwei Seiten, und auch das Verwaltungsgericht hat zwei Seiten: Eine gegen aussen, das ist der Auftritt als Gericht, wie er bekannt ist, und eine gegen innen, das ist die innere Organisation. Und was wir Ihnen mit dieser Änderung beziehungsweise Anpassung der Organisationsverordnung beantragen, ist eine Optimierung der inneren Organisation, und das hängt zusammen. Es ist etwas unzweckmässig, wenn man einerseits vom Verwaltungsgericht verlangt, es soll seine Aufga-

be erfüllen und andererseits ihm die Möglichkeit nimmt, interne Strukturen zu optimieren.

Wir haben schon viel gehört, ich will mich nicht wiederholen. Sie haben gehört, dass es sinnvoll wäre, ein teilamtliches Mitglied in die Verwaltungskommission aufzunehmen. Das ist sinnvoll, weil teilamtliche Richter einfach andere Bedürfnisse haben an einem Gericht. Sie haben ein 50-Prozent-Pensum. Sie haben 50 Prozent zur Verfügung, um sich sonst wie zu betätigen, während 100-Prozent arbeitende Mitglieder einfach am Gericht arbeiten, und da gibt es einfach Fragen, für die wir manchmal einfach kein Verständnis haben oder gar nicht daran denken. So ist es sicher sehr sinnvoll, ein teilamtliches Mitglied in die Verwaltungskommission aufzunehmen. Das hängt dann natürlich zusammen mit der Konsultativkommission. Ich gebe zu, dass dieser Name etwas unglücklich gewählt ist, aber Sie können versichert sein, dass die Richtenden am Verwaltungsgericht nicht das Bedürfnis haben, sich während der Arbeitszeit im Sumpf endloser Debatten zu versenken und für jede Lösung ein Problem zu suchen.

Natürlich kann man sich fragen, ob das nötig ist oder nicht, aber das ist eigentlich die falsche Frage. Die richtige Frage wäre, kann man optimieren, und man kann optimieren. Wir haben ein Mitglied in der Verwaltungskommission. Das kann seinerseits diese Konsultativkommission, um bei diesem Namen zu bleiben, einschalten. Wir haben ein Gefäß, eine ständige Kommission, die wir einsetzen können. Wir mussten in den letzten zwei Jahren viermal eine Kommission bilden. Das geht, selbstverständlich geht das. Aber mit jeder Auflösung einer Kommission geht wieder Know-how verloren, und was wir mit dieser Konsultativkommission schaffen wollen, ist latent eine Kommission mit Personen zu schaffen, die bereit sind, Kommissionsarbeit zu leisten, und die wir einsetzen können nach Bedarf. Und selbstverständlich ist das unentgeltlich. Es gibt auch keine Sitzungsgelder, und wir werden das Budget auch nicht über die Kaffeemaschine so «aufpumpen», sodass wir uns ein Sitzungsgeld auszahlen können.

Ein wichtiger Punkt zuletzt betreffend Regeln über die Ausstandsregeln: Wir haben das Problem, dass eine ganze Abteilung abgelehnt worden ist und dann ist das Prozedere sehr kompliziert, weil dann das Plenum über dieses Ablehnungsbegehren entscheiden muss. Das sind also zwölf Richtende, die alle die Akten lesen müssen, die alle den Entscheid lesen müssen. Jetzt kann man das vereinfachen, wenn Sie dieser Vorlage zustimmen würden, indem eine andere Abteilung ent-

scheiden kann. Und das ist nicht ein gar so seltener Fall. Diese Kammer wurde abgelehnt von der Behörde einer grösseren Stadt im Kanton Zürich und nicht irgendwie von einer querulatorischen Person.

Ich möchte Sie also sehr gerne und herzlich dazu einladen, sich mit dieser Vorlage zu beschäftigen und sie auch gleich gutzuheissen. Das würde uns sehr helfen und unsere innere Organisation stärken und effizienter machen. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Abstimmung

Der Kantonsrat lehnt den Minderheitsantrag mit 116 : 52 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) ab. Damit ist Eintreten beschlossen.

Eintreten

Detailberatung

Titel und Ingress

Keine Bemerkungen; genehmigt.

I.

Keine Bemerkungen; genehmigt.

II.

Keine Bemerkungen; genehmigt.

Schlussabstimmung

Der Kantonsrat beschliesst mit 116 : 52 Stimmen (bei 0 Enthaltungen), die Organisationsverordnung gemäss Vorlage KR-Nr. 233a/2014 zu genehmigen.

Das Geschäft ist erledigt.

32. Genehmigung des Reglements über die Entschädigung der Staatsgarantie durch die Zürcher Kantonalbank

Antrag des Bankrates vom 27. November 2014 und geänderter Antrag der Spezialkommission vom 19. Januar 2015

KR-Nr. 332a/2014

Martin Arnold (SVP, Oberrieden), Präsident der ZKB-Spezialkommission: Nachdem der Rat in der Sitzung vom 14. April 2014 ein erstes Reglement zur Abgeltung der Staatsgarantie an den Bankrat zurückgewiesen hat, verbunden mit dem Auftrag, Paragraph 2 des Reglements, der die Berechnung der jährlichen Entschädigung festlegt, so zu formulieren, dass der Grundsatz des Berechnungs-Mechanismus klar ist, legt der Bankrat nun das vorliegende Reglement vor.

Vorab wird im Reglement gestützt auf Paragraph 6 des Kantonalbankgesetzes festgehalten, dass die Zürcher Kantonalbank für die Staatsgarantie eine jährliche Abgeltung zu leisten hat. Die Höhe dieser Entschädigung wird vom Bankrat festgelegt.

Dabei hat der Bankrat zwei Faktoren zu berücksichtigen. Einerseits den potentiellen Sanierungsbedarf für den Fall, dass die Staatsgarantie zum Tragen kommt, andererseits die Wahrscheinlichkeit, dass der Umstand tatsächlich eintritt, dass auf die Staatsgarantie zurückgegriffen werden muss. Damit kommt die Abgeltung der Staatsgarantie einer Versicherungsprämie sehr nahe, die sich am möglichen Schaden und der Wahrscheinlichkeit des Eintrittes orientiert.

Der Sanierungsbedarf wird über die Kapitalquote berechnet. Die Kapitalquote setzt das harte Kernkapital ins Verhältnis zu den risikogewichteten Aktiven. Aufsichtsrechtlich wird von einer Bank in der Schweiz zurzeit verlangt, dass ihre Kapitalquote in einer Normalsituation 12 Prozent beträgt. Eine Existenzkrise liegt gemäss Basel III (*Empfehlungen zur internationalen Bankenregulierung durch das Basel Committee on Bank Supervision*) vor, wenn die Kapitalquote unter 5 Prozent sinkt. Somit ist rechnerisch von einem Sanierungsbetrag von 7 Prozent der risikogewichteten Aktiven auszugehen.

Das Vorgehen des Bankrates bei der Festlegung der Höhe des Abgeltungsbetrages wird also wie folgt aussehen: Der Bankrat wird feststellen, wie hoch die risikogewichteten Positionen des Stammhauses per

31. Dezember des Vorjahres waren. Dann wird er die Kapitalquoten in einer Normalsituation und einer Existenzkrise miteinander vergleichen. Die Differenz der Kapitalquoten multipliziert mit den risikogewichteten Aktiven ergeben den potenziellen Sanierungsbedarf.

Die Wahrscheinlichkeit, dass der Sanierungsfall eintritt, wird mit 0,5 Prozent veranschlagt. Alle bisherigen Modellrechnungen gehen von einer um Faktoren geringeren Wahrscheinlichkeit aus. Um aber das Risiko nicht zu gering einzuschätzen, wurde zu Gunsten des Staates von einer höheren Wahrscheinlichkeit ausgegangen und damit eine Sicherheitsmarge eingebaut.

Die Mehrheit der Kommission erachtet sowohl das gewählte Modell, das Versicherungsmodell, als auch die Berechnungsart der Höhe der Entschädigung als einen gangbaren Weg zur Festlegung dieser jährlichen Abgeltung. Sie empfiehlt deshalb dieses Reglement anzunehmen.

Eine Minderheit erachtet die Berechnungsart zum einen als zu kompliziert und von zu vielen Faktoren abhängig und hätte gerne eine andere Berechnungsart gehabt. Zudem erachtet sie eine Abgeltung als überhaupt nicht mehr nötig, nachdem auf die Ausgabe von Partizipationsscheinen verzichtet wurde. Diese Minderheit lehnt das Reglement deshalb ab.

Im Namen der Kommissionsmehrheit beantrage ich Ihnen, das Reglement zu genehmigen. Besten Dank.

Minderheitsantrag von Beat Bloch, Esther Guyer und Andreas Hauri:

Auf die Vorlage wird nicht eingetreten.

Beat Bloch (CSP, Zürich): Der Kantonsrat hat wie gehört an der Sitzung vom 14. April das damals vorgelegte Reglement zur Abgeltung der Staatsgarantie an den Bankrat zurückgewiesen. Mit der Rückweisung verbunden war der Auftrag, die Berechnung der jährlichen Entschädigung so im Reglement festzulegen, dass der Grundsatz des Berechnungsmechanismus klar ist.

Die Bank und die Mehrheit der Kommission haben für die Berechnung eine Anlehnung an ein Versicherungsmodell gewählt. Wir lehnen dieses Modell aus drei Gründen ab.

Ein Grund, warum eine Abgeltung der Staatsgarantie vorgenommen werden soll, ist der Ausgleich des Marktvorteils, den die ZKB hat, weil sie über eine Staatsgarantie verfügt. Allein der Umstand, dass die ZKB per Gesetz eine unlimitierte Staatsgarantie hat, verschafft ihr einen Wettbewerbsvorteil. Mit der Bezahlung einer Abgeltung wird dieser gemindert. Diese Abgeltung hat aber überhaupt nichts mit einer Versicherungsprämie zu tun. Der Marktvorteil wurde denn auch nie genau errechnet und auch nie genau quantifiziert.

Der zweite Grund liegt darin, dass bisher keine Versicherungsgesellschaft bereit war, eine entsprechende Offerte für eine unlimitierte Garantie zu errechnen und somit eine angemessene Versicherungsprämie auch deshalb nicht errechnet werden kann, weil es keine entsprechenden Vergleiche oder Modellrechnungen gibt.

Der dritte Grund unserer Ablehnung liegt darin, dass die vorgeschlagene Berechnungsmethode in Paragraph 2 des Reglementes, potenzieller Sanierungsbedarf mal Wahrscheinlichkeit des Sanierungsfalles, weit weg von der Realität liegt. Beim potenziellen Sanierungsfall geht das Reglement von einer Existenzkrise gemäss den Regulationsmechanismen von Basel III aus. Dieser potenzielle Sanierungsfall tritt dann ein, wenn die Kernkapitalquote unter 5 Prozent sinkt. Die Existenzkrise löst eventuell eine staatliche Intervention aus, um die Bank zu retten. Dies hat aber nur bedingt mit der Staatsgarantie zu tun. Die Staatsgarantie greift dann, wenn die ZKB ihren Verpflichtungen nicht mehr nachkommen kann. Der Kanton garantiert dann die Zahlung aller ausstehenden Verpflichtungen. Die Interventionsgrenze nach Basel III und der danzumal anfallende Sanierungsbedarf haben aber nichts mit der Höhe der Verbindlichkeiten zu tun, die der Kanton allenfalls übernehmen muss, wenn die Bank zahlungsunfähig wird und damit bankrott ist. Von daher wäre der falsche «Vorgang» der Berechnung der Versicherungsprämie zugrunde gelegt worden und eigentlich der falsche «Vorgang» versichert worden.

Bei der Wahrscheinlichkeit des Sanierungsfalls wurde ein weit höherer Wert angenommen, als Modellrechnungen ergeben. Gemäss dem uns in der Kommission präsentierten Berechnungen ging man von einem Wert von 0,05 Prozent aus, was einen zehnmal tieferen Wert darstellt. Jetzt kann man zwar sagen, wie das der Präsident (*Martin Arnold*) gesagt hat, dass das ja schön ist, wenn die ZKB unter dem Titel «Abgeltung der Staatsgarantie» mehr bezahlt, als eine Versiche-

rungsprämie kosten würde, aber dann wird das Versicherungsmodell definitiv zur Farce.

Berücksichtigt man all diese Mängel im Reglement, so macht es wenig Sinn, diesem zuzustimmen. Wir erinnern gerne daran, dass wir bei der Erstbehandlung der Abgeltung für die Staatsgarantie eine Regelung mit einem Fixbetrag vorgeschlagen haben, dafür aber leider keine Mehrheit gefunden haben. In dieser Form wollen wir das Reglement nicht. Die Fraktion der Grünen mit der CSP beantragt Ihnen deshalb, auf dieses Reglement nicht einzutreten.

Hans-Peter Amrein (SVP, Küsnacht): Schludrig gearbeitet, zurück an den Absender, so lautet leider mein Fazit zu diesem gründlich missratenen Reglement. Im Gegensatz zu meiner Fraktion werde ich aus folgenden Gründen für die Rückweisung stimmen.

Erstens: Die Formulierung von Paragraph 4 Absatz 2 ist überheblich. Der Wahrscheinlichkeitsfaktor des Risikos einer Sanierung ist zu tief angesetzt. Ich zitiere den entsprechenden Absatz im Reglementsentwurf: «Unter Berücksichtigung der engen Datenlagen für Krisen von Banken mit vergleichbar hohem Rating wie der Zürcher Kantonalbank wird die jährliche Wahrscheinlichkeit einer Sanierung konservativ auf 0,5 Prozent festgelegt.» Der Terminus «konservativ festgelegt» gehört weder in ein Gesetz noch in eine Verordnung und auch nicht in ein Reglement, geschätzte Damen und Herren.

Dass die Mehrheit der vorberatenden ZKB-Spezialkommission, welcher ich auch angehörte, einen solchen Unsinn durchgewinkt hat, zeugt von Sitzungsverdrossenheit und ist wohl weniger als Zustimmung zu dieser gründlich missratenen Formulierung zu betrachten. Die Kommission stellte Antrag, noch vor Ablauf der Legislatur aufgelöst zu werden. Doch so einfach ist es halt nicht.

Dieser Ansatz ist unkorrekt und zweifelhaft formuliert. Das Reglement gehört deshalb abgelehnt und wenn nötig, muss die Kommission wieder eingesetzt werden. Dank Staatsgarantie vom hohen Ross hinab die Wahrscheinlichkeit einer Sanierung der mit erheblichen Klumpenrisiken bedachten Hypothekar-Grossbank mit nur 0,5 Prozent festzusetzen, ist meiner Ansicht nach verfehlt.

Zweitens: Der Name Standard & Poor's (*Ratingagentur*) gehört nicht in dieses Reglement, sehr geehrter Herr Bankratspräsident Müller (*Jörg Müller-Ganz*) und geschätzte Kantonsrätinnen und Kantonsräte. So wie die Namen von McDonalds und Coca Cola auch nicht in das

Gesundheitsreglement eines Spitals gehören. Die vorberatende Kommission hätte besser daran getan, eine Bewertungsagentur oder eine grössere Rückversicherungsgesellschaft zu beauftragen, die Ausfallswahrscheinlichkeit für die Zürcher Kantonalbank ohne Einbezug der Staatsgarantie berechnen zu lassen. Der von den Spezialisten ermittelte Wahrscheinlichkeitsfaktor wäre um ein Mehrfaches höher, als der im uns vorliegenden Reglementsentwurf gewählte Minimalsatz von 0,5 Prozent, gelegen. Das ist so sicher wie das Amen in der Kirche.

Da es nicht möglich ist, Änderungsanträge zu diesem Reglementsentwurf zu stellen, werde auch ich dafür stimmen, auf diese Vorlage nicht einzutreten. Vielleicht tun Sie es mir gleich, sehr geehrte Mitglieder dieses Rates, und drücken damit Ihr Unbehagen über die Berechnungsmethode der Ausfallswahrscheinlichkeit und die ungenügenden Definitionen und Formulierungen des vorliegenden Reglements aus. Ich danke Ihnen.

Ruedi Lais (SP, Wallisellen): Die SP-Fraktion wird dem Reglement zustimmen. Wie der Präsident gesagt hat, haben wir es uns selbst auferlegt, das Versicherungsmodell im Paragrafen 6 des geänderten ZKB-Gesetzes in ein Reglement zu giessen. Diesem Entscheid sind wir nun verpflichtet, ob wir ihn nun gut finden oder nicht.

Das Versicherungsmodell hat für uns den entscheidenden, wenn auch hoffentlich möglichst selten eintretenden Vorteil, dass die Abgeltung der Staatsgarantie von der Ausschüttung des Gewinns an die öffentliche Hand getrennt wird. Mit anderen Worten: Die ZKB bezahlt die Versicherungsprämie auch dann – und gerade dann eben mit umso grösserer Berechtigung –, wenn es der Bank einmal so schlecht gehen sollte, dass sie die Ausschüttung nicht ausrichten kann. Dieser Systemwechsel entspricht der Mehrheitsmeinung des Kantonsrates vor wenigen Monaten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir tragen hier eine grosse Verantwortung für einen der grössten Werte in der Bilanz des Kantons Zürich und vor allem für eine Grossfirma, die gemeinnützig ist und dem ganzen Zürcher Volk sehr viel Nutzen stiftet. Hören wir also damit auf, in einer unerträglichen, besserwisserischen Art und in einer unerträglichen «Mr-Doom-Pose» (*doom: Englisch für Verhängnis, Verderben, Untergang*) dauernd den Untergang der ZKB diskutieren zu wollen. Das würden wir uns nämlich auferlegen, wenn wir nochmals

eine Runde über den allfälligen Untergang der ZKB diskutieren wollten. Die SP hält nichts von solchen endlosen Diskussionen, sie hält nichts davon, in einer Art «Excel-Strategie» dauernd an irgendwelchen Formeln herumzuschrauben. Die Annahme, alle 200 Jahre gehe eine Staatsbank Pleite, ist nun einmal keine naturwissenschaftlich fundierte Annahme, sondern eine historische Annahme, und deshalb hat man von konservativer Annahme gesprochen. Der Staat Zürich erhält eine grosszügige Versicherungsprämie für einen Fall, der hoffentlich nie eintritt.

Diese Lösung ist sauber herausgearbeitet worden, entspricht dem Auftrag unserer Ratsmehrheit, und ich bitte Sie im Namen der SP-Fraktion, das Kapitel «Versicherungsmodell Abgeltung Staatsgarantie» für einige Jahre in einer produktiven Art und Weise zu schliessen.

Olivier Hofmann (FDP, Hausen a. A.): 2014 haben wir in diesem Rat das ZKB-Gesetz überarbeitet. Dabei haben wir auch festgelegt, dass die Staatsgarantie abgegolten werden soll. Heute geht es nur um die Frage, nach welchem Modell und in welcher Höhe die Staatsgarantie für die ZKB abgegolten werden soll. Die jetzt vorgeschlagene Lösung ist sehr pragmatisch. Wir sind für Eintreten und wir werden dem Reglement zustimmen.

Wir dürfen aber etwas nicht vergessen: Wenn wir heute über diese Vorlage entscheiden, beeinflussen wir damit nicht das Risiko, welches mit der Staatsgarantie für den Kanton Zürich verbunden ist. Die FDP hat mehrfach darauf hingewiesen, und ich wiederhole es auch heute: Die ZKB ist eines der grössten Assets, welche der Kanton Zürich hat, mit der ZKB sind aber auch Risiken verbunden, die für den Kanton Zürich nach unserer Meinung zu gross sind. Diese Risiken sind jedoch nicht Gegenstand der heutigen Vorlage und ich gehe daher nicht näher auf diese ein. Die FDP ist für Eintreten und wird der Vorlage zustimmen.

Daniel Hodel (GLP, Zürich): Heute geht es um die Berechnung der Abgeltung. Nein, darum geht es eben gerade nicht. Der geplante Fonds zur Entschädigung der Staatsgarantie ist aus Sicht der grünliberalen Fraktion überflüssig. Nein, ich muss es sogar klarer sagen: Es ist sachlich gesehen ein Irrweg. Auch das Votum von Ruedi Lais ist Augenwischerei. Wir zementieren hier für Jahre eine Staatsgarantie, die wir in dieser Form nicht wollen. Wir möchten hier und jetzt fürs Pro-

tokoll nochmals darauf hinweisen, dass nicht nur das Reglement, sondern auch die so definierte Abgeltung grundsätzlich überflüssig ist.

Wie schon während der Debatte im April letzten Jahres von uns gesagt und wie von der damaligen Finanzdirektorin Ursula Gut bestätigt, handelt es sich bei der Staatsgarantie eher um eine psychologische Versicherung mit, in Anbetracht der gewaltigen Kennzahlen der ZKB, wenig Wert im Notfall. Überlegen Sie mal, wie oft die ZKB rund 20 Millionen pro Jahr einzuzahlen hat, bis endlich eine ansprechende Summe im geplanten Fonds zur Finanzierung einer Notfallsanierung bereitsteht. Was wir heute genehmigen, wiegt uns also in falscher Sicherheit. Wohl kaum eine Versicherung würde solche Risiken übernehmen.

Für den Kanton Zürich ist die ZKB «too big to fail». Zudem beschliessen wir sowohl aus unternehmerischer Sicht wie aber auch aus Sicht des Eigentümers etwas Kurioses. Da wir bekanntlich die Möglichkeit der Bildung von Partizipationskapital gegen den Willen der Grünliberalen untersagt haben, gibt es nur noch einen Eigentümer, den Kanton. Es gibt also bei der Gewinnausschüttung nur einen Dividendenbezüger. Mit der Entschädigung der Staatsgarantie, welche als Aufwand in der Rechnung der ZKB verbucht wird, schmälern wir in Zukunft den Gewinn. Das hätte allenfalls noch Sinn ergeben, wenn andere Partizipanten vom Gewinn in Form einer Dividende profitieren könnten und so der Kanton vor der Gewinnverteilung einen Vorteil hätte. Dem ist nicht so. Hier entmündigen wir uns als Eigentümer über einen Teil des Gewinnes also selber.

Vergleichen Sie mal die Situation: Hätte ich persönlich eine Swisscom-Aktie und würde mir die Swisscom jedes Jahr bei der Dividendenzahlung sagen, dass automatisch 10 Prozent meiner Dividende für eine allfällige zukünftige Sanierung auf die Seite gelegt werden – das wäre eine kuriose Vorstellung, nicht?

Wir Grünliberalen sind der Meinung, eine Abgeltung der Staatsgarantie unter den bestehenden Parametern braucht es nicht. Vielmehr braucht es auch in Zukunft eine weiterführende Debatte darüber, welche Bank dieser Kanton als Eigentümer haben will und wie die Risiken zu verteilen sind. Ein Feigenblatt in Form dieser Abgeltung, einer sehr fragwürdigen Versicherung, wie die Staatsgarantie eine darstellt, wird den vorherrschenden Risiken im Finanzsystem unmöglich gerecht. Wir hätten nicht einmal darüber beraten sollen. Diesen Umständen werden wir mit Stimmenthaltung entgentreten. Wir Grünlibera-

len hoffen, nein, wir werden uns dafür einsetzen, dass es in naher oder ferner Zukunft eine neue Debatte zur ZKB in diesem Rat geben wird. Eine mit gescheiteren Lösungen und besserem Ausgang.

Zum Schluss: Die Spezialkommission zur ZKB hat ihre Arbeit getan. Auch wenn die Arbeitsergebnisse nicht wirklich zu unserer Zufriedenheit ausgefallen sind, möchte ich mich noch bei Martin Arnold für die sehr gute Sitzungsleitung und beim Bankrat für die äusserst konstruktive Zusammenarbeit bedanken.

Franco Albanese (CVP, Winterthur): Ich wiederhole mich zwar nur ungern, aber in diesem Fall fühle ich mich gezwungen, nochmals die Unschuld der CVP-Fraktion zu betonen und uns ein für alle Mal von dieser Schuld rein zu waschen.

Im Rahmen der letztjährigen ZKB-Debatte beantragte die CVP-Fraktion bei der Genehmigung des Reglements über die Abgeltung der Staatsgarantie, dass die Abgeltungshöhe der Staatsgarantie den aktuellen Rekapitalisierungskosten des vom Kanton zur Verfügung gestellten und von der Zürcher Kantonalbank gezogenen Dotationskapitals entsprechen soll, zuzüglich 1 Prozent des genehmigten Dotationskapitalrahmens. Dies weil die formalgesetzliche Staatsgarantie aus unserer Sicht die Bonität der Kantonalbank erwiesenermassen positiv beeinflusst und zu einem Wettbewerbsvorteil führt, der durch ein marktkonformes Entschädigungsmodell ausgeglichen werden sollte.

Leider folgte dem CVP-Vorschlag damals keine Ratsmehrheit, unter anderem wollte uns auch Kollege Bloch und seine Mitunterzeichner des heute vorliegenden Minderheitsantrages nicht folgen – übrigens auch Kollege Amrein nicht. Und es blieb uns nur noch, den demokratischen Entscheid trotz grösserem Unverständnis zu respektieren. Dieses vorliegende Reglement bezweckt, wie wir vorher vom Spezialkommissionspräsidenten gehört haben, das Ziel, dem Kanton Zürich für die Staatsgarantie zuzulasten Aufwand eine Entschädigung zu leisten, die durch ein Versicherungsmodell bestimmt wird.

Dieses stellt eine Zauberformel dar, die zwar durchaus relativ einfach nachzurechnen ist, den genauen Sinn und Zweck einer adäquat quantifizierten Abgeltungshöhe für die gesetzlich verankerte Staatsgarantie wird aber damit klar verfehlt.

Die CVP will das Zeitrad des Zürcher Kantonsrates aber nicht ohne Aussicht auf Besserung zurückdrehen und stimmt deshalb dem Minderheitsantrag Bloch nicht zu, weil dieser in Anbetracht der unverän-

dernten und klaren Mehrheiten im Rat zu keinem neuen Resultat führen wird.

Uns bleibt deshalb nichts anderes übrig, als unsere Hände in Unschuld zu waschen, den bereits gefällten Ratsentscheid zu akzeptieren und der Genehmigung des Reglements über die Entschädigung der Staatsgarantie durch die Zürcher Kantonalbank mit entsprechendem Unbehagen und ohne Begeisterung zuzustimmen.

Peter Reinhard (EVP, Kloten): Gewisse Ratsmitglieder haben erst mit dem Erlass des Reglementes erkannt, dass der zu errichtende Fonds eine eher fragwürdige Einrichtung ist. Allein schon die Tatsache, dass es Jahrzehnte oder wohl eher ein Jahrhundert dauert, bis der Fonds auf eine anständige Summe geäuftnet werden kann, lässt Zweifel am Sinn dieses Sparkässelis aufkommen.

Aber dieser Rat hat es so beschlossen und im ZKB-Gesetz so verankert. Darum braucht es eben dieses Reglement, und da gibt es eigentlich nichts mehr zu diskutieren.

Auf jeden Fall hat die Errichtung eines Fonds herzlich wenig mit einer Absicherung zu tun. Er verhindert lediglich, dass die paar Batzen, die hoffentlich von der ZKB für die Abgeltung der Staatsgarantie bezahlt werden, nicht in den ordentlichen Haushalt fliessen und gleich ausgegeben werden. Der Kanton ist sowieso nicht in der Lage im eigentlichen Sinn der Sache, die Risiken der ZKB vollständig abzusichern und zu versichern. Das lässt sich allein schon anhand der Grössenverhältnisse der beiden Institutionen ableiten.

Müsste die Staatsgarantie beansprucht werden, so wäre dies nämlich kein Absicherungsfall, sondern es wäre eine Katastrophe. Aus diesem Grund taugt der Fonds eben wenig. Aber er ist nun einmal im Gesetz und wer ihn neu zur Diskussion stellen wird, wird sicher auch unsere Unterstützung erhalten. Die EVP-Fraktion wird aber im heutigen Umfeld diesem Reglement zustimmen.

Kaspar Bütikofer (AL, Zürich): Die Fraktion der AL unterstützt den Minderheitsantrag von Beat Bloch und wird nicht auf die Vorlage eintreten. Die Zürcher Kantonalbank profitiert von einer gesetzlichen sowie von einer faktischen Staatsgarantie. Es steht deshalb für die AL ausser Frage, dass zumindest die gesetzliche Staatsgarantie abgegolten wird. Die Abgeltung der Staatsgarantie hat durchaus ihre Berechti-

gung, denn der Steuerzahler muss schadlos gehalten werden dafür, dass er im Krisenfall allenfalls zur Kasse gebeten wird.

Wir erinnern uns alle noch an den Fall der Berner Kantonalbank. Damals musste für das Versagen der von der SVP und FDP geführten Bank der Steuerzahler über mehrere Jahre hinweg tief in die Tasche greifen.

Auch aus Gründen des Wettbewerbs ist eine Abgeltung notwendig, denn die ZKB profitiert nicht nur im Extremfall von der Staatsgarantie, sondern tagtäglich, wenn es um die Bewertung der Bonität geht. Ein Institut mit einer Staatsgarantie erhält viel einfacher ein AAA (*Bankrating*) als ein anderes Institut. Aber wie die Staatsgarantie abgegolten werden soll, das ist für die AL nicht befriedigend gelöst. Die sogenannte Versicherungslösung tönt beim ersten Hinhören ganz plausibel und rational. Beim genaueren Hinsehen aber, entpuppt sich diese Versicherungslösung als untaugliches Mittel. Und dies aus drei Gründen.

Erstens: Es gibt gar keine Versicherungslösung. Weder lässt sich das Risiko berechnen noch gibt es eine Versicherung, die dieses Risiko versichern würde. Zudem wird es theoretisch gar nie dazu kommen, dass es einen Totalausfall geben könnte, denn der Kanton wird wegen seiner faktischen Staatsgarantie viel früher intervenieren und allfälligen Schaden von der ZKB abwenden.

Zweitens: Das Konstrukt der Abgeltung ist stark auf Basel III aufgebaut. Doch solange Basel III als wasserdicht betrachtet wird, entspricht die Abgeltung einem verschwindend kleinen Risiko. Sollte Basel III sich aber als unzureichend entpuppen, dann steigt die Risikoberechnung wahrscheinlich ins Unermessliche.

Und dies führt uns dann zum dritten Kritikpunkt: Die Versicherungslösung ist prozyklisch oder krisenverschärfend. Je schwieriger die Lage der Bank am Finanzmarkt werden sollte, umso höher würde dann die Abgeltung der Staatsgarantie. Dies wiederum würde dann die Situation der Bank verschärfen. Denken wir beispielsweise an die UBS und müssten wir 40 Milliarden einschiessen, um toxische Papiere mit Kapital zu unterlegen, dann wäre die Situation wahrscheinlich sehr schwierig, wenn dann noch die Staatsgarantie abgegolten werden müsste.

Aber auch das Signal, das an die Einlegerinnen und Einleger in diesem Fall ausgesendet würde, wäre wahrscheinlich fatal. Deshalb ist diese scheinbare Versicherungslösung für uns eine Schönwetterlö-

sung. Sie mag einfach zu berechnen sein, ist aber inhaltlich nicht rational nachzuvollziehen. Deshalb treten wir auf diese Vorlage nicht ein. Danke.

Esther Guyer (Grüne, Zürich): Diese Debatte wird zunehmend immer interessanter. Eigentlich ist niemand zufrieden. Es herrscht eine höhere Unzufriedenheit. Man ahnt, dass man vielleicht nicht so gut legifert hat, wie man anfangs meinte.

Ja, wir bestreiten nicht, dass es die Abgeltung der Staatsgarantie braucht, aber wir wollten eine ganz einfache, simple Lösung. Wir sagten, jedes Jahr zum Beispiel 20 Millionen. Jetzt beruft man sich auf ein Gesetz, das übrigens kein Versicherungsmodell vorschreibt. Das ist nicht der Fall. Es steht einfach im Gesetz, dass es eine Abgeltung der Staatsgarantie braucht. Aber was wir daraus gemacht haben, ist wirklich zu bezweifeln. Der nächste Schritt kommt ja dann erst noch, wenn wir das Reglement zu diesem Fonds besprechen müssen. Und ich bitte Sie, in Ihren Fraktionen jetzt wirklich noch einmal darüber nachzudenken, ob wir neben dieser schlechten Form der Abgeltung noch einen Fonds brauchen, der extern bewirtschaftet werden muss, und zwar teuer. Ich bitte Sie also, den nächsten Schritt jetzt zu überlegen. Wir können ein schlechtes Gesetz auch noch ändern, meine Damen und Herren.

Wir werden auf diese Vorlage nicht eintreten. Wir bestreiten nicht, dass es eine Abgeltung braucht, aber nicht eine dermassen komplizierte und – genau wie es Kaspar Bütikofer gesagt hat – eine dermassen vage und unangebrachte. Ich danke Ihnen.

Martin Arnold (SVP, Oberrieden), Präsident der ZKB-Spezialkommission: Nur bevor hier Missverständnisse aufkommen: In den vergangen Voten wurde irgendwie insinuiert, dass die Kommission vielleicht einen Irrtum begangen hätte. Die Kommission – eine 17er-Kommission – hat sehr deutlich entschieden und sich für dieses Reglement ausgesprochen. Diese Haltung habe ich hier heute zu vertreten. Nur das hier keine falsche Meinung aufkommt. Ich gehe davon aus, dass die Kommissionsmitglieder Rücksprache in ihren Fraktionen genommen hatten und bei Sinnen waren, als sie diesen Entscheid gefällt haben.

Jörg Müller-Ganz, Präsident des Bankrates der Zürcher Kantonalbank: Ich freue mich, dass ich von Ihnen vor wenigen Minuten überhaupt erst legitimiert worden bin, wieder hier vorne das Wort ergreifen zu dürfen, und in dem Sinn bedanke ich mich im Namen des gesamten Bankrates für die soeben erfolgte Wahl. Ich darf Ihnen hier versichern, dass wir auch in der erneuerten Zusammensetzung mit Kopf und Herz uns dafür einsetzen werden, dass die Zürcher Kantonalbank, das grösste Bilanzaktivum des Kantons Zürich, weiterhin eine stabile, sichere und transparente Bank bleibt, die als Marktführerin die vielfältigen Anlagen und Finanzierungsbedürfnisse der Zürcher Bevölkerung und Unternehmen befriedigt und den Leistungsauftrag im Sinne des Kantons umsetzt.

Nach Paragraf 6 Absatz 4 des Gesetzes über die Zürcher Kantonalbank genehmigt der Kantonsrat das vom Bankrat erlassene Reglement über die Entschädigung der Staatsgarantie. Am 14. April 2014 hat der Kantonsrat das Geschäft an den Bankrat mit dem Auftrag zurückgewiesen, den Berechnungsmechanismus klarer zu formulieren. Damit der Bankrat die Bedürfnisse des Kantonsrates vollumfänglich abdeckt, hat er der ZKB-Spezialkommission zwei alternative Berechnungsmodelle vorgeschlagen. Nach der Beratung in den Fraktionen wurde in der Spezialkommission mit grosser Mehrheit – Sie haben es gehört – das jetzt im Reglement beschriebene Modell gewählt. Dabei wurden auch, wie in der Spezialkommission gewünscht, die Eckpunkte des Modells konkret beschrieben und spezifische Zahlen im Reglement festgehalten.

In der Debatte wurde gesagt, dass die Entschädigung der Staatsgarantie den Marktvorteil eben dieser Staatsgarantie ausgleichen solle. Mit der Staatsgarantie – Sie wissen es, meine Damen und Herren – hat die Zürcher Kantonalbank ein sogenanntes Triple-A, AAA, ohne Staatsgarantie ein AA Minus. AA Minus bedeutet, zusammen mit einer anderen Bank in Deutschland, weltweit das höchste Rating einer Universalbank. Die Differenz der Zinskosten zwischen einem AAA und einem AA Minus, ist der Marktvorteil und wäre im heutigen Zinsumfeld marginal, mit Sicherheit aber deutlich kleiner als die jetzt errechneten 20 Millionen Schweizerfranken.

Es wurde in der Debatte gesagt, dass keine Versicherung bereit wäre, eine Versicherungsprämie zu berechnen. Mit Verlaub, diese Aussage ist nicht korrekt. Die Berechnung einer Versicherungsprämie ist finanzmathematisch keine Zauberei. Und das vorliegende Modell wurde genauso gemacht wie eine Versicherung dieses Modell rechnen wür-

de. Korrekt ist aber, dass nach der Finanzmarktkrise die angefragten weltweit tätigen Rückversicherungsgesellschaften nicht mehr Angebote für Versicherungen in diesem grossen Umfang abgeben, wie sie die Zürcher Kantonalbank einer unbeschränkten Staatsgarantie entsprechend angefragt hat.

Der Bankrat ist wie dargelegt den Vorgaben der Spezialkommission mit dem vorliegenden Reglement vollumfänglich nachgekommen. Da die Zürcher Kantonalbank gemäss revidiertem Gesetz ab 1. Januar 2015 die Staatsgarantie zu entschädigen hat, ist es für unsere Rechnungslegung bedeutsam, mit dem vorliegenden Reglement auch für unsere Rechnungslegung Klarheit zu schaffen. Ich danke für Ihre Unterstützung.

Ratspräsidentin Theresia Weber: Wir stimmen nun über den Minderheitsantrag Bloch ab, auf die Vorlage nicht einzutreten.

Abstimmung

Der Kantonsrat beschliesst mit 138 : 19 Stimmen (bei 13 Enthaltungen) den Minderheitsantrag von Beat Bloch abzulehnen. Damit ist Eintreten beschlossen.

Eintreten

Detailberatung

Titel und Ingress

Keine Bemerkungen; genehmigt.

I.

Keine Bemerkungen; genehmigt.

II. und III.

Keine Bemerkungen; genehmigt.

Schlussabstimmung

Der Kantonsrat beschliesst mit 138 : 19 Stimmen (bei 13 Enthaltungen), der Vorlage KR-Nr. 332a/2014 zuzustimmen.

Das Geschäft ist erledigt.

7. Teilrevision des kantonalen Richtplans (Kapitel 4 Verkehr, Groberschliessungsstrasse für öffentliche Bauten und Anlagen sowie Glattalbahn und Kapitel 6 öffentliche Bauten und Anlagen, Gebietsplanung Nationaler Innovationspark, Hubstandort Dübendorf sowie Heliport mit Bundesbasis, Wangen-Brüttisellen)

Antrag des Regierungsrates vom 25. Juni 2014 und geänderter Antrag der Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt vom 28. April 2015 **5105a**

(Fortsetzung der Beratung der Morgensitzung)

6.6 Weitere öffentliche Dienstleistungen

6.6.2 Karteneinträge

10

Minderheitsantrag Christian Lucek, Lorenz Habicher, Hanspeter Haug, Konrad Langhart, Orlando Wyss:

Objekt Nr. 6, Vorhaben

Vorhaben: Neubau ...; Stationierung der Luftwaffe, der Kantonspolizei und der REGA; Standortfestlegung ...

Olivier Hofmann (FDP, Hausen a. A.): Dass es auf dem Flugplatz Dübendorf ein Heliport mit Bundesbasis geben soll, wird von der FDP nicht bestritten. Doch wer soll diesen Heliport benützen dürfen? Die FDP ist der Meinung, die Luftwaffe, die Kantonspolizei und die REGA (*Schweizerische Rettungsflugwacht*). Wir sind daher gegen die Streichung des Wortes «ausschliesslich» im Karteneintrag sechs, wel-

cher genau diese Nutzung vorsieht. Die FDP wird den Minderheitsantrag ablehnen.

Ratspräsidentin Theresia Weber: Ich entschuldige mich. Ich habe Christian Lucek als Minderheitsantragsteller übergangen. Er hat das Wort.

Christian Lucek (SVP, Dänikon): Kein Problem. Wir sind der Meinung, dass die Aufzählung, wie wir sie im Minderheitsantrag formuliert haben, durchaus reicht. Ich gebe auch zu bedenken, dass das Wörtchen «ausschliesslich» eine starke Einschränkung bedeutet. Es ist auch so, dass es andere Dienstleister im Rettungswesen gibt als nur die REGA. Deshalb steht das auch im Widerspruch mit der geplanten Nutzung des Flugfeldes, wie es der Bund beabsichtigt. Wir bitten Sie, dem Minderheitsantrag zuzustimmen.

Felix Hoesch (SP, Zürich): Das Wort «ausschliesslich» ist eben genau wichtig in diesem Punkt. Mit dem Wort «ausschliesslich» unterstützen wir genau das, was heute an Helikoptern dort geflogen wird: Die REGA, die Polizei und die Luftwaffe. Aber genau unser Ziel ist es nicht, dass noch weitere Fliegerei auf dem Flugplatz Dübendorf möglich ist, und deshalb bitten wir Sie diesen Antrag zu unterstützen.

Barbara Schaffner (GLP, Otelfingen): Die Minderheitsanträge 10 und 14 betreffen den Heliport Wangen-Brüttisellen und ich spreche zu beiden gleichzeitig.

Wir haben die Gemeinde Wangen-Brüttisellen in der KEVU (*Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt*) angehört und ihre Bedenken bezüglich eines zivilen Heliports ernst genommen. Aus diesem Grund hat die KEVU auf Antrag der Grünliberalen das Wörtchen «ausschliesslich» in die Liste der möglichen Nutzer des Heliports aufgenommen. Damit ist das was die Signatur «S» für Sicherheit ausdrückt, klar und unmissverständlich beschrieben. Der Heliport, der mit der vorliegenden Richtplanrevision eingetragen wird, darf nicht für zivile Zwecke gebraucht werden.

Die Position des Heliports wurde so weit wie möglich optimiert, ohne zukünftige Nutzungen des Flugareals einzuschränken. Weiter werden

die Lärmemissionen durch das Führen der An- und Abflugrouten eingeschränkt. Unter der Voraussetzung, dass der Standort der REGA verschoben werden muss, sehen wir keine bessere Lösung und werden beide Minderheitsanträge ablehnen.

Abstimmung

Der Kantonsrat beschliesst mit 104 : 51 Stimmen (bei 0 Enthaltungen), den Minderheitsantrag 10 abzulehnen.

Richtplankarte

11

Minderheitsantrag Christian Lucek, Lorenz Habicher, Beat Huber (in Vertretung von Hanspeter Haug), Konrad Langhart, Orlando Wyss:

Eintrag Karte

Eintrag der Piste als aktive aviatische Infrastruktur (Piste bestehend, lila).

Gerhard Fischer (EVP, Bäretswil), Referent der Kommission für Verkehr, Energie und Umwelt (KEVU): Ich spreche zu den folgenden drei Anträgen gemeinsam, da sie dasselbe Grundthema haben und ursprünglich auch in einem gemeinsamen Antrag eingereicht worden sind.

Es geht hier bei allen Anträgen darum, ob die Infrastruktur des Flughafens Dübendorf in diesem Richtplan zum Innovationspark nachgetragen werden soll oder gar muss. Die inhaltliche Diskussion zu dieser Frage wurde schon bei Antrag 2 intensiv geführt und braucht eigentlich nicht wiederholt zu werden. Hier geht es um die Konsequenzen beim Karteneintrag.

Dazu mache ich nur noch formelle Bemerkungen. Zur Meinung der Mehrheit der Kommission: Wenn der Kantonsrat die Piste et cetera nun ohne erneute Auflage einfach so ad hoc einträgt, macht er sich richtig angreifbar. Die betroffenen Gemeinden könnten wie im Fall Kiesgrube Lindau-Tagelswangen geltend machen, ihnen sei das Gehör nicht gewährt worden. Das sollte man auf jeden Fall vermeiden, sei es als Befürworter oder Gegner der aviatischen Nutzung des Flugplatzes Dübendorf. Da das Ganze auf Ebene kantonaler Richtplan läuft, hilft

es auch nichts, wenn jemand sagt, ja, der Bund wünscht, ja, fordert unbedingt. Tatsache ist, der Eintrag dieser Piste war im Zusammenhang mit der Teilrevision nie Punkt einer Anhörung, geschweige denn einer öffentlichen Auflage. Ob ein Verweis auf die Anhörung beim letzten Richtplanverfahren genügt, ist zumindest fraglich.

Weiter: Wenn man nun im Richtplan das Areal so darstellt, wie es vor der letztjährigen Revision war, dann schafft man einen Widerspruch zur Planung des Innovationsparkes und stellt damit der Planung desselben ein Bein. Und wenn man es so darstellen will, wie es der Bund im letzten Jahr dargelegt hat, dann versucht man etwas abzubilden, dass der Bund mit dem Sachplan Militär ohnehin abbilden will.

Zur Meinung der Minderheit: Die Einträge auf der Karte sind die Konsequenz aus bereits gestellten Anträgen. Der Genehmigungsbericht des Bundes zum Gesamtplan liegt Ihnen vor, und dort heisst es ausdrücklich, die Festlegung im Richtplantext zum Flugplatz Dübendorf werde unter dem Vorbehalt genehmigt, dass der Kanton im Rahmen der laufenden Richtplananpassung «Gebietsplanung nationaler Innovationspark» die Aspekte der zivilaviatischen Nutzung gemäss Bundesratsbeschluss vom 3. September 2014 berücksichtigt.

Als Sprecher der vorberatenden Kommission beantrage ich Ihnen, den Kommissionsantrag zu unterstützen.

Christian Lucek (SVP, Dänikon): Ich spreche gleich zu beiden Minderheitsanträgen 11 und 12, den Eintrag der Piste wie auch des Perimeters. Mir erschliesst sich die Argumentation des Vertreters des Kommissionspräsidenten nicht ganz, weshalb wir uns da angreifbar machen sollen, denn es geht um den Eintrag einer Piste, die vorhanden ist und die auch bleiben wird. Deshalb ist das ja eigentlich nichts Neues.

Es ist ganz klar, dass die Piste weiter bleibt und von der Luftwaffe betrieben wird, bis ein konzessionierter Betreiber diesen Betrieb übernehmen wird. Die Luftwaffe wird auch dannzumal bleiben, und zwar muss ich auch noch das letzte Votum des Baudirektors (*Regierungsrat Markus Kägi*) vom Vormittag etwas korrigieren. Es ist eben eine Bundesbasis und nicht nur ein Heliport. Und es steht auch im Vorlagtittel – lesen Sie es. Und eine Bundesbasis ist, wie der Flugplatz Bern beispielsweise, ein Ort, wo die Armee nebst den Helikoptern auch Flächenflugzeuge betreibt, für den Lufttransportdienst des Bun-

des oder die Landesvermessung und so weiter. Und das impliziert ganz klar, dass die Piste so bleiben wird, und es ist nichts als ehrlich, wenn wir sie auch einzeichnen. Dazu gehört auch der Perimeter – das wäre Antrag 12 –, welcher das Flugplatzgelände umgibt, ausserhalb des Innovationsparks natürlich, und im Rahmen des SIL (*Sachplan Infrastruktur der Luftfahrt*) festgelegt wird und auch so dargestellt werden sollte, wie das beim Flughafen Zürich der Fall ist. Ich danke Ihnen für die Unterstützung dieser beiden Minderheitsanträge.

Olivier Hofmann (FDP, Hausen a. A.): Die Anträge 11, 12 und 13 haben nichts mit dem Innovationspark zu tun und haben in der heutigen Debatte nichts verloren. Sie müssen zu einem späteren Zeitpunkt separat diskutiert werden. Die FDP lehnt die Minderheitsanträge heute ab.

Es ist mir aber wichtig festzuhalten, dass Sie die heutige Ablehnung nicht als Position der FDP zu einer allfälligen aviatischen Nutzung des Flugplatzes Dübendorf interpretieren dürfen.

Felix Hoesch (SP, Zürich): Auch ich spreche gleich zu den Anträgen 11 bis 13, die wir natürlich ablehnen, gemäss unsere Haltung, die wir auch schon mitgeteilt haben.

Wir sind sehr froh, dass der Regierungsrat die Trennung der Aviatik und des Innovationsparks vorgenommen hat. Diese Vorlage 5105 haben wir in sehr kurzer Zeit durch die Kommission gepeitscht. Da hat es einfach keine Zeit, sich um die Eintragung der Piste in den Richtplan zu kümmern, und wir können sie nicht heute durch die Hintertür eintragen.

Barbara Schaffner (GLP, Otelfingen): Ich möchte hier nochmals betonen, wir sprechen hier nicht über den Flugplatz Dübendorf, sondern über ein Gebiet am zukünftigen ehemaligen Flughafenkopf. Und dort wollen wir einen Innovationspark und keine Piste bauen.

Im Gegensatz zu Dir (*Christian Lucek*) interpretiere ich den Genehmigungsvorbehalt des Bundesrates zu unserem Richtplan, den wir letztes Jahr verabschiedet haben, etwas anderes. Der Bund forderte lediglich, dass der Kanton «die Aspekte der zivilaviatischen Nutzung gemäss Bundesratsbeschluss berücksichtigt». Das haben wir getan, indem wir den Innovationspark so geplant haben, dass eine parallele, zivilaviatische Nutzung möglich wäre. Mehr ist nicht erforderlich und

wäre zum heutigen Zeitpunkt verfrüht. Der Herr Regierungsrat (*Markus Kägi*) hat dies in seinem Eintretensvotum ja ausführlich erklärt.

Wir lehnen die Minderheitsanträge 11 bis 13 ab, die allesamt Richtplaneinträge fordern, deren Grundlagen noch nicht vorhanden oder noch nicht gesichert sind.

Regierungsrat Markus Kägi: Zum Votum von Herrn Lucek: Wir haben überhaupt keine Diskrepanz. Es ist selbstverständlich eine Bundesbasis, und es ist der Bund zuständig. Und für die Umsetzung der Absichten des Bundes sind eben noch verschiedene planungsrechtliche und andere gesetzliche Verfahrensschritte notwendig. Die Voraussetzungen für einen zivilen Flugbetrieb auf dem Flugplatzareal sind im Rahmen – ich habe es schon mehrmals betont – des Sachplans Infrastruktur der Luftfahrt, SIL, beziehungsweise in den dazu nachgelagerten Verfahren, zum Beispiel Betriebsreglement, Planungsgenehmigung et cetera, zu erwirken.

Mit der Festsetzung der Gesamtüberprüfung des kantonalen Richtplans hat der Kantonsrat am 18.3.2014 entschieden, die Piste und den Flughafenperimeter für das Flugplatzareal Dübendorf aus dem Richtplan zu entfernen und gleichzeitig den Grundsatz festgelegt, dass im Rahmen der Sachplanung des Bundes über einen künftigen Flugbetrieb auf dem Flugplatzareal entschieden werden soll. Erst mit diesem Verzicht auf Perimeter und Piste im Richtplan wurde der Weg frei für eine entsprechende Planung auf Stufe Richtplan für den Innovationspark.

Der Bund, meine Damen und Herren, wird die für seine Interessen notwendige Flächensicherung mit seinen Sachplänen vornehmen. Es besteht dem gegenüber keinen Anlass, zusätzliche Festlegungen in den kantonalen Richtplan aufzunehmen.

Wir haben keinerlei Anhaltspunkte dafür, dass der Bund beabsichtigen würde, weitere Inhalte zur militärischen oder zivilaviatischen Nutzung dem Kanton «aufs Auge zu drücken» beziehungsweise in den Richtplan zu schreiben. Einerseits kann er diese Fragen abschliessend mit seinen Sachplänen regeln, andererseits begründet die Nichtdarstellung von Pistenperimetern im Richtplan keinen Widerspruch zu den Sachplänen. Es ist Sache des Bundes, die aus seiner Sicht notwendigen Flächen mit seinen Instrumenten zu verankern. Darum empfehle ich Ihnen den Minderheitsantrag abzulehnen.

Abstimmung

Der Kantonsrat beschliesst mit 104 : 62 Stimmen (bei 2 Enthaltungen), den Minderheitsantrag 11 abzulehnen.

12

Minderheitsantrag Christian Lucek, Lorenz Habicher, Beat Huber (in Vertretung von Hanspeter Haug), Konrad Langhart, Orlando Wyss:

Eintrag Karte

Eintrag des Flugplatzperimeters ausserhalb des Innovationsparkareals (lila Umrandung). (in Abstimmung mit Kap. 4.7.2).

Abstimmung

Der Kantonsrat beschliesst mit 101 : 63 Stimmen (bei 2 Enthaltungen), den Minderheitsantrag 12 abzulehnen.

13

Minderheitsantrag Christian Lucek, Lorenz Habicher, Beat Huber (in Vertretung von Hanspeter Haug), Konrad Langhart, Orlando Wyss:

Eintrag Karte

Eintrag der vom Bund angestrebten Arealaufteilung zur aviatischen Nutzung. (in Abstimmung mit Kap. 4.7.2).

Christian Lucek (SVP, Dänikon): Mein Beitrag zur Ratseffizienz habe ich bei den letzten beiden Anträgen geleistet, und bei diesem Antrag nutze ich die Gelegenheit, meine Hartnäckigkeit trotzdem nochmals an den Tag zu legen und Euch das Mantra vorzutragen.

Nochmals: Die Arealaufteilung, die hier in diesem Antrag gefordert wird, ist kein Abenteuer, denn sie ist durch die Lage der Piste gegeben und zeigt, wie sie sich zukünftig entwickeln soll. Ein Richtplan muss antizipieren. Wir müssen in einem Richtplan doch abbilden, was in den nächsten zehn, 20 Jahren auf dem entsprechenden Areal geschehen wird. Die Planstudien des Bundes und der Flugplatz Dübendorf AG sind mindestens so weit fortgeschritten wie der Gestaltungsplan des Innovationsparks. Dies soll im Interesse der Aussagekraft des

Richtplans abgebildet werden. Ich bitte Sie, auch diesen Minderheitsantrag zu unterstützen.

Abstimmung

Der Kantonsrat beschliesst mit 102 : 63 Stimmen (bei 2 Enthaltungen), den Minderheitsantrag 13 abzulehnen.

14

Minderheitsantrag: Felix Hoesch, Robert Brunner, Urs Dietschi, Jonas Erni, Ruedi Lais:

Eintrag Karte

Der Eintrag «Neu: Sicherheit geplant» (Heliport/Lufttransportbasis für REGA, KAPO und Armee) soll zum Schutz des Wohngebiets der Gemeinde Wangen-Brüttisellen um mindestens 500 Meter nach Südosten verschoben werden.

Gerhard Fischer (EVP, Bäretswil) Referent der KEVU: Ich spreche zuerst zur Mehrheitsmeinung: Neben den Anliegen der Gemeinden gilt es auch betriebliche Aspekte zu berücksichtigen. Es gibt gute Gründe dafür, dass der Heliport am geplanten Standort zu stehen kommt, und nicht zuletzt gibt es bereits bestehende Bauten in diesem Bereich. Der eigentliche Lärm kommt im Übrigen durch die An- und Abflüge und nicht durch den Standort an sich zustande, und diese finden nicht über besiedeltem Gebiet statt.

Die Minderheit machte zuerst geltend, mit dem Antrag ein Anliegen der Gemeinde Wangen-Brüttisellen aufzunehmen. Inzwischen haben die Anrainergemeinden der Kommission allerdings eine neue Idee unterbreitet, die allerdings weder von den Antragsstellern des Minderheitsantrags noch von sonst jemandem in der Kommission aufgenommen worden ist. Man kann also sagen, dass dieser Antrag nicht einmal mehr auf dem neusten Stand des Wunsches der Gemeinden ist.

Noch zur Minderheit: Der neue Standort 500 Meter südöstlich liegt praktisch in der Mitte des unbesiedelten Gebietes. Insofern wäre dies der verträglichste Standort für alle Anrainer, aber als Sprecher der vorberatenden Kommission beantrage ich Ihnen, den Kommissionsantrag zu unterstützen.

Felix Hoesch (SP, Zürich): Dieser Antrag um die Verschiebung nach Südosten um 500 Meter ist wichtig. Wir nehmen damit gerne den Antrag der Gemeinde Wangen-Brüttisellen auf. Nur so kann der Heliport dort zu stehen kommen, wo möglichst wenig bewohnte Gebiete betroffen sind vom Lärm der Helikopter. Und natürlich erwarten wir vom Regierungsrat, dass dann auch An- und Abflugrouten so geplant sind, dass auch die An- und Abflugrouten möglichst wenig Bewohnende am Boden beeinträchtigen.

Darum ist der Antrag wichtig, damit die Bevölkerung des Glattals den Innovationspark unterstützen kann. Herzlichen Dank.

Olivier Hofmann (FDP, Hausen a. A.): Dass es auf dem Flugplatz Dübendorf ein Heliport mit Bundesbasis geben soll, wird von der FDP nicht bestritten.

Der jetzt vorgesehene Ort des Heliports stellt sicher, dass die Lärmbelastung für Wohngebiete durch startende Helikopter durch einen Hangar und die Autobahn gedämpft wird. Der genaue Ort dieses Heliports wird im Rahmen der Sachplanes des Bundes festgelegt. Heute den Standort zu verschieben ist nicht zweckmässig. Die FDP lehnt den Antrag ab.

Christian Lucek (SVP, Dänikon): Der Standort, wie er heute vorgesehen ist, befindet sich auf Bundesgelände und zwar in unmittelbarer Nachbarschaft des bestehenden Helikopterflugbetriebs der Luftwaffe. Der vorgeschlagene Standort ist nicht auf Bundesland. Er ist ausserhalb des Bundesperimeters. Es würde auch bedeuten, dass die bestehende Infrastruktur der Luftwaffe verschoben werden müsste. Der Anflugkorridor ist bekannt und vom Gelände vorgegeben. Er führt auch heute schon mit den Militärhelikoptern nicht über das Siedlungsgebiet von Wangen-Brüttisellen.

Ebenfalls wichtig ist zu sagen, dass man von Wangen aus allenfalls hört, wenn die Helikopter in Betrieb genommen werden. Aber der Lärmschutz ist gegeben durch die Hochbauten vom Flugplatz. Und ich erinnere auch daran, dass noch eine Autobahn dazwischen liegt. Diese verursacht auch einen gewissen Lärm und zwar 24 Stunden lang.

Ich rufe einfach dazu auf, machen Sie keine Sankt-Florians-Politik, denn wenn Sie den Standort in die andere Richtung verlegen, ist Volketswil die leidtragende Gemeinde. Ich weiss nicht, ob das im Sinn

der Sache ist. Ich danke Ihnen, wenn Sie den Minderheitsantrag ablehnen.

Stefan Hunger (BDP, Mönchaltorf): Wir haben ebenfalls Bedenken beim Eintrag des Heliports. Mit einer Verdoppelung der Starts auf circa 2000 Flüge pro Jahr werden die Anwohner mit der vorgesehenen Lage sehr stark belastet. Es ist auch noch nicht klar, wie die Helibasis zukünftig betrieben werden soll. Wir sind nicht gegen eine Helibasis auf dem Areal des Innovationsparkes. Die Lärmbelastung der Helibasis sollte jedoch für die Anwohner so verträglich sein, sowohl für Wangen wie auch für Volketswil. Die BDP wird deshalb den Minderheitsantrag unterstützen.

Robert Brunner (Grüne, Steinmaur): Lieber Christian Lucek, wir machen nicht Sankt-Florians-Politik, wir machen Baldrians-Politik, damit sich das Ganze etwas beruhigt in dieser Gegend.

Regierungsrat Markus Kägi: Der Eintrag «S», Sicherheit, hat lediglich deklaratorischen Charakter und geht auf Anforderungen des Bundes im Rahmen des Vorprüfungsberichtes zum Richtplan zurück. Er bezieht sich auf den denkbaren Standort, der für den Heliport erforderlichen Hochbauten, nicht aber auf die An- und Abflugbereiche.

Die Situation und Ausprägung des Heliports wird im Sachplan Militär des Bundes und gegebenenfalls im Sachplan Infrastruktur der Luftfahrt zu bestimmen sein. Der Eintrag «S» im kantonalen Richtplan wurde so vorgenommen, dass er mit den Aussagen aus der Nutzungsstudie aus dem Jahr 2013 des Bundes übereinstimmt. Daher empfehle ich Ihnen den Minderheitsantrag abzulehnen.

Abstimmung

Der Kantonsrat beschliesst mit 110 : 59 Stimmen (bei 0 Enthaltungen), den Minderheitsantrag 14 abzulehnen.

Erläuterungsbericht

Ratspräsidentin Theresia Weber: Nun kommen wir zum Erläuterungsbericht. Es gibt keine Änderungen durch die abgestimmten Minderheitsanträge im Text. Das Wort zum Erläuterungsbericht hat der

Sprecher der vorberatenden Kommission, Gerhard Fischer. Er verzichtet. Wird das Wort weiter gewünscht? Das ist nicht der Fall. Dann nehmen wir den Erläuterungsbericht so zur Kenntnis.

Detailberatung

I.

Minderheitsantrag Orlando Wyss, Lorenz Habicher:

I. Keine Festsetzung der Teilrevision des kantonalen Richtplans (Kapitel 4 Verkehr, Groberschliessungsstrasse für öffentliche Bauten und Anlagen sowie Glattalbahn und Kapitel 6 öffentliche Bauten und Anlagen, Gebietsplanung Nationaler Innovationspark, Hubstandort Dübendorf sowie Heliport mit Bundesbasis, Wangen-Brüttisellen).

Gerhard Fischer (EVP, Bäretswil), Referent der KEVU: Ich verweise nochmals kurz und prägnant auf die in den Grundsatzdebatten präsentierten Argumente.

Erstens: Die 70 Hektaren im Kopfbereich des Flugplatzes Dübendorf eignen sich bezüglich Lage und Dimension vorzüglich für das Vorhaben. Zweitens: Das Projekt hat keinen Einfluss auf die Frage weiterer Flugbetrieb in Dübendorf oder nicht. Drittens: Die bereits gute verkehrliche Erschliessung des Areals wird mit dem vorgesehenen Ausbau der Glattalbahn weiter verbessert. Und viertens, das Fazit: Packen wir die grosse Chance für den Wirtschafts- und Wissensstandort Zürich. Im Namen der vorberatenden Kommission beantrage ich Ihnen, diese Teilrevision des kantonalen Richtplans anzunehmen.

Abstimmung

Der Kommissionsantrag wird dem Minderheitsantrag Wyss gegenübergestellt. Der Kantonsrat beschliesst mit 113 : 47 Stimmen (bei 11 Enthaltungen), dem Kommissionsantrag zuzustimmen.

Ratspräsidentin Theresia Weber: Damit haben Sie der Teilrevision des kantonalen Richtplans zugestimmt.

II.

Keine Bemerkungen; genehmigt.

Ratspräsidentin Theresia Weber: Hier gibt es ein neues III. Hier behandeln wir den Antrag der SVP-Fraktion, den Sie erhalten haben.

III.

Antrag der SVP-Fraktion:

Der Beschluss des Kantonsrates über die Teilrevision des kantonalen Richtplans (Vorlage 5105 „Innovationspark“) ist gestützt auf Art. 33 Abs. 1 lit. e der Kantonsverfassung dem Zürcher Stimmvolk zur Abstimmung vorzulegen.

Abstimmung

Der Kantonsrat beschliesst mit 115 : 54 Stimmen (bei 0 Enthaltungen), den Antrag der SVP-Fraktion abzulehnen.

IV. (bisher III.)

Keine Bemerkungen; genehmigt.

V. (bisher IV.)

Keine Bemerkungen; genehmigt.

Das Geschäft ist erledigt.

Ratspräsidentin Theresia Weber: Ich danke allen beteiligten Leuten, die heute fast den ganzen Tag hier ausharren mussten, für ihre Arbeit. Wir gehen sogleich weiter zu Traktandum 8.

8. Keine Kleinfliegerei auf dem Flugplatz Dübendorf

Antrag des Regierungsrates vom 11. Dezember 2013 zum Postulat KR-Nr. 204/2011 und geänderter Antrag der Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt vom 28. April 2015 **4926a**

Ratspräsidentin Theresia Weber: Wir gehen sogleich weiter zu Traktandum 8, das etwas mit Traktandum 7 zusammenhängt, darum nehmen wir es gerade noch. Wir haben freie Debatte beschlossen. Die Kommissionsmehrheit stellt einen Abschreibungsantrag ohne abweichende Stellungnahme. Aber es liegt ein Minderheitsantrag von Christian Lucek vor, der eine Abschreibung mit abweichender Stellungnahme möchte.

Ruedi Lais (SP, Wallisellen), Referent der Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt (KEVU): Der Rat hat das am 29. August 2011 für dringlich erklärte Postulat am 24. Oktober 2011 an den Regierungsrat überwiesen. Der Regierungsrat schlug uns mit Datum 29. August 2011 vor, das Postulat abzuschreiben. Unser Rat beschloss am 4. März 2013 mit 111 zu 56 Stimmen, das Postulat nicht wie von der KEVU einstimmig beantragt abzuschreiben, sondern vom Regierungsrat einen Ergänzungsbericht Ende 2013 zu verlangen. Der Grund für diese Wende lag im Entscheid des Bundesrates vom 28. Februar 2013 für den Militärflugplatz keinen Stilllegungsentscheid zu fällen, sondern einen zivilen Betreiber im Rahmen einer zivil-militärischen Mischnutzung zu suchen. Mit Datum vom 11. Dezember 2013 legt uns der Regierungsrat den Ergänzungsbericht vor.

Die KEVU akzeptiert diesen Bericht mehrheitlich und beantragt Ihnen nun, das Postulat abzuschreiben. Eine Minderheit beantragt Ihnen die Abschreibung mit einer abweichenden Stellungnahme zu verbinden.

Im Ergänzungsbericht interpretiert der Regierungsrat das seinerzeitige Anliegen des dringlichen Postulats, nämlich die Verlagerung von Zivilluftverkehr von Kloten nach Dübendorf zu verhindern und er beantwortet mit dem Bericht neu die Frage, wie der Kanton Zürich sein Anliegen, das Flugplatzareal in Dübendorf anderen, zum grossen Teil nichtaviatischen Nutzungen zuzuführen, in die diversen wichtigen Verfahren auf Bundesebene einbringen kann.

Als solche listet der Regierungsrat auf:

Erstens: den Sachplan Infrastruktur der Luftfahrt, SIL. Diese behördenverbindliche Planung des Bundesrates ist die Basis für die Betriebsbewilligung und das Betriebsreglement. Diese beiden Dokumente sind rechtsmittelfähig. Zweitens: Allfällige gesetzliche Grundlagen für die Subventionierung des Flugplatzbetreibers durch den Bund. Hier könnte der Regierungsrat auf die Parlamentsentscheide Einfluss nehmen. Drittens: Das Koordinationsverfahren zwischen SIL und kan-

tonalem Richtplan. Viertens: Die richtplanerischen und baupolizeilichen Verfahren für alle Bauten auf dem Flugplatzareal, die nicht ganz oder überwiegend dem Flugplatzbetrieb dienen. Im Weiteren verweist der Regierungsrat auf die Planung des Hub-Standortes Zürich für den nationalen Innovationspark.

Zusammenfassend kommt der Regierungsrat zum Schluss, dass die zivilaviatische Nutzung des Flugplatzes Dübendorf mit zahlreichen Hürden gespickt ist, die dem Kanton die Möglichkeit geben, seinen Standpunkt nochmals einzubringen und dies sowohl im Gespräch, bei der Erarbeitung von Unterlagen und auch im Rahmen von Rechtsmittelverfahren. Im Rahmen der Vorlage 4882, Gesamtrevision des kantonalen Richtplans, entschied der Kantonsrat zwar vom Entscheid des Bundesrates vom 28. Februar 2013 Kenntnis zu nehmen und dessen Zuständigkeit für den Luftverkehr zu akzeptieren, aber die Piste aus dem Teil Verkehr des Richtplans zu streichen.

Seit dem Ergänzungsbericht hat das Submissionsverfahren zu einem ersten Zuschlagsentscheid des Bundesrates am 3. September 2014 geführt. Der Flugplatz Dübendorf soll demnach in Zukunft als ziviles Flugfeld mit einer aviatischen Bundesbasis durch die Flugplatz Dübendorf AG betrieben werden. Während des mehrjährigen Planungs- und Bewilligungsverfahren wird das VBS (*Eidgenössisches Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport*) den Flugplatz wie heute weiterführen.

Die Mehrheit der KEVU nimmt die Ausführungen im Bericht zustimmend zur Kenntnis und unterstützt weiterhin die darin geschilderte unveränderte Haltung des Regierungsrates zur Zivillaviatik in Dübendorf. Das eigentliche Anliegen des Postulats, nämlich die Verhinderung der Verlegung von Zivilflügen von Kloten nach Dübendorf durch die Flughafen Zürich AG, hatte der Regierungsrat schon in seiner ersten Postulatsantwort positiv beantwortet und war dafür von der Kommission gelobt worden.

Eine Minderheit der Kommission bestehend aus Vertretern der SVP schlägt Ihnen zur Abschreibung eine abweichende Stellungnahme vor. Sie verlangt darin, dass der Kanton in seinen Planungen von weiteren fliegerischen Nutzungen des Geländes, insbesondere für die Geschäftsfliegerei, ausgeht. Dies gilt insbesondere für die Vorlage 5105, Richtplan Innovationspark. Die Minderheit sieht im Nebeneinander eines Innovationsparks und eines Flugplatzes für die Geschäftsfliegerei potenzielle Synergien, die es zu nutzen gilt. Der Regierungsrat soll

aufgefordert werden, die negativen Auswirkungen der Fliegerei auf die umliegenden Gemeinden möglichst gering zu halten.

Im Namen der KEVU beantrage ich Ihnen, der Mehrheit zu folgen und das dringliche Postulat ohne abweichende Stellungnahme im Sinne des Ergänzungsberichts abzuschreiben. Besten Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Minderheitsantrag Christian Lucek, Lorenz Habicher, Hanspeter Haug, Konrad Langhart, Orlando Wyss:

II. Es wird folgende von den Berichten des Regierungsrates abweichende Stellungnahme abgegeben.

Abweichende Stellungnahme

Die KEVU nimmt vom Ergänzungsbericht der Regierungsrates zum Postulat KR-Nr. 204/2011 vom 11. Dezember 2013 betreffend Keine Kleinfliegerei auf dem Flugplatz Dübendorf Kenntnis. Da sich die Ausgangslage in der Zwischenzeit weiter verändert hat, legt die KEVU dem Kantonsrat folgende abweichende Stellungnahme vor:

Mit Beschluss des Kantonsrates vom 18. März 2014 wurde der kantonale Richtplan festgesetzt. Betreffend der künftigen aviatischen Nutzung des Flugplatzes Dübendorf wird auf die Zuständigkeit des Bundes im Rahmen des Sachplanverfahrens hingewiesen.

An der Sitzung vom 3. September 2014 hat der Bundesrat entschieden, auf dem bundeseigenen Gelände neben einem Innovationspark und der militärischen Helikopterbasis auch ein ziviles Flugfeld mit Bundesbasis zu betreiben und die Vertragsverhandlungen mit der im Ausschreibungsverfahren obsiegenden «Flugplatz Dübendorf AG» aufzunehmen. Während der mehrjährigen Planungs- und Bewilligungsphase des zivilen Flugfeldes wird das VBS den Betrieb des Flugplatzes bis zur Übergabe an den neuen Flugplatzhalter sicherstellen. Daher muss der Regierungsrat von einer weiteren fliegerischen Nutzung des Geländes, insbesondere durch die Geschäftsluftfahrt, ausgehen. Künftige Planungen sind daher auf die Koexistenz von Innovationspark und Flugbetrieb auszurichten.

Insbesondere bei der Ausgestaltung des Richtplanes und des Gestaltungsplanes für den Innovationspark muss die tatsächliche Entwicklung auf dem gesamten Flugplatzareal berücksichtigt und dem Umstand der weiteren fliegerischen Nutzung Rechnung getragen werden.

Christian Lucek (SVP, Dänikon): Es wurde vom Kommissionspräsidenten erwähnt, es ist ein uraltes Postulat. Das wäre an und für sich nicht so schlimm, das Problem ist, dass der Ergänzungsbericht des Regierungsrats eben auch uralte ist. Er datiert vom Dezember 2013 und ist einfach völlig überholt. Also ich will gar nicht kritisieren, was darin steht, aber es gibt einfach nicht die tatsächliche Situation wieder, und das ist die Crux. Und deshalb beantragen wir Ihnen diese abweichende Stellungnahme, damit doch die wirkliche Situation ins Protokoll Eingang findet.

Die Stellungnahme trägt der aktuellen Situation Rechnung und der Regierungsrat hat heute im Verlauf der Debatte mehrmals gesagt, dass man davon Kenntnis nimmt, dass der Bund die aviatische Nutzung weiter plant, und genau das fehlt im ursprünglichen Ergänzungsbericht. Unsere abweichende Stellungnahme will ja nichts mehr und nichts weniger als diese Kenntnisnahme, und deshalb können Sie dem getrost zustimmen, und ich bitte Sie darum.

Felix Hoesch (SP, Zürich): Wir danken dem Regierungsrat dafür, dass er die Fliegerei in Dübendorf weiterhin nicht unterstützt und dies in seiner ausführlichen Stellungnahme gut dargelegt hat. Und auch heute steht der Kantonsrat grossmehrheitlich dahinter, dass in Dübendorf nicht geflogen werden soll oder zumindest, dass der Kanton Zürich alles daran setzen soll, dass das schwierig wird und dass Bern uns hören muss. Und deshalb unterstützen wir die Abschreibung in der ursprünglichen Version. Herzlichen Dank.

Olivier Hofmann (FDP, Hausen a. A.): Mit dem dringlichen Postulat 204/2011 wurde der Regierungsrat eingeladen, aufzuzeigen, wie der Kanton Zürich dafür sorgen kann, dass die Flughafen Zürich AG keine Auslagerung von Flügen nach Dübendorf vornimmt. Dies hat er gemacht. Und er hat auf Wunsch des Kantonsrates sogar einen Ergänzungsbericht erstellt. Damit hat der Regierungsrat seine Aufgabe erfüllt und das Postulat kann als erledigt abgeschrieben werden. Eine abweichende Stellungnahme ist nicht nötig.

Robert Brunner (Grüne, Steinmaur): Es ist so, mit dem Ergänzungsbericht können wir dieses Postulat nun abschreiben und die abwei-

chende Stellungnahme der SVP ist das Gegenteil davon, was die Grünen für das Flugplatzareal wollen. Wir werden das natürlich ablehnen. In der vorangegangenen Debatte hat Christian Lucek ausgeführt, dass jetzt der Sachplan Infrastruktur der Luftfahrt, respektive das Objektblatt Dübendorf, praktisch vor dem Abschluss sei. Man könnte darauf schliessen, dass dann nächstes Jahr hier ein Beschluss des Bundesrates vorliegen könnte. Denken Sie einfach einmal daran, wie lange das Sachplanverfahren für das Objektblatt Zürich Kloten schon läuft, wie manches Mal dieser Prozess ans Bundesgericht und retour gelaufen ist. Es ist ein partizipatives Verfahren mit den Gemeinden. Wir haben sehr viel strengere Regeln. Eine Umnutzung eines Militärflugplatzes für eine zivile Nutzung hat sehr viel strengere Auflagen – zum guten Glück. Und es wird dann noch zu begründen sein.

Heute wird begründet, der Flughafen Kloten habe dermassen ein Wachstum bei den Bewegungen, sodass die ganze Kleinfliegerei verdrängt werde. Das wird uns seit Jahren erzählt, aber das Gegenteil ist der Fall. Wir haben eine Stagnation, wir haben keinerlei Bedarf nach einer Auslagerung der Kleinaviatik. Und das schönste an der Studie des VBS zum Flugplatz Dübendorf ist erstens, dass sie zeigt, dass dieser Flugplatz so nicht funktionieren kann und zweitens, zeigt er genau alle Hindernisse und Verfahren, die wir anwenden können, um das zu verhindern. Also, wir lehnen eine abweichende Stellungnahme ab.

Barbara Schaffner (GLP, Otelfingen): Wenn Sie (*Regierungsrätin Carmen Walker Späh*) sich gewundert haben, was Ihr Vorgänger (*Regierungsrat Ernst Stocker*) falsch gemacht hat, dass er zuerst einen Zusatzbericht schreiben musste und nun noch mit einer abweichenden Stellungnahme kritisiert werden soll, kann ich Sie beruhigen. Er hat nichts falsch gemacht, er musste aber auf ein bewegliches Ziel schiessen.

Der Regierungsrat hat in beiden Berichten die Fragestellung der Postulanten ausführlich und gemäss den jeweils vorliegenden Informationen aus Bern beantwortet. Damit hätte man das Postulat getrost abschreiben können. Dem ist jedoch die Innovationspark-Vorlage in die Quere gekommen. Dort ging es eigentlich nicht um die Fliegerei und doch wollte ein Teil der KEVU immer wieder die Aviatik ins Spiel bringen. Sie haben es heute Morgen ja selber erlebt. So wurde das ursprünglich dringliche Postulat als Vehikel missbraucht, um alles Mögliche zur Aviatik zu diskutieren. Dies führte zu merkwürdigen Konstellationen wie die Anhörung von Luftwaffenangehörigen unter dem

Titel «Private Kleinfliegerei». Ich nehme nicht an, dass das schmeichelhaft war.

Mit der abweichenden Stellungnahme versuchen die Aviatik-Fans einen weiteren Missbrauch des Postulats, obwohl der Regierungsrat alles richtig gemacht hat und auch auf die neue Ausgangslage seitens des Bundes reagiert hat, wird hier versucht, dem Regierungsrat die bundesrätliche Strategie für den Flugplatz Dübendorf in den Mund zu legen. Wir unterstützen den Regierungsrat darin, eine eigene Meinung haben zu dürfen und auch in seiner Haltung gegen eine zivilaviatische Nutzung von Dübendorf. Wir werden das Postulat ohne abweichende Stellungnahme abschreiben.

Regierungsrätin Carmen Walker Späh: Erlauben Sie mir hier zum Schluss diese Diskussion auch noch einmal einen Rückblick und einen Ausblick.

Im ursprünglichen Bericht des Regierungsrates zum vorliegenden dringlichen Postulat lag der Fokus ganz klar auf der Frage, was der Regierungsrat tun kann, falls die Flughafen Zürich AG die Kleinfliegerei von Kloten nach Dübendorf auszulagern gedenkt. Ende Februar 2013 gab dann der Bund bekannt, dass er an der fliegerischen Nutzung von Dübendorf grundsätzlich festhalte und mögliche Interessenten für den Flugbetrieb suche. Der Fokus des Ergänzungsberichts lag deshalb neu auf der Frage, wie der Kanton Zürich dafür sorgen kann, dass in Dübendorf auch dann kein ziviler Flugbetrieb stattfindet, wenn der Bund einen zivilen Flugplatzbetreiber findet.

Am 3. September 2014 hat der Bundesrat entschieden, dass er mit der Flugplatz Dübendorf AG Vertragsverhandlungen über den Betrieb eines künftigen Flugfeldes mit Bundesbasis aufnehmen wird. Vorgeesehen ist eine Betriebsdauer von 30 Jahren. Dübendorf soll vor allem der Geschäftsfliegerei der Leichtaviatik und für Werkflüge offenstehen. Ein regelmässiger Linien- und Charterverkehr ist demgegenüber ausgeschlossen. So gesehen ist der Kanton Zürich, wie im Ergänzungsbericht aufgezeigt, auf seine Mitwirkungs- und auf seine Mitgestaltungsmöglichkeiten in den anstehenden formellen Verfahren beschränkt, und diese möchte ich Ihnen noch ganz kurz aufzeigen.

Da geht es einerseits um die Anpassung des SIL-Konzeptteils und die Anpassung des Sachplan Militärs. Hier kann der Regierungsrat – und das wird er – zum Entwurf des Objektblattes Stellung nehmen. Die

Festlegung erfolgt jedoch durch den Bundesrat und kann nicht gerichtlich angefochten werden. Dann geht es um die Festlegung des SIL-Objektblatts beim Flugplatz Dübendorf. Auch hier kann und wird der Regierungsrat seine Mitwirkungsrechte wahrnehmen. Auch hier erfolgt die Festlegung jedoch durch den Bundesrat und auch hier kann dieser Entscheid nicht gerichtlich angefochten werden. Dieses SIL-Objektblatt ist jedoch die Grundlage für die Betriebsbewilligung und das Betriebsreglement.

Dann eben diese Betriebsbewilligung für die Flugplatz Dübendorf AG. Diese muss öffentlich aufgelegt und vom BAZL (*Bundesamt für Zivilluftfahrt*) verfügt werden. Diese Verfügung des BAZL kann dann gerichtlich angefochten werden. Erste Instanz: Bundesverwaltungsgericht. Zweite Instanz: Bundesgericht. Und dann das Betriebsreglement der Flugplatz Dübendorf AG: Auch dieses muss öffentlich aufgelegt werden und wird vom BAZL verfügt. Und diese Verfügung kann wiederum gerichtlich angefochten werden, ebenfalls Bundesverwaltungsgericht, ebenfalls Bundesgericht.

Falls am Flugplatz Dübendorf sogar noch Bauten oder Anlagen erstellt werden sollten, die nicht ganz oder überwiegend dem Flugbetrieb dienen – ich spreche hier von Nebenanlagen wie zum Beispiel ein Restaurant oder ein Hotel, höchstwahrscheinlich auch Werkstätten für den Umbau, zum Beispiel Inneneinrichtungen von Geschäftsflugzeugen –, so unterstehen diese jedoch dem kantonalen Recht und bedürfen einer richt- und nutzungsplanerischen Festlegung. Und hier, geschätzte Kantonsrätinnen und Kantonsräte, wären Sie dann wiederum als Zuständige für die Richtplanung gefordert.

Der Regierungsrat hat aus betrieblichen und politischen Gründen nach wie vor Bedenken gegenüber einer solchen Nutzung in einem dichtbesiedelten Gebiet und in unmittelbarer Nähe zum Flughafen Zürich.

Nach dem Entscheid des Bundesrates den Flugplatz Dübendorf inskünftig nun auch zivilaviatisch zu nutzen und die Flugplatz Dübendorf AG damit zu betrauen, wird der Regierungsrat seine Interessen und die Interessen des Kantons Zürich und der Bevölkerung im Rahmen dieser genannten Verfahren selbstverständlich wahrnehmen.

Nach diesen Ausführungen beantrage ich Ihnen namens des Regierungsrates nochmals, das vorliegende dringliche Postulat abzuschreiben. Eine abweichende Stellungnahme hätte weder rechtliche noch tatsächliche Konsequenzen. Besten Dank.

Abstimmung

Der Kommissionsantrag wird dem Minderheitsantrag Lucek gegenübergestellt. Der Kantonsrat beschliesst mit 112 : 55 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Antrag von Regierungsrat und vorberatender Kommission gemäss Vorlage 4926a zuzustimmen und das Postulat 204/2011 als erledigt abzuschreiben.

Das Geschäft ist erledigt.

9. Bewilligung von jährlich wiederkehrenden Überträgen aus dem Lotteriefonds (Leistungsgruppe Nr. 4980) an das Amt für Landschaft und Natur für Leistungen im Bereich Naturbildung (Ausgabenbremse)

Antrag des Regierungsrates vom 5. November 2014 und geänderter Antrag der Finanzkommission vom 9. April 2015 **5144a**

Ratspräsidentin Theresia Weber: Wir haben auch hier freie Debatte beschlossen. Es liegt ein Minderheitsantrag von Jörg Sulser und Mitunterzeichner vor, auf die Vorlage nicht einzutreten. Das Wort zum Eintreten hat der Referent der FIKO, Jean-Philippe Pinto.

Jean-Philippe Pinto (CVP, Volketswil), Referent der Finanzkommission (FIKO): Mit der Vorlage 5144 beantragt der Regierungsrat dem Kantonsrat, dass aus dem Lotteriefonds jährlich höchstens 1,5 Millionen Franken an das Amt für Landschaft und Natur für die Zusprennung wiederkehrender Betriebsbeiträge zugunsten von Institutionen im Bereich Naturbildung übertragen werden. Der entsprechende Beschluss soll am 1. Januar 2015 in Kraft treten und bis Ende 2021 befristet sein.

In einigen besonders wertvollen Naturlandschaften des Kantons Zürich bieten heute vier Naturzentren den Zürcher Schulen Angebote für den Unterricht im Bereich Naturbildung an: Das sind das Naturschutzzentrum Neeracherried, die Naturstation Silberweide, das Naturzentrum Sihlwald und das Naturzentrum Thurauen

Alle vier Zentren werden von Non-Profit-Organisationen betrieben. Sie vermitteln sowohl Kindern wie auch Erwachsenen viel Wissens-

wertes über die heimische Tier- und Pflanzenwelt. Die Naturzentren warten mit vielfältigen, lebendig und fantasievoll gestalteten Angeboten auf, die auf grosses Interesse stossen.

Aufgrund ihrer grossen Beliebtheit bei Bevölkerung und Schulen stossen die vier Naturzentren heute mehr und mehr an ihre Kapazitätsgrenzen. Gleichzeitig sind sie bestrebt, insbesondere ihre Angebote für die Schulen den neuesten Erkenntnissen der Pädagogik und Umweltbildung anzupassen und sie jeweils auf den aktuellen Lehrplan auszurichten. Die beschränkten finanziellen und personellen Ressourcen behindern diese Anpassungen und stellen den langfristigen Weiterbetrieb der Zentren in Frage. Die Kenntnisse und Erfahrungen, die in den Naturzentren einer breiten Bevölkerung anschaulich vermittelt werden, sind nach Ansicht des Regierungsrats jedoch für einen nachhaltigen Umgang mit der Natur im immer dichter besiedelten Kanton zunehmend wichtig.

Neben den Naturzentren bestehen verschiedene kleinere Naturbildungsangebote wie etwa das «Vivarium» in Tablat, die «Haumüli» in Embrach oder die «Schule auf dem Bauernhof», die den Zugang zur Natur über die Landwirtschaft vermittelt. Sowohl die Naturzentren als auch die weiteren Institutionen im Bereich Naturbildung können ihre Kosten nur teilweise mit eigenen Erlösen finanzieren.

Die vier Naturzentren sind zu anerkannten Institutionen geworden. In den bis zu 15 Jahren ihres Bestehens hat sich der Betrieb gefestigt und bewährt. Die bisherige Finanzierung sah einen Anteil von 40 Prozent Eigenmitteln, das sind Beiträge von Schulen, Sponsorengelder, Eintrittsgelder, Verkauf von Broschüren, vor. Für die restlichen 60 Prozent wurde ein Staatsbeitrag mit einem Kostendach von 150'000 Franken ausgerichtet. Die Eigenmittel sind für alle vier Zentren schwierig aufzubringen. Bei zunehmenden Gesamtkosten wird dies noch schwieriger. Eine namhafte Unterstützung des Kantons ist daher weiterhin angezeigt. Der Kantonsbeitrag erfolgte bisher zulasten des Natur- und Heimatschutzfonds, NHF. Durch den vom Regierungsrat beantragten Beitrag aus dem Lotteriefonds in Höhe von 1,5 Millionen Franken würde der NHF um rund eine halbe Million Franken entlastet.

Die Finanzkommission hat sich vertieft mit der Vorlage 5144 auseinandergesetzt. Sie liess sich vom Amt für Landschaft und Natur insbesondere detailliert über die bisherige sowie die zukünftig vorgesehene Finanzierung der Naturzentren informieren. Diskutiert wurde vor allem, ob weiterhin rund eine halbe Million Franken dem NHF ent-

nommen werden soll oder nicht. Ein entsprechender Antrag der FDP-Fraktion, welcher eine Kürzung des jährlichen Lotteriefondsbeitrags um diesen Betrag auf höchstens eine Million Franken vorsah, fand in der Finanzkommission schliesslich eine knappe Mehrheit. Das Projekt soll damit aber nicht in Frage gestellt werden. Bezweckt wird nur eine andere Gestaltung der Finanzierungsflüsse.

Mit der Vorlage 5144a beantragt Ihnen deshalb die Finanzkommission, aus dem Lotteriefonds jährlich höchstens eine Million Franken an das Amt für Landschaft und Natur für die Zusprechung wiederkehrender Betriebsbeiträge zugunsten von Institutionen im Bereich Naturbildung zu bewilligen. Im Namen der Mehrheit der Finanzkommission bitte ich Sie um Zustimmung zur Vorlage 5144a. Besten Dank.

Minderheitsantrag Jürg Sulser, Martin Arnold, Matthias Hauser und Bruno Walliser:

Auf die Vorlage wird nicht eingetreten.

Bruno Walliser (SVP, Volketswil): Im Namen der SVP-Fraktion beantrage ich Ihnen, auf diese Vorlage betreffend wiederkehrender Überträge aus dem Lotteriefonds zugunsten des kantonalen Amtes Landschaft und Natur nicht einzutreten, und zwar aus folgenden zwei wichtigen Gründen.

Erstens: Mit dieser Einlage wird zusätzlich der Natur- und Heimatschutzfonds um eine halbe Million Franken aufgestockt. Wir haben uns schon immer in der Budgetdebatte gegen Erhöhungen oder Aufstockungen dieses Fonds gewehrt. Nun will man es auch noch über den Lotteriefonds tun.

Zweitens: Mit dieser Vorlage betreibt der Regierungsrat eine Art Salamitaktik. Anstelle eines Gesamtantrages zum Lotteriefonds werden immer wieder neue Lotteriefonds-Vorlagen präsentiert. Selbst die Finanzkommission kritisiert diese Vorgehensweise. Es fehlt an einem Gesamtkonzept, ganz nach dem Motto: «Es hat Geld im Lotteriefonds, also bedient Euch alle.»

Aus diesen Gründen beantrage ich Ihnen, auf diese Vorlage nicht einzutreten. Besten Dank.

Sabine Sieber (SP, Bauma): Grundsätzlich finden wir, Naturbildung ist Staatsaufgabe. So gesehen müssten wir ebenfalls mit der SVP ablehnen. Vorlage 5125 (*Bewilligung von jährlich wiederkehrenden Überträgen aus dem Lotteriefonds an die Direktionen*) wurde schon mehrmals in diesem Rat angesprochen, zum letzten Mal beim Aabach-Geschäft. 5125, wo Aufgaben von der Staatsrechnung in den Lotteriefonds verschoben werden. Auch wir finden das eine schlechte Entwicklung. Es wird verschoben in den Lotteriefonds, dann bei der Staatsrechnung gekürzt, und so wird es dann in Zukunft laufen. Wir nehmen an, dass die rechte Ratsmehrheit in Zukunft viele Ausgaben, die wir als Staatsausgaben ansehen in Zukunft streichen werden.

Die Arbeit der Naturzentren ist wertvoll und sehr gefragt. Das zeigen die hohen Besucherzahlen, ganz zu schweigen von der Nachhaltigkeit, die sie bewirken. Und wir wollen, dass diese Arbeit weitergeht. So bleibt also nur die Frage, woher das Geld dazu kommen soll.

Uns ist wichtig, dass der Artenschutz – eine Auflage des Bundes – aus dem Natur- und Heimatschutzfonds bezahlt werden kann, ohne dass die Naturbildung zu kurz kommt. Für beides reicht der Natur- und Heimatschutzfonds nicht. So bleibt leider für die Naturbildung nur der Griff in die Kasse des Lotteriefonds. Denn wenn wir uns an die Budgetdebatten im Bereich Naturschutz der letzten Jahre erinnern, wissen wir alle, wie es auch in Zukunft laufen wird. Wir lehnen den SVP-Antrag ab, sind aber auch nicht für den Antrag der FDP, sondern unterstützen den Antrag der Regierung. Besten Dank.

Peter Vollenweider (FDP, Stäfa): Die FDP wird auf die Vorlage eintreten und unterstützt dabei den Antrag der Finanzkommission auf 1 Million Franken Unterstützung zugunsten der Institutionen im Bereich Naturbildung.

Die bestehenden Naturbildungszentren sind zu anerkannten Institutionen geworden, welche im Kanton eine wertvolle Aufgabe im Bereich Umweltbildung erfüllen. Das Interesse und die Nachfrage nach diesem Bildungsangebot werden auch durch die Zunahme der Besucherzahlen belegt. So haben beispielsweise im letzten Jahr über 13'000 Personen die Silberweide am Greifensee besucht, was einer Zunahme um rund 40 Prozent seit 2010 entspricht. Vergleichbare Entwicklungen können auch bei Führungen und Schulklassenbesuchen in den anderen Zentren festgestellt werden.

Ein derartiges Wachstum wie auch das Bestreben, das Angebot im Bildungsbereich auf dem neusten Stand zu halten, haben Auswirkungen auf den Mittelbedarf dieser Institutionen. Eine wichtige Bedingung bei der Gewährung von Geldern ist für uns dabei die Vorgabe, dass für die Geltungsmachung höherer Staatsbeiträge weiterhin eine minimale Eigenfinanzierungsquote von neu 35 Prozent bei jedem der Naturbildungszentren gelten und nachgewiesen werden muss.

Mit der Vorlage des Regierungsrates soll neben einer Erhöhung der Staatsbeiträge von rund einer halben Million Franken die Finanzierung neu nur noch durch den Lotteriefonds erfolgen. Trotz unserer positiven Haltung zu diesem Geschäft sind wir aber der Meinung, dass die finanziellen Mittel für Betrieb und Ausbau dieser Naturbildungszentren nicht vollständig durch den Lotteriefonds übernommen werden sollen, sondern auch weiterhin durch den Natur- und Heimatschutzfonds mitgetragen werden müssen. Schliesslich ist dieser Fonds auch für Unterstützungen in dieser Form vorgesehen.

Mit dem vorliegenden Antrag um Unterstützung mit 1 Million aus dem Lotteriefonds und somit der Weiterführung von 0,5 Millionen aus dem Natur- und Heimatschutzfonds kann die vorgeschlagene und nachgefragte Finanzierung für die Naturbildung erreicht werden, ohne dass finanzielle Mittel im Natur- und Heimatschutzfonds frei werden. Diese Mittel würden erfahrungsgemäss umgehend für andere Projekte eingesetzt und somit zu einer Ausweitung des Angebots führen. Die FDP unterstützt daher den Antrag der Finanzkommission.

Michael Zeugin (GLP, Winterthur): Mit diesem Lotteriefondsbeitrag wird die Naturbildung im Kanton Zürich für die kommenden Jahre gesichert und moderat ausgebaut. Die bestehenden vier Naturzentren werden damit bei der Erfüllung ihrer Aufgaben im Bereich der Naturbildung gestärkt.

Neben den bestehenden vier Naturzentren soll im Kanton Zürich mit dem Lotteriefondsgeld ein zusätzliches kantonales Naturzentrum aufgebaut werden. Für uns Grünliberale ist wichtig, dass dieses Naturzentrum nicht von Grund auf neu aufgebaut werden muss, sondern auf bestehende Infrastrukturen basierend ausgebaut und damit auch lokales Engagement gestärkt werden kann. So könnte zum Beispiel der Wildpark Bruderhaus in Winterthur zu einem kantonalen Zentrum

ausgebaut werden. Dabei könnte eben auf bestehenden Strukturen und Aktivitäten abgestützt werden.

Nebst den fünf Naturzentren werden mit dem Lotteriefondsbeitrag auch unzählige weitere kleine, lokale Engagements ermöglicht und gestärkt. Damit das Geld für alle geplanten Aktivitäten reicht, beantragen wir, dass der Betrag wie von der Regierung beantragt bewilligt wird. Wir werden folglich auch den Nichteintretens-Antrag der SVP ablehnen und ebenfalls werden wir den Antrag der FDP ablehnen, denn wir sind überzeugt, dass die Naturbildung und der Erhalt der Artenvielfalt eine sehr wichtige Aufgabe im Kanton Zürich für den Erhalt der hohen Lebensqualität, die wir alle sehr geniessen, ist. Die Grünliberalen werden deshalb dem Minderheitsantrag zustimmen und dem Lotteriefondsbeitrag für die Naturbildung ebenfalls zustimmen. Besten Dank.

Regula Kaeser (Grüne, Kloten): Ich bin ausserordentlich froh, dass wir heute noch über dieses Geschäft befinden können, denn die Naturorganisationen sind auf die Zusage angewiesen, denn wir bewilligen den Beitrag rückwirkend auf den 1.1.2015. Somit ist klar, dass wir den Nichteintretens-Antrag der SVP ablehnen, denn es ist wirklich höchste Zeit, dieses Geschäft zu behandeln.

Was man kennt, was man begreift, und dies im wahrsten Sinne des Wortes, dazu trägt man Sorge, darum kümmert man sich. Es ist eine Tatsache, dass viele und nicht nur Kinder den natürlichen Umgang mit der Umwelt verloren haben. Viele haben Angst vor allem was krecht und fleucht, denn das Unbekannte macht vielen Angst.

Heute kennen viele Wildtiere aus Dokumentarfilmen, von Bildern, aus dem Zoo, man sieht die Natur zweidimensional, die Tiefe fehlt. Wo hat man Gelegenheit, einen Eisvogel in Freiheit zu beobachten? Zugegeben, dieser Vogel ist sehr schnell. Es braucht Ausdauer, um diese Vögel zu finden und zu sehen. Aber auch das, die Zeit haben, die Geduld sitzend auszuharren, auch das will gelernt sein und auch dazu hat man in diesen Naturparks und Naturerlebniszentren Gelegenheit. Und das müssen nicht nur Kinder lernen. Ja, Naturbildung ist eine sehr gute Sache, und wir brauchen sie. Genau hier setzen viele Projekte an, und ich bin überzeugt, dass hier alle im Saal schon mindestens einmal in einem der bereits mehrfach erwähnten Naturzentren waren.

Der Kanton Zürich ist ein sehr dicht besiedelter Kanton und die Nachfrage nach solchen Angeboten ist gross. Ohne Zweifel haben sich die

vier grossen Naturzentren, die Thurauen, das Neeracherried, die Silberweide, der Sihlwald, zu Zentren von kantonaler und regionaler Bedeutung gemausert. Und die Wichtigkeit wird hier drin im Saal von niemandem angezweifelt.

Die heutige Finanzierung sieht einen Anteil von 40 Prozent Eigenmitteln vor. Die restlichen Kosten wurden bis anhin aus einem Staatsbeitrag mit Kostendach entrichtet. Doch bei den steigenden Kosten und der zunehmenden Nachfrage ist es immer schwieriger, diese Eigenmittel aufzutreiben und zur Verfügung zu stellen. Neuere, kleinere Projekte haben kaum Chancen, Staatsbeiträge zu bekommen. Nun will man die Finanzierung neu aufstellen. Wie genau, wurde schon im Detail erwähnt, da will ich nicht mehr darauf eingehen.

Wir, die grüne Fraktion, sind überzeugt von diesen Projekten und wir sind von der Wichtigkeit überzeugt. Der FDP-Antrag, der zum FIKO-Mehrheitsantrag zur Kürzung auf 1 Million wurde, lehnen wir klar ab. Denn genau kleinere Projekte, wie zum Beispiel der Pfäffikersee, hätten kaum Chancen, Zuschüsse zu bekommen, das heisst, sie würden wahrscheinlich nicht realisiert werden oder könnten nicht wie geplant in Betrieb gehen. Wir, die grüne Fraktion, sagen klar Ja zu diesem wichtigen Beitrag, zu den 1,5 Millionen aus dem Lotteriefonds, was dem Regierungsratsantrag entspricht und hier und heute der Minderheitsantrag von Michael Zeugin ist. Danke.

Yvonne Bürgin (CVP, Rüti): «Was Hänschen nicht lernt, lernt Hans nimmermehr.» Dies gilt auch bei der Naturbildung. Gerade heutzutage, wo ein Grossteil der Kinder immer weniger Zeit draussen in der Natur verbringt, sind einmal mehr die Schulen gefordert, und nichts ist besser geeignet, um eine nachhaltige Entwicklung im Bereich Naturschutz zu gewährleisten, als wenn Schülerinnen und Schüler selber vor Ort die Natur erkunden können. Sind wir also dankbar, verfügen wir mit den bestehenden vier Naturzentren über bewährte Institutionen, in welchen Kindern und Jugendlichen die Möglichkeit geboten wird, unter fachkundiger Leitung die Natur aktiv zu erleben.

Damit diese vier Institutionen gestärkt und ihre Arbeit auf eine sichere Grundlage gestellt werden kann, möchte die Regierung jährlich einen Beitrag von maximal 1,5 Millionen aus dem Lotteriefonds ausrichten. Die CVP unterstützt den Antrag der Regierung. Eine Aufspaltung des Betrages, wie es die Mehrheit der FIKO vorsieht, in Lotterie- und Na-

tur- und Heimatschutzfonds, lehnen wir ab, denn der nächste Kürzungsantrag im Natur- und Heimatschutzfonds folgt bestimmt, auch wenn Hans-Heinrich Heusser nicht mehr im Rat vertreten ist. Dann wäre die Unsicherheit für die Naturzentren gross und genau das will dieser Antrag ja verhindern. Darum ein klares Ja zu 1,5 Millionen aus dem Lotteriefonds für die Naturbildung. Herzlichen Dank.

Gerhard Fischer (EVP, Bäretswil): Es wird oft vergessen, wie weit vorne das Thema intakte Natur und Umwelt in Bezug auf die Standortattraktivität liegt. Es liegt sehr weit vorne.

Die Stand- und Lernorte, welche dieses Geld, das hier beantragt wird, bekommen sollen, werden ganz sicher nicht übermütig, nein, sie werden das Geld sehr sinnvoll und effektiv einsetzen. Das kann ich Ihnen als Präsident von Pro Natura sagen – und damit habe ich auch gleich meine Interessenbindung bekanntgegeben.

Naturbildung ist zudem ein sehr wichtiges Anliegen für unsere Schulen und die Jugend allgemein. Damit leisten wir einen sehr wichtigen Beitrag für eine gute und ausgewogene Bildung für unsere Kinder und für kommende Generationen, für ihr Verhalten und ihr umweltbewusstes Wirken auch in Zukunft. Das ist dringend notwendig.

Die EVP wird den SVP-Antrag ablehnen und den Minderheitsantrag unterstützen.

Manuel Sahli (AL, Winterthur): Auch die Alternative Liste unterstützt den Minderheitsantrag, den Beitrag zur Naturbildung so zu belassen, wie vom Regierungsrat beantragt. Es ist unverständlich, warum hier eine Kommissionsmehrheit die Beiträge um 0,5 Millionen Franken kürzen will, da es doch ein sehr sinnvolles Anliegen ist und die Kosten viel höher wären, wenn wir später Korrekturmassnahmen ergreifen müssten, falls sich die heutige Jugend beziehungsweise die zukünftige Generation immer weiter von der Natur beziehungsweise von der Umwelt wegbewegt.

Wir haben das dazumal in der Fraktion auch in einem anderen Zusammenhang besprochen, nämlich im Zusammenhang mit dem Beitrag zum Aabach. Der Kantonsrat hat über 21 Millionen Franken für den Aabach, für Renovationsmassnahmen und so weiter gesprochen, und da sind die 500'000 Franken, die hier gekürzt werden sollen, lediglich Peanuts. Die Alternative Liste unterstützt daher die Beibehaltung des Lotteriefondsbeitrages bei 1,5 Millionen Franken. Danke.

Michael Welz (EDU, Oberembrach): Der Einfallsreichtum des Naturschutzes, um an Finanzen zu kommen, ist sehr gross und man spürt, da ist offenbar mehr Herzblut und Taktik dahinter als in vielen anderen Bereichen der Verwaltung.

Dem Lotteriefonds werden grundsätzlich nur einmalige Beiträge entnommen, aber für den Naturschutz darf diese Regel gebrochen werden. Auch die Begründungen und der Verwendungszweck der geforderten Gelder tönen schön und gut, trotzdem wird die EDU nicht eintreten.

Es ist schon interessant, dass Naturschutzzentren erneuert und neue zusätzliche Naturschutzzentren im sogenannten Schutzgebiet betrieben und gebaut werden können und sollen, wo doch die gleichen Verbände, welche diese Zentren fordern und betreiben, gegen jegliche Bauten im Naturschutzgebiet sind. Gleichzeitig bekämpfen diese Verbände sogar die Sanierung von bestehenden Bauten. Immer wieder weisen diese Verbände eine absolut kompromisslose Haltung gegenüber den Begehren der Allgemeinheit auf. Und nun soll die liebe Politik diesen Verbänden sogar die Finanzierung ihrer Anliegen beschliessen.

Hier sagen wir Nein und nochmals Nein. So geht es nicht, auch wenn das Thema Naturbildung heisst. Wir wollen auch keine zusätzliche Naturbildung, damit eine starke Nachzucht von künftigen Naturschützern den Bürgern, dem Gewerbe und der Wirtschaft überall die Knebel ins Getriebe werfen können. Die Schulen belegen das Thema ausreichend und können Exkursionen auch ohne Naturschutzzentren bewerkstelligen. Der Kantonsrat hat anfangs Jahr das Budget für den Naturschutz erhöht. Dies muss vollkommen ausreichen.

Meine Damen und Herren, die öffentliche Hand, Kanton, Bund und immer mehr auch die Gemeinden bezahlen und finanzieren bereits im grossen Stil den Natur- und Landschaftsschutz. Aber offenbar ist es nie genug. Und wir haben an der letzten «Baudirektionssitzung» hier drinnen zwei Geschäfte behandelt. Bei einem haben wir 1 Million für den Naturschutz beschlossen – dort geht es um die Renaturierungsmassnahmen an der Sihl – und beim anderen, bei den Wasserkraftwerken am Aabach, auch um Renaturierungsmassnahmen.

Und ich möchte hier noch einige Projekte benennen, welche von der Allgemeinheit bezahlt werden: Das sind die Landschaftsschutzgebiete,

zum Beispiel das Bachtelschutzgebiet. Wir haben die BLN-Gebiete (*Gebiete im Bundesinventar der Landschaften und Naturdenkmäler*), wir haben kommunale, kantonale und nationale Schutzgebiete, wir haben Vernetzungsprojekte, wir haben Landschaftsentwicklungsprojekte, wir haben Landschaftsqualitätsprojekte und die vielfältige ökologische Landwirtschaft und dazu kommt noch der sich in Planung befindende Naturpark Oberland. Also Sie hören, es wird sehr viel gemacht, aber offenbar ist es nie genug.

Die EDU ist nicht gegen den Naturschutz, aber wir fordern mehr Masshaltung im Naturschutz und lehnen deshalb die Vorlage ab.

Martin Haab (SVP, Mettmenstetten): Es kommt ja sehr selten vor, dass die Fraktion der SP und die Fraktion der SVP etwas gleich sehen. Aber Kollegin Sieber hat gesagt, dass auch ihr ein unangenehmes Gefühl anhängt, wenn man Lotteriegelder nimmt und damit wiederkehrende Leistungen berappt. Es ist eigentlich so angedacht, dass dieser Lotteriefonds für einmalige Massnahmen Geld ausschüttet und nicht für wiederkehrende Massnahmen.

Ich habe jetzt hier in den Voten ein breit abgestütztes finanzielles Klagelied über diesen Naturschutz gehört. Man könnte wirklich meinen, die Naturschutzanliegen müssten am Hungertuch nagen und im Kanton Zürich fehle das Geld an allen Orten, um Naturschutz umzusetzen. Ich erinnere daran, dass in der Rechnung 2014 im Naturschutzfonds ein Überschuss von über 1 Million resultierte und dass in diesem Fonds im Moment, Rechnung 2014, beinahe 6 Millionen liegen. Ich sehe den Bedarf nicht, dass man hier noch mehr Geld aus dem Lotteriefonds in diese Kassen oder in diese Anliegen hineinspült. Es hat genügend Geld dort.

Michael Zeugin (GLP, Winterthur) spricht zum zweiten Mal: Nur eine kleine Ergänzung: Es wurde hier zum zweiten Mal erwähnt, dass diese wiederholten Beiträge an einzelne Direktionen eigentlich eine Spezialität sind. Ich möchte einfach daran erinnern, dass wir das in anderen Direktionen auch machen. Das heisst, es ist eigentlich keine Ausnahme, sondern eine Regelung, die auch in anderen Bereichen angewandt wird. Vielleicht hilft das Ihnen, über den Schatten zu springen und sonst wünsche ich einen schönen Abend.

Regierungsrat Markus Kägi: Diese Diskussion mutet an, als seien wir wieder in den Dezember zurückgefallen bezüglich dem Thema Naturschutz. Sie alle konnten beim Kantonsratsausflug die Silberweide, soweit ich informiert bin, besuchen. Herr Vollenweider hat es richtig gesagt, wir haben dort ein Zuwachs von 40 Prozent bei den Besucherinnen und Besuchern, vor allem Familien, Kindern, Schulen, die doch den Stoff, den sie theoretisch in der Schule mitbekommen, eins zu eins sehen und erleben dürfen.

Ich lebe in Niederglatt, wie Sie wissen. Niederglatt grenzt an das Neeracherried. Dort hat es ein Naturschutzzentrum. Klammer auf: Das Naturschutzzentrum liegt an der Strasse, die dringend saniert werden muss. Klammer zu. Es liegt Richtung Steinmaur, Richtung Herr Brunner (*gemeint ist Robert Brunner*). Und wenn Sie dort sehen, wie viele Besucherinnen und Besucher dieses Zentrum frequentieren und etwas mitnehmen, ich glaube, dann würden Sie vielleicht Ihre Voten ändern.

Hier geht es darum, die vier anerkannten Institutionen zu stärken, und ich muss Ihnen sagen, es geht nicht um mehr Naturschutz oder weniger Naturschutz, sondern es geht darum, dass diese Institutionen auch einen Bestand haben. Und ich sage Ihnen das ganz klar und deutlich: Das Zentrum Thurauen, das durch eine Firma betrieben wird, ist in seiner Existenz gefährdet. Man kann immer mit weniger Geld etwas machen, aber ich denke, wir haben hier seriös geplant und budgetiert.

Und es ist natürlich so: Soll ich dann für Schulen einen Eintritt verlangen und via Konto Bildungsdirektion in die Baudirektion transferieren? Das bringt doch überhaupt nichts. Lassen Sie doch diese Gelder durch den Lotteriefonds bezahlen. Sie wissen, der Lotteriefonds ist gut bestückt, aber wir müssen Sorge dazu tragen. Ich denke, hier ist wirklich etwas, das Sie für Ihre Enkel, vielleicht auch noch für Ihre Kinder machen können. Sagen Sie bitte Ja zum Minderheitsantrag auf 1,5 Millionen Franken. Die Natur, respektive der Wissensstandort unserer Schule wird Ihnen das auch danken.

Abstimmung

Der Kantonsrat beschliesst mit 110 : 52 Stimmen (bei 0 Enthaltungen), den Minderheitsantrag von Bruno Walliser abzulehnen. Damit ist Eintreten beschlossen.

Eintreten

Detailberatung

Titel und Ingress

Keine Bemerkungen; genehmigt.

I.

Minderheitsantrag Michael Zeugin, Regula Kaeser, Rosmarie Joss und Sabine Sieber:

Aus dem Lotteriefonds werden jährlich höchstens Fr. 1'500'000 an das Amt für Landschaft und Natur für die Zusprechung wiederkehrender Betriebsbeiträge zugunsten von Institutionen im Bereich Naturbildung übertragen.

Ratspräsidentin Theresia Weber: Das Wort zur Begründung des Minderheitsantrags hat Michael Zeugin. Er verzichtet.

Abstimmung

Der Kommissionsantrag wird dem Minderheitsantrag von Michael Zeugin gegenübergestellt. Der Kantonsrat beschliesst mit 84 : 80 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Minderheitsantrag zuzustimmen und den Beitrag aus dem Lotteriefonds an das Amt für Landschaft und Natur zu genehmigen.

Ratspräsidentin Theresia Weber: Sie haben dem Minderheitsantrag zugestimmt. Nun stellen wir fest, ob das Quorum der Ausgabenbremse erreicht wird. Der Rat besteht zurzeit aus 180 Mitgliedern. Deshalb braucht es mindestens 91 Stimmen.

Abstimmung

Der Kantonsrat beschliesst mit 109 : 54 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) der Vorlage 5144 zuzustimmen. Damit ist das erforderliche Quorum erreicht worden.

II.

Keine Bemerkungen; genehmigt.

III.

Keine Bemerkungen; genehmigt.

IV.

Keine Bemerkungen; genehmigt.

Das Geschäft ist erledigt.

Verschiedenes

Rücktrittserklärungen

Rücktritt aus dem Kantonsrat von Walter Schoch, Bauma

Ratssekretär Roman Schmid verliest das Rücktrittsschreiben: «Gesuch um vorzeitigen Rücktritt aus dem Kantonsrat.

Sehr geehrte Frau Kantonsratspräsidentin, sehr geehrte Damen und Herren

Heute hat mich der Kantonsrat in den Bankrat der Zürcher Kantonalbank gewählt. Gemäss Paragraph 6 Absatz 3 des Gesetzes über die Zürcher Kantonalbank ist das Amt eines Bankrates nicht vereinbar mit der Zugehörigkeit zum Kantonsrat.

Da sich der Bankrat bereits am 2. Juli 2015 konstituiert, ersuche ich Sie um vorzeitigen Rücktritt per Ende Juni 2015 beziehungsweise per Ende der heutigen Nachmittagssitzung.

Nur zweieinhalb Monate nach der Wiederwahl ins kantonale Parlament kommt für mich der Rücktritt etwas gar überraschend. Angesichts der neuen spannenden Aufgabe, die auf mich wartet, ist der Abschied etwas leichter zu verschmerzen. Ich werde aber bestimmt gerne an die Zeit im Kantonsrat zurückdenken, habe ich doch in diesem Amt viel gelernt und über die Parteigrenzen hinweg zahlreiche interessante Menschen kennengelernt.

Die Tätigkeit in den Aufsichtskommissionen hat mir stets Freude bereitet und auch gezeigt, dass diese Arbeit in einem komplexer wer-

denden Umfeld für die Aufgabenerfüllung des Parlaments keinesfalls unterschätzt werden darf.

Zusammen mit meiner Fraktion habe ich mich eingesetzt für sachbezogene Lösungen, die sich auch im Blick auf die christlichen Grundwerte unserer Kultur verantworten lassen. Es ist die Aufgabe der Politik, in unserer pluralistischen Gesellschaft zu den brennenden Fragen der Zeit immer wieder tragfähige Antworten zu finden. Umso mehr hoffe ich, dass auch künftig in allen Lagern des Rates die Bereitschaft vorhanden bleibt, aufeinander zuzugehen. Nur so sind wirklich gross Würfe möglich.

Nun ist es Zeit weiterzuziehen. Ich danke für die wertvollen Begegnungen, für die angenehme Zusammenarbeit und wünsche allen eine erfolgreiche Ratstätigkeit.

Mit freundlichen Grüssen

Walter Schoch»

Ratspräsidentin Theresia Weber: Kantonsrat Walter Schoch ersucht um vorzeitigen Rücktritt. Der Kantonsrat hat über diese Rücktrittsgesuch zu entscheiden. Ich gehe davon aus, dass Sie einverstanden sind.

Walter Schoch wird im Oktober 2007 Mitglied des Kantonsrates, als er für Hanspeter Amstutz in die EVP-Fraktion nachrückt. Dank seinem vielseitigen beruflichen Hintergrund als Schulpfleger, Kirchengpfeleger und Friedensrichter fasste Walter Schoch auch im Kantonsrat rasch Fuss. Seine Vorstösse zeigen von Engagement für die ländlichen Gemeinden, die Familien und den würdevollen Umgang mit älteren Menschen.

Wer mit Walter Schoch in einer Kommission Einsitz nahm, hat ihn als bedachten und umgänglichen Kollegen kennengelernt. Nach einer ersten Legislatur in der AWU (*Aufsichtskommission über die wirtschaftlichen Unternehmen*) und der Spezialkommission Integration wurde er 2010 in die PUK-BVK (*Parlamentarische Untersuchungskommission BVK*) gewählt, wo er fachkundig eine Subkommission leitete. Als Mitglied der GPK (*Geschäftsprüfungskommission*) von 2011 bis 2015 beschäftigte ihn die PUK über deren Abschluss hinaus, denn er war für die Überprüfung der PUK-Nachfolgearbeiten zuständig. Die Begeisterung, mit der Walter Schoch über die Jahresberichte der anerkannten Religionsgemeinschaften referierte, zeugte von seinem offenen und breiten Interessenshorizont. Ab 2013 war er neben der GPK noch in der Spezialkommission ZKB (*Zürcher Kantonalbank*) tätig.

Mit der heutigen Wahl in den Bankrat der ZKB ist für Walter Schoch der Moment des Abschieds gekommen. Seien wir froh, einen fähigen Altkantonsrat in diesem wichtigen Gremium zu wissen. Wir wünschen Dir bei Deiner neuen Aufgabe viel Erfolg und auch im Privaten alles Gute. Für deinen grossen Einsatz im Parlament und dein kollegiales Wirken in unseren Reihen möchten wir Dir herzlich danken. (*Applaus.*)

Ich wünsche Ihnen eine gute Woche, die Sitzung ist geschlossen.

Neu eingereichte parlamentarische Vorstösse

- **Richtplan Kapitel 4.7.2, Eintrag Flugplatz Dübendorf**
Motion *Christian Lucek (SVP, Dänikon)*
- **Änderung von § 76 StG**
Parlamentarische Initiative *Martin Sarbach (SP, Zürich)*
- **Die Sozialhilfegesetz-Revision von 2010**
Anfrage *Barbara Steinemann (SVP, Regensdorf)*
- **Massnahmen zur Förderung von sogenannten Doppel-Karrieren und Verteilung von Forschungsgeldern an der Universität Zürich**
Anfrage *Hans-Peter Amrein (SVP, Küsnacht)*
- **Abgleichung der Begriffe im Richtplan**
Anfrage *Christoph Ziegler (GLP, Elgg)*
- **Axpo – Grossrisikotreiberin des Kantons Zürich**
Anfrage *Hans-Peter Amrein (SVP, Küsnacht)*

Schluss der Sitzung: 17.30 Uhr

Zürich, den 29. Juni 2015

Die Protokollführer:
Daniel Bitterli

Von der Protokollprüfungskommission der Geschäftsleitung genehmigt am 16. August 2015.

Abstimmungsprotokoll Rathaus Zürich

Kantonsrat Zürich

Geschäftstitel:	Genehmigung der Änderung der Organisationsverordnung des Verwaltungsgerichts	
Geschäfts#:	KR-Nr. 233a/2014	
Stimm-Datum:	2015.06.29 - 15:08:44	
JA:	116	
NEIN:	52	
Enthalten:	0	
Nicht Präsent:	12	
Total Stimmen:	168	
Stichentscheid:	--	

Abstimmungsprotokoll

Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
030	Ackermann	Pia	SP	JA
082	Ackermann	Ruth	CVP	JA
042	Agosti Monn	Theres	SP	JA
089	Albanese	Franco	CVP	JA
114	Amacker	Bruno	SVP	NEIN
126	Amrein	Hans-Peter	SVP	NEIN
110	Arnold	Martin	SVP	NEIN
140	Bachmann	Ernst	SVP	NEIN
163	Balmer	Bettina	FDP	JA
171	Bär	Hansruedi	SVP	NEIN
010	Barrile	Angelo	SP	JA
057	Bartal	Isabel	SP	JA
086	Bellaiche	Judith	GLP	JA
165	Bender	André	SVP	NEIN
161	Berger	Antoine	FDP	JA
131	Biber	Michael	FDP	JA
020	Bischoff	Markus	AL	JA
049	Bloch	Beat	CSP	JA
147	Boesch	Hans-Jakob	FDP	JA
123	Bollinger	Erich	SVP	NEIN
173	Bonato	Diego	SVP	NEIN
111	Borer	Anita	SVP	NEIN
080	Brazerol	Rico	BDP	JA
146	Brunner	Hans-Peter	FDP	JA
034	Brunner	Robert	Grüne	JA
058	Büchi	Renate	SP	JA
083	Bürgin	Yvonne	CVP	JA
154	Burtscher	Rochus	SVP	NEIN
007	Busmann	Barbara	SP	JA
013	Bütikofer	Kaspar	AL	JA

Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
115	Camenisch	Linda	FDP	JA
180	Dalcher	Pierre	SVP	NEIN
043	Daurù	Andreas	SP	JA
095	Egli	Hans	EDU	JA
003	Egli	Karin	SVP	NEIN
071	Erdin	Andreas	GLP	JA
181	Erni	Jonas	SP	JA
130	Farner	Martin	FDP	--
068	Fehr Thoma	Karin	Grüne	JA
062	Feldmann	Stefan	SP	JA
149	Fischer	Benjamin	SVP	NEIN
039	Fischer	Gerhard	EVP	JA
103	Franzen	Barbara	FDP	JA
041	Frei	Daniel	SP	JA
151	Frei	Ruth	SVP	NEIN
160	Frey	Beatrix	FDP	JA
142	Furrer	Astrid	FDP	JA
138	Fürst	Reinhard	SVP	NEIN
162	Galliker	Nadja	FDP	JA
106	Gantner	Alex	FDP	JA
070	Gehrig	Sonja	GLP	JA
105	Geistlich	Andreas	FDP	JA
014	Göldi	Hanspeter	SP	JA
033	Gschwind	Benedikt	SP	JA
024	Gugger	Nik	EVP	JA
088	Gut	Astrid	BDP	JA
053	Gutmann	Eva	GLP	JA
021	Guyer	Esther	Grüne	JA
109	Haab	Martin	SVP	NEIN
102	Habegger	Beat	FDP	JA
143	Hänni	Cäcilia	FDP	JA
096	Häring	Hans Peter	EDU	JA
074	Hauri	Andreas	GLP	JA
127	Hauser	Matthias	SVP	NEIN
036	Häusler	Edith	Grüne	JA
065	Heierli	Daniel	Grüne	JA
072	Hodel	Daniel	GLP	JA
015	Hoesch	Felix	SP	JA
176	Hofer	Jacqueline	SVP	NEIN
144	Hofmann	Olivier Moïse	FDP	JA
067	Homberger	Max Robert	Grüne	JA
155	Huber	Beat	SVP	NEIN
167	Hübscher	Martin	SVP	NEIN
087	Hunger	Stefan	BDP	JA
012	Huonker	Laura	AL	JA
121	Isler	René	SVP	NEIN
099	Jäger	Alexander	FDP	JA
046	Joss	Rosmarie	SP	JA
048	Kaeser	Regula	Grüne	JA
032	Katumba	Andrew	SP	JA
081	Keller	Cornelia	BDP	JA

Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
124	Keller	Rolando	SVP	NEIN
3a	Kläy	Dieter	FDP	--
097	Koller	Prisca	FDP	--
128	Krebs	Beatrice	FDP	--
129	Kull	Katharina	FDP	JA
159	Kündig	Jörg	FDP	JA
091	Kutter	Philipp	CVP	--
063	Lais	Ruedi	SP	JA
139	Langhard	Walter	SVP	NEIN
178	Langhart	Konrad	SVP	NEIN
076	Lenggenhager	Marcel	BDP	--
119	Leuenberger	Susanne	SVP	NEIN
152	Liebi	Roger	SVP	NEIN
027	Loss	Davide	SP	JA
137	Lucek	Christian	SVP	NEIN
075	Mäder	Jörg	GLP	JA
022	Margreiter	Ralf	Grüne	JA
064	Marthaler	Thomas	SP	JA
017	Marti	Sibylle	SP	JA
008	Matter	Sylvie	SP	JA
061	Meier	Esther	SP	JA
093	Meier	Peter	EDU	JA
023	Meier	Walter	EVP	JA
153	Mettler	Christian	SVP	NEIN
029	Meyer	Mattea	SP	JA
168	Moor	Ursula	SVP	NEIN
098	Müller	André	FDP	JA
104	Müller	Christian	FDP	JA
031	Munz	Roland	SP	JA
035	Neukom	Martin	Grüne	JA
182	Peter	Jacqueline	SP	JA
051	Petri	Gabi	Grüne	JA
166	Pflugshaupt	Elisabeth	SVP	NEIN
084	Pinto	Jean-Philippe	CVP	JA
133	Preisig	Peter	SVP	NEIN
157	Raths	Hans Heinrich	SVP	NEIN
026	Reinhard	Peter	EVP	JA
156	Rinderknecht	Margreth	SVP	NEIN
066	Rohweder	Maria	Grüne	JA
116	Rueff	Sonja	FDP	JA
019	Sahli	Manuel	AL	JA
044	Sarbach	Martin	SP	JA
107	Sauter	Regine	FDP	JA
040	Schaaf	Markus	EVP	JA
055	Schaffner	Barbara	GLP	JA
134	Scheck	Roland	SVP	NEIN
085	Scherrer Moser	Benno	GLP	JA
120	Schmid	Claudio	SVP	NEIN
078	Schmid	Lorenz	CVP	JA
004	Schmid	Roman	SVP	NEIN
038	Schoch	Walter	EVP	--

Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
145	Schucan	Christian	FDP	JA
100	Schwab	Daniel	FDP	JA
009	Seiler Graf	Priska	SP	JA
059	Sieber Hirschi	Sabine	SP	JA
037	Sommer	Daniel	EVP	JA
047	Späth	Markus	SP	JA
183	Spillmann	Moritz	SP	JA
136	Steinemann	Barbara	SVP	NEIN
050	Steiner	Kathy	Grüne	JA
028	Steiner	Rafael	SP	JA
002	Steiner	Rolf	SP	JA
172	Steinmann	Armin	SVP	NEIN
011	Stofer	Judith Anna	AL	JA
184	Straub	Esther	SP	JA
170	Sulser	Jürg	SVP	NEIN
090	Thomet	Corinne	CVP	JA
016	Tognella	Birgit	SP	JA
108	Trachsel	Jürg	SVP	--
125	Truninger	René	SVP	NEIN
112	Tuena	Mauro	SVP	NEIN
150	Uhlmann	Peter	SVP	NEIN
158	Vogel	Thomas	FDP	JA
118	Vogt	Hans-Ueli	SVP	NEIN
101	Vollenweider	Peter	FDP	JA
069	von Planta	Cyrill	GLP	JA
092	Vontobel	Erich	EDU	JA
175	Wäfler	Daniel	SVP	NEIN
179	Walliser	Bruno	SVP	NEIN
148	Waser	Urs	SVP	NEIN
001	Weber-Gachnang	Theresia	SVP	--
094	Welz	Michael	EDU	JA
117	Wettstein	Sabine	FDP	--
018	Wicki	Monika	SP	JA
077	Widler	Josef	CVP	JA
045	Widmer	Céline	SP	JA
079	Wiederkehr	Josef	CVP	JA
052	Wiesner	Hans W.	GLP	--
073	Wirth	Thomas	GLP	JA
060	Wyssen	Claudia	SP	JA
141	Wyss	Orlando	SVP	NEIN
174	Zahler	Erika	SVP	NEIN
135	Zanetti	Claudio	SVP	NEIN
056	Zeugin	Michael	GLP	--
054	Ziegler	Christoph	GLP	JA
122	Zimmermann	Rolf Robert	SVP	NEIN
025	Zollinger	Johannes	EVP	JA
132	Zuber	Martin	SVP	NEIN
113	Züllig	Hansueli	SVP	NEIN
--				
--				
--				
--				

Abstimmungsprotokoll Rathaus Zürich

Kantonsrat Zürich

Geschäftstitel:	Genehmigung der Änderung der Organisationsverordnung des Verwaltungsgerichts	
Geschäfts#:	KR-Nr. 233a/2014	
Stimm-Datum:	2015.06.29 - 15:10:08	
JA:	116	
NEIN:	52	
Enthalten:	0	
Nicht Präsent:	12	
Total Stimmen:	168	
Stichentscheid:	--	

Abstimmungsprotokoll

Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
030	Ackermann	Pia	SP	JA
082	Ackermann	Ruth	CVP	JA
042	Agosti Monn	Theres	SP	JA
089	Albanese	Franco	CVP	JA
114	Amacker	Bruno	SVP	NEIN
126	Amrein	Hans-Peter	SVP	NEIN
110	Arnold	Martin	SVP	NEIN
140	Bachmann	Ernst	SVP	NEIN
163	Balmer	Bettina	FDP	JA
171	Bär	Hansruedi	SVP	NEIN
010	Barrile	Angelo	SP	JA
057	Bartal	Isabel	SP	JA
086	Bellaiche	Judith	GLP	JA
165	Bender	André	SVP	NEIN
161	Berger	Antoine	FDP	--
131	Biber	Michael	FDP	JA
020	Bischoff	Markus	AL	JA
049	Bloch	Beat	CSP	JA
147	Boesch	Hans-Jakob	FDP	JA
123	Bollinger	Erich	SVP	NEIN
173	Bonato	Diego	SVP	NEIN
111	Borer	Anita	SVP	NEIN
080	Brazerol	Rico	BDP	JA
146	Brunner	Hans-Peter	FDP	JA
034	Brunner	Robert	Grüne	JA
058	Büchi	Renate	SP	JA
083	Bürgin	Yvonne	CVP	JA
154	Burtscher	Rochus	SVP	NEIN
007	Busmann	Barbara	SP	JA
013	Bütikofer	Kaspar	AL	JA

Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
115	Camenisch	Linda	FDP	JA
180	Dalcher	Pierre	SVP	NEIN
043	Daurù	Andreas	SP	JA
095	Egli	Hans	EDU	JA
003	Egli	Karin	SVP	NEIN
071	Erdin	Andreas	GLP	JA
181	Erni	Jonas	SP	JA
130	Farner	Martin	FDP	--
068	Fehr Thoma	Karin	Grüne	JA
062	Feldmann	Stefan	SP	JA
149	Fischer	Benjamin	SVP	NEIN
039	Fischer	Gerhard	EVP	JA
103	Franzen	Barbara	FDP	JA
041	Frei	Daniel	SP	JA
151	Frei	Ruth	SVP	NEIN
160	Frey	Beatrix	FDP	JA
142	Furrer	Astrid	FDP	JA
138	Fürst	Reinhard	SVP	NEIN
162	Galliker	Nadja	FDP	--
106	Gantner	Alex	FDP	JA
070	Gehrig	Sonja	GLP	JA
105	Geistlich	Andreas	FDP	JA
014	Göldi	Hanspeter	SP	JA
033	Gschwind	Benedikt	SP	JA
024	Gugger	Nik	EVP	JA
088	Gut	Astrid	BDP	JA
053	Gutmann	Eva	GLP	JA
021	Guyer	Esther	Grüne	JA
109	Haab	Martin	SVP	NEIN
102	Habegger	Beat	FDP	JA
143	Hänni	Cäcilia	FDP	JA
096	Häring	Hans Peter	EDU	JA
074	Hauri	Andreas	GLP	JA
127	Hauser	Matthias	SVP	NEIN
036	Häusler	Edith	Grüne	JA
065	Heierli	Daniel	Grüne	JA
072	Hodel	Daniel	GLP	JA
015	Hoesch	Felix	SP	JA
176	Hofer	Jacqueline	SVP	NEIN
144	Hofmann	Olivier Moïse	FDP	JA
067	Homberger	Max Robert	Grüne	JA
155	Huber	Beat	SVP	NEIN
167	Hübscher	Martin	SVP	NEIN
087	Hunger	Stefan	BDP	JA
012	Huonker	Laura	AL	JA
121	Isler	René	SVP	NEIN
099	Jäger	Alexander	FDP	JA
046	Joss	Rosmarie	SP	JA
048	Kaeser	Regula	Grüne	JA
032	Katumba	Andrew	SP	JA
081	Keller	Cornelia	BDP	JA

Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
124	Keller	Rolando	SVP	NEIN
3a	Kläy	Dieter	FDP	--
097	Koller	Prisca	FDP	--
128	Krebs	Beatrice	FDP	--
129	Kull	Katharina	FDP	JA
159	Kündig	Jörg	FDP	JA
091	Kutter	Philipp	CVP	JA
063	Lais	Ruedi	SP	JA
139	Langhard	Walter	SVP	NEIN
178	Langhart	Konrad	SVP	NEIN
076	Lenggenhager	Marcel	BDP	--
119	Leuenberger	Susanne	SVP	NEIN
152	Liebi	Roger	SVP	NEIN
027	Loss	Davide	SP	JA
137	Lucek	Christian	SVP	--
075	Mäder	Jörg	GLP	JA
022	Margreiter	Ralf	Grüne	JA
064	Marthaler	Thomas	SP	JA
017	Marti	Sibylle	SP	JA
008	Matter	Sylvie	SP	JA
061	Meier	Esther	SP	JA
093	Meier	Peter	EDU	JA
023	Meier	Walter	EVP	JA
153	Mettler	Christian	SVP	NEIN
029	Meyer	Mattea	SP	JA
168	Moor	Ursula	SVP	NEIN
098	Müller	André	FDP	JA
104	Müller	Christian	FDP	JA
031	Munz	Roland	SP	JA
035	Neukom	Martin	Grüne	JA
182	Peter	Jacqueline	SP	JA
051	Petri	Gabi	Grüne	JA
166	Pflugshaupt	Elisabeth	SVP	NEIN
084	Pinto	Jean-Philippe	CVP	JA
133	Preisig	Peter	SVP	NEIN
157	Raths	Hans Heinrich	SVP	NEIN
026	Reinhard	Peter	EVP	JA
156	Rinderknecht	Margreth	SVP	NEIN
066	Rohweder	Maria	Grüne	JA
116	Rueff	Sonja	FDP	JA
019	Sahli	Manuel	AL	JA
044	Sarbach	Martin	SP	JA
107	Sauter	Regine	FDP	JA
040	Schaaf	Markus	EVP	JA
055	Schaffner	Barbara	GLP	JA
134	Scheck	Roland	SVP	NEIN
085	Scherrer Moser	Benno	GLP	JA
120	Schmid	Claudio	SVP	NEIN
078	Schmid	Lorenz	CVP	JA
004	Schmid	Roman	SVP	NEIN
038	Schoch	Walter	EVP	--

Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
145	Schucan	Christian	FDP	JA
100	Schwab	Daniel	FDP	JA
009	Seiler Graf	Priska	SP	JA
059	Sieber Hirschi	Sabine	SP	JA
037	Sommer	Daniel	EVP	JA
047	Späth	Markus	SP	JA
183	Spillmann	Moritz	SP	JA
136	Steinemann	Barbara	SVP	NEIN
050	Steiner	Kathy	Grüne	JA
028	Steiner	Rafael	SP	JA
002	Steiner	Rolf	SP	JA
172	Steinmann	Armin	SVP	NEIN
011	Stofer	Judith Anna	AL	JA
184	Straub	Esther	SP	JA
170	Sulser	Jürg	SVP	NEIN
090	Thomet	Corinne	CVP	JA
016	Tognella	Birgit	SP	JA
108	Trachsel	Jürg	SVP	NEIN
125	Truninger	René	SVP	NEIN
112	Tuena	Mauro	SVP	NEIN
150	Uhlmann	Peter	SVP	NEIN
158	Vogel	Thomas	FDP	JA
118	Vogt	Hans-Ueli	SVP	NEIN
101	Vollenweider	Peter	FDP	JA
069	von Planta	Cyrill	GLP	JA
092	Vontobel	Erich	EDU	JA
175	Wäfler	Daniel	SVP	NEIN
179	Walliser	Bruno	SVP	NEIN
148	Waser	Urs	SVP	NEIN
001	Weber-Gachnang	Theresia	SVP	--
094	Welz	Michael	EDU	JA
117	Wettstein	Sabine	FDP	--
018	Wicki	Monika	SP	JA
077	Widler	Josef	CVP	JA
045	Widmer	Céline	SP	JA
079	Wiederkehr	Josef	CVP	JA
052	Wiesner	Hans W.	GLP	--
073	Wirth	Thomas	GLP	JA
060	Wyssen	Claudia	SP	JA
141	Wyss	Orlando	SVP	NEIN
174	Zahler	Erika	SVP	NEIN
135	Zanetti	Claudio	SVP	NEIN
056	Zeugin	Michael	GLP	JA
054	Ziegler	Christoph	GLP	JA
122	Zimmermann	Rolf Robert	SVP	NEIN
025	Zollinger	Johannes	EVP	JA
132	Zuber	Martin	SVP	NEIN
113	Züllig	Hansueli	SVP	NEIN
--				
--				
--				
--				

Abstimmungsprotokoll Rathaus Zürich

Kantonsrat Zürich

Geschäftstitel:	Genehmigung des Reglements über die Entschädigung der Staatsgarantie durch die Zürcher Kantonalbank	
Geschäfts#:	KR-Nr. 332a/2014	
Stimm-Datum:	2015.06.29 - 15:49:49	
JA:	138	
NEIN:	19	
Enthalten:	13	
Nicht Präsent:	10	
Total Stimmen:	170	
Stichentscheid:	--	

Abstimmungsprotokoll				
Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
030	Ackermann	Pia	SP	JA
082	Ackermann	Ruth	CVP	JA
042	Agosti Monn	Theres	SP	JA
089	Albanese	Franco	CVP	JA
114	Amacker	Bruno	SVP	JA
126	Amrein	Hans-Peter	SVP	NEIN
110	Arnold	Martin	SVP	JA
140	Bachmann	Ernst	SVP	JA
163	Balmer	Bettina	FDP	JA
171	Bär	Hansruedi	SVP	JA
010	Barrile	Angelo	SP	JA
057	Bartal	Isabel	SP	JA
086	Bellaiche	Judith	GLP	ENTHALTEN
165	Bender	André	SVP	JA
161	Berger	Antoine	FDP	JA
131	Biber	Michael	FDP	JA
020	Bischoff	Markus	AL	NEIN
049	Bloch	Beat	CSP	NEIN
147	Boesch	Hans-Jakob	FDP	JA
123	Bollinger	Erich	SVP	JA
173	Bonato	Diego	SVP	JA
111	Borer	Anita	SVP	JA
080	Brazerol	Rico	BDP	JA
146	Brunner	Hans-Peter	FDP	JA
034	Brunner	Robert	Grüne	NEIN
058	Büchi	Renate	SP	JA
083	Bürgin	Yvonne	CVP	JA
154	Burtscher	Rochus	SVP	JA
007	Busmann	Barbara	SP	JA
013	Bütikofer	Kaspar	AL	NEIN

Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
115	Camenisch	Linda	FDP	JA
180	Dalcher	Pierre	SVP	JA
043	Daurù	Andreas	SP	JA
095	Egli	Hans	EDU	--
003	Egli	Karin	SVP	JA
071	Erdin	Andreas	GLP	ENTHALTEN
181	Erni	Jonas	SP	JA
130	Farner	Martin	FDP	--
068	Fehr Thoma	Karin	Grüne	NEIN
062	Feldmann	Stefan	SP	JA
149	Fischer	Benjamin	SVP	JA
039	Fischer	Gerhard	EVP	JA
103	Franzen	Barbara	FDP	JA
041	Frei	Daniel	SP	JA
151	Frei	Ruth	SVP	JA
160	Frey	Beatrix	FDP	JA
142	Furrer	Astrid	FDP	JA
138	Fürst	Reinhard	SVP	JA
162	Galliker	Nadja	FDP	JA
106	Gantner	Alex	FDP	JA
070	Gehrig	Sonja	GLP	ENTHALTEN
105	Geistlich	Andreas	FDP	JA
014	Göldi	Hanspeter	SP	JA
033	Gschwind	Benedikt	SP	JA
024	Gugger	Nik	EVP	JA
088	Gut	Astrid	BDP	JA
053	Gutmann	Eva	GLP	ENTHALTEN
021	Guyer	Esther	Grüne	NEIN
109	Haab	Martin	SVP	JA
102	Habegger	Beat	FDP	JA
143	Hänni	Cäcilia	FDP	JA
096	Häring	Hans Peter	EDU	JA
074	Hauri	Andreas	GLP	ENTHALTEN
127	Hauser	Matthias	SVP	JA
036	Häusler	Edith	Grüne	NEIN
065	Heierli	Daniel	Grüne	NEIN
072	Hodel	Daniel	GLP	ENTHALTEN
015	Hoesch	Felix	SP	JA
176	Hofer	Jacqueline	SVP	JA
144	Hofmann	Olivier Moïse	FDP	JA
067	Homberger	Max Robert	Grüne	NEIN
155	Huber	Beat	SVP	JA
167	Hübscher	Martin	SVP	JA
087	Hunger	Stefan	BDP	JA
012	Huonker	Laura	AL	NEIN
121	Isler	René	SVP	JA
099	Jäger	Alexander	FDP	JA
046	Joss	Rosmarie	SP	JA
048	Kaeser	Regula	Grüne	NEIN
032	Katumba	Andrew	SP	JA
081	Keller	Cornelia	BDP	JA

Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
124	Keller	Rolando	SVP	JA
3a	Kläy	Dieter	FDP	--
097	Koller	Prisca	FDP	--
128	Krebs	Beatrice	FDP	--
129	Kull	Katharina	FDP	JA
159	Kündig	Jörg	FDP	JA
091	Kutter	Philipp	CVP	JA
063	Lais	Ruedi	SP	JA
139	Langhard	Walter	SVP	JA
178	Langhart	Konrad	SVP	JA
076	Lenggenhager	Marcel	BDP	JA
119	Leuenberger	Susanne	SVP	JA
152	Liebi	Roger	SVP	JA
027	Loss	Davide	SP	JA
137	Lucek	Christian	SVP	JA
075	Mäder	Jörg	GLP	ENTHALTEN
022	Margreiter	Ralf	Grüne	NEIN
064	Marthaler	Thomas	SP	JA
017	Marti	Sibylle	SP	JA
008	Matter	Sylvie	SP	JA
061	Meier	Esther	SP	JA
093	Meier	Peter	EDU	JA
023	Meier	Walter	EVP	JA
153	Mettler	Christian	SVP	JA
029	Meyer	Mattea	SP	JA
168	Moor	Ursula	SVP	JA
098	Müller	André	FDP	JA
104	Müller	Christian	FDP	JA
031	Munz	Roland	SP	JA
035	Neukom	Martin	Grüne	NEIN
182	Peter	Jacqueline	SP	JA
051	Petri	Gabi	Grüne	NEIN
166	Pflugshaupt	Elisabeth	SVP	JA
084	Pinto	Jean-Philippe	CVP	JA
133	Preisig	Peter	SVP	JA
157	Raths	Hans Heinrich	SVP	JA
026	Reinhard	Peter	EVP	JA
156	Rinderknecht	Margreth	SVP	JA
066	Rohweder	Maria	Grüne	NEIN
116	Rueff	Sonja	FDP	JA
019	Sahli	Manuel	AL	NEIN
044	Sarbach	Martin	SP	JA
107	Sauter	Regine	FDP	JA
040	Schaaf	Markus	EVP	JA
055	Schaffner	Barbara	GLP	ENTHALTEN
134	Scheck	Roland	SVP	JA
085	Scherrer Moser	Benno	GLP	ENTHALTEN
120	Schmid	Claudio	SVP	JA
078	Schmid	Lorenz	CVP	JA
004	Schmid	Roman	SVP	JA
038	Schoch	Walter	EVP	JA

Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
145	Schucan	Christian	FDP	JA
100	Schwab	Daniel	FDP	JA
009	Seiler Graf	Priska	SP	JA
059	Sieber Hirschi	Sabine	SP	JA
037	Sommer	Daniel	EVP	JA
047	Späth	Markus	SP	JA
183	Spillmann	Moritz	SP	JA
136	Steinemann	Barbara	SVP	JA
050	Steiner	Kathy	Grüne	NEIN
028	Steiner	Rafael	SP	--
002	Steiner	Rolf	SP	JA
172	Steinmann	Armin	SVP	JA
011	Stofer	Judith Anna	AL	NEIN
184	Straub	Esther	SP	JA
170	Sulser	Jürg	SVP	JA
090	Thomet	Corinne	CVP	JA
016	Tognella	Birgit	SP	JA
108	Trachsel	Jürg	SVP	JA
125	Truninger	René	SVP	JA
112	Tuena	Mauro	SVP	JA
150	Uhlmann	Peter	SVP	JA
158	Vogel	Thomas	FDP	JA
118	Vogt	Hans-Ueli	SVP	JA
101	Vollenweider	Peter	FDP	JA
069	von Planta	Cyrill	GLP	ENTHALTEN
092	Vontobel	Erich	EDU	JA
175	Wäfler	Daniel	SVP	JA
179	Walliser	Bruno	SVP	JA
148	Waser	Urs	SVP	JA
001	Weber-Gachnang	Theresia	SVP	--
094	Welz	Michael	EDU	JA
117	Wettstein	Sabine	FDP	--
018	Wicki	Monika	SP	JA
077	Widler	Josef	CVP	JA
045	Widmer	Céline	SP	--
079	Wiederkehr	Josef	CVP	JA
052	Wiesner	Hans W.	GLP	--
073	Wirth	Thomas	GLP	ENTHALTEN
060	Wyssen	Claudia	SP	JA
141	Wyss	Orlando	SVP	JA
174	Zahler	Erika	SVP	JA
135	Zanetti	Claudio	SVP	JA
056	Zeugin	Michael	GLP	ENTHALTEN
054	Ziegler	Christoph	GLP	ENTHALTEN
122	Zimmermann	Rolf Robert	SVP	JA
025	Zollinger	Johannes	EVP	JA
132	Zuber	Martin	SVP	JA
113	Züllig	Hansueli	SVP	JA
--				
--				
--				
--				

Abstimmungsprotokoll Rathaus Zürich

Kantonsrat Zürich

Geschäftstitel:	Genehmigung des Reglements über die Entschädigung der Staatsgarantie durch die Zürcher Kantonalbank	
Geschäfts#:	KR-Nr. 332a/2014	
Stimm-Datum:	2015.06.29 - 15:51:16	
JA:	138	
NEIN:	19	
Enthalten:	13	
Nicht Präsent:	10	
Total Stimmen:	170	
Stichentscheid:	--	

Abstimmungsprotokoll				
Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
030	Ackermann	Pia	SP	JA
082	Ackermann	Ruth	CVP	JA
042	Agosti Monn	Theres	SP	JA
089	Albanese	Franco	CVP	JA
114	Amacker	Bruno	SVP	JA
126	Amrein	Hans-Peter	SVP	NEIN
110	Arnold	Martin	SVP	JA
140	Bachmann	Ernst	SVP	JA
163	Balmer	Bettina	FDP	JA
171	Bär	Hansruedi	SVP	JA
010	Barrile	Angelo	SP	JA
057	Bartal	Isabel	SP	JA
086	Bellaiche	Judith	GLP	ENTHALTEN
165	Bender	André	SVP	JA
161	Berger	Antoine	FDP	JA
131	Biber	Michael	FDP	JA
020	Bischoff	Markus	AL	NEIN
049	Bloch	Beat	CSP	NEIN
147	Boesch	Hans-Jakob	FDP	JA
123	Bollinger	Erich	SVP	JA
173	Bonato	Diego	SVP	JA
111	Borer	Anita	SVP	JA
080	Brazerol	Rico	BDP	JA
146	Brunner	Hans-Peter	FDP	JA
034	Brunner	Robert	Grüne	NEIN
058	Büchi	Renate	SP	JA
083	Bürgin	Yvonne	CVP	JA
154	Burtscher	Rochus	SVP	JA
007	Busmann	Barbara	SP	JA
013	Bütikofer	Kaspar	AL	NEIN

Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
115	Camenisch	Linda	FDP	JA
180	Dalcher	Pierre	SVP	JA
043	Daurù	Andreas	SP	JA
095	Egli	Hans	EDU	--
003	Egli	Karin	SVP	JA
071	Erdin	Andreas	GLP	ENTHALTEN
181	Erni	Jonas	SP	JA
130	Farner	Martin	FDP	--
068	Fehr Thoma	Karin	Grüne	NEIN
062	Feldmann	Stefan	SP	JA
149	Fischer	Benjamin	SVP	JA
039	Fischer	Gerhard	EVP	JA
103	Franzen	Barbara	FDP	JA
041	Frei	Daniel	SP	JA
151	Frei	Ruth	SVP	JA
160	Frey	Beatrix	FDP	JA
142	Furrer	Astrid	FDP	JA
138	Fürst	Reinhard	SVP	JA
162	Galliker	Nadja	FDP	JA
106	Gantner	Alex	FDP	JA
070	Gehrig	Sonja	GLP	ENTHALTEN
105	Geistlich	Andreas	FDP	JA
014	Göldi	Hanspeter	SP	JA
033	Gschwind	Benedikt	SP	JA
024	Gugger	Nik	EVP	JA
088	Gut	Astrid	BDP	JA
053	Gutmann	Eva	GLP	ENTHALTEN
021	Guyer	Esther	Grüne	NEIN
109	Haab	Martin	SVP	JA
102	Habegger	Beat	FDP	JA
143	Hänni	Cäcilia	FDP	JA
096	Häring	Hans Peter	EDU	JA
074	Hauri	Andreas	GLP	ENTHALTEN
127	Hauser	Matthias	SVP	JA
036	Häusler	Edith	Grüne	NEIN
065	Heierli	Daniel	Grüne	NEIN
072	Hodel	Daniel	GLP	ENTHALTEN
015	Hoesch	Felix	SP	JA
176	Hofer	Jacqueline	SVP	JA
144	Hofmann	Olivier Moïse	FDP	JA
067	Homberger	Max Robert	Grüne	NEIN
155	Huber	Beat	SVP	JA
167	Hübscher	Martin	SVP	JA
087	Hunger	Stefan	BDP	JA
012	Huonker	Laura	AL	NEIN
121	Isler	René	SVP	JA
099	Jäger	Alexander	FDP	JA
046	Joss	Rosmarie	SP	JA
048	Kaeser	Regula	Grüne	NEIN
032	Katumba	Andrew	SP	JA
081	Keller	Cornelia	BDP	JA

Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
124	Keller	Rolando	SVP	JA
3a	Kläy	Dieter	FDP	--
097	Koller	Prisca	FDP	--
128	Krebs	Beatrice	FDP	--
129	Kull	Katharina	FDP	JA
159	Kündig	Jörg	FDP	JA
091	Kutter	Philipp	CVP	JA
063	Lais	Ruedi	SP	JA
139	Langhard	Walter	SVP	JA
178	Langhart	Konrad	SVP	JA
076	Lenggenhager	Marcel	BDP	JA
119	Leuenberger	Susanne	SVP	JA
152	Liebi	Roger	SVP	JA
027	Loss	Davide	SP	JA
137	Lucek	Christian	SVP	JA
075	Mäder	Jörg	GLP	ENTHALTEN
022	Margreiter	Ralf	Grüne	NEIN
064	Marthaler	Thomas	SP	JA
017	Marti	Sibylle	SP	JA
008	Matter	Sylvie	SP	JA
061	Meier	Esther	SP	JA
093	Meier	Peter	EDU	JA
023	Meier	Walter	EVP	JA
153	Mettler	Christian	SVP	JA
029	Meyer	Mattea	SP	JA
168	Moor	Ursula	SVP	JA
098	Müller	André	FDP	JA
104	Müller	Christian	FDP	JA
031	Munz	Roland	SP	JA
035	Neukom	Martin	Grüne	NEIN
182	Peter	Jacqueline	SP	JA
051	Petri	Gabi	Grüne	NEIN
166	Pflugshaupt	Elisabeth	SVP	JA
084	Pinto	Jean-Philippe	CVP	JA
133	Preisig	Peter	SVP	JA
157	Raths	Hans Heinrich	SVP	JA
026	Reinhard	Peter	EVP	JA
156	Rinderknecht	Margreth	SVP	JA
066	Rohweder	Maria	Grüne	NEIN
116	Rueff	Sonja	FDP	JA
019	Sahli	Manuel	AL	NEIN
044	Sarbach	Martin	SP	JA
107	Sauter	Regine	FDP	JA
040	Schaaf	Markus	EVP	JA
055	Schaffner	Barbara	GLP	ENTHALTEN
134	Scheck	Roland	SVP	JA
085	Scherrer Moser	Benno	GLP	ENTHALTEN
120	Schmid	Claudio	SVP	JA
078	Schmid	Lorenz	CVP	JA
004	Schmid	Roman	SVP	JA
038	Schoch	Walter	EVP	JA

Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
145	Schucan	Christian	FDP	JA
100	Schwab	Daniel	FDP	JA
009	Seiler Graf	Priska	SP	JA
059	Sieber Hirschi	Sabine	SP	JA
037	Sommer	Daniel	EVP	JA
047	Späth	Markus	SP	JA
183	Spillmann	Moritz	SP	JA
136	Steinemann	Barbara	SVP	JA
050	Steiner	Kathy	Grüne	NEIN
028	Steiner	Rafael	SP	--
002	Steiner	Rolf	SP	JA
172	Steinmann	Armin	SVP	JA
011	Stofer	Judith Anna	AL	NEIN
184	Straub	Esther	SP	JA
170	Sulser	Jürg	SVP	JA
090	Thomet	Corinne	CVP	JA
016	Tognella	Birgit	SP	JA
108	Trachsel	Jürg	SVP	JA
125	Truninger	René	SVP	JA
112	Tuena	Mauro	SVP	JA
150	Uhlmann	Peter	SVP	JA
158	Vogel	Thomas	FDP	JA
118	Vogt	Hans-Ueli	SVP	JA
101	Vollenweider	Peter	FDP	JA
069	von Planta	Cyrill	GLP	ENTHALTEN
092	Vontobel	Erich	EDU	JA
175	Wäfler	Daniel	SVP	JA
179	Walliser	Bruno	SVP	JA
148	Waser	Urs	SVP	JA
001	Weber-Gachnang	Theresia	SVP	--
094	Welz	Michael	EDU	JA
117	Wettstein	Sabine	FDP	--
018	Wicki	Monika	SP	JA
077	Widler	Josef	CVP	JA
045	Widmer	Céline	SP	--
079	Wiederkehr	Josef	CVP	JA
052	Wiesner	Hans W.	GLP	--
073	Wirth	Thomas	GLP	ENTHALTEN
060	Wyssen	Claudia	SP	JA
141	Wyss	Orlando	SVP	JA
174	Zahler	Erika	SVP	JA
135	Zanetti	Claudio	SVP	JA
056	Zeugin	Michael	GLP	ENTHALTEN
054	Ziegler	Christoph	GLP	ENTHALTEN
122	Zimmermann	Rolf Robert	SVP	JA
025	Zollinger	Johannes	EVP	JA
132	Zuber	Martin	SVP	JA
113	Züllig	Hansueli	SVP	JA
--				
--				
--				
--				

Abstimmungsprotokoll Rathaus Zürich

Kantonsrat Zürich

Geschäftstitel:	Teilrevision des kantonalen Richtplans Innovationspark	
Geschäfts#:	5105a	
Stimm-Datum:	2015.06.29 - 15:57:53	
JA:	104	
NEIN:	51	
Enthalten:	0	
Nicht Präsent:	25	
Total Stimmen:	155	
Stichentscheid:	--	

Abstimmungsprotokoll				
Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
030	Ackermann	Pia	SP	JA
082	Ackermann	Ruth	CVP	JA
042	Agosti Monn	Theres	SP	JA
089	Albanese	Franco	CVP	JA
114	Amacker	Bruno	SVP	NEIN
126	Amrein	Hans-Peter	SVP	NEIN
110	Arnold	Martin	SVP	--
140	Bachmann	Ernst	SVP	NEIN
163	Balmer	Bettina	FDP	JA
171	Bär	Hansruedi	SVP	NEIN
010	Barrile	Angelo	SP	JA
057	Bartal	Isabel	SP	JA
086	Bellaiche	Judith	GLP	--
165	Bender	André	SVP	NEIN
161	Berger	Antoine	FDP	JA
131	Biber	Michael	FDP	JA
020	Bischoff	Markus	AL	JA
049	Bloch	Beat	CSP	JA
147	Boesch	Hans-Jakob	FDP	JA
123	Bollinger	Erich	SVP	NEIN
173	Bonato	Diego	SVP	NEIN
111	Borer	Anita	SVP	NEIN
080	Brazerol	Rico	BDP	JA
146	Brunner	Hans-Peter	FDP	JA
034	Brunner	Robert	Grüne	JA
058	Büchi	Renate	SP	JA
083	Bürgin	Yvonne	CVP	JA
154	Burtscher	Rochus	SVP	NEIN
007	Busmann	Barbara	SP	--
013	Bütikofer	Kaspar	AL	JA

Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
115	Camenisch	Linda	FDP	JA
180	Dalcher	Pierre	SVP	NEIN
043	Daurù	Andreas	SP	JA
095	Egli	Hans	EDU	NEIN
003	Egli	Karin	SVP	NEIN
071	Erdin	Andreas	GLP	JA
181	Erni	Jonas	SP	JA
130	Farner	Martin	FDP	--
068	Fehr Thoma	Karin	Grüne	JA
062	Feldmann	Stefan	SP	JA
149	Fischer	Benjamin	SVP	NEIN
039	Fischer	Gerhard	EVP	JA
103	Franzen	Barbara	FDP	JA
041	Frei	Daniel	SP	JA
151	Frei	Ruth	SVP	NEIN
160	Frey	Beatrix	FDP	JA
142	Furrer	Astrid	FDP	JA
138	Fürst	Reinhard	SVP	NEIN
162	Galliker	Nadja	FDP	JA
106	Gantner	Alex	FDP	--
070	Gehrig	Sonja	GLP	JA
105	Geistlich	Andreas	FDP	JA
014	Göldi	Hanspeter	SP	JA
033	Gschwind	Benedikt	SP	JA
024	Gugger	Nik	EVP	JA
088	Gut	Astrid	BDP	--
053	Gutmann	Eva	GLP	JA
021	Guyer	Esther	Grüne	JA
109	Haab	Martin	SVP	NEIN
102	Habegger	Beat	FDP	JA
143	Hänni	Cäcilia	FDP	JA
096	Häring	Hans Peter	EDU	NEIN
074	Hauri	Andreas	GLP	--
127	Hauser	Matthias	SVP	--
036	Häusler	Edith	Grüne	JA
065	Heierli	Daniel	Grüne	JA
072	Hodel	Daniel	GLP	--
015	Hoesch	Felix	SP	JA
176	Hofer	Jacqueline	SVP	NEIN
144	Hofmann	Olivier Moïse	FDP	JA
067	Homberger	Max Robert	Grüne	JA
155	Huber	Beat	SVP	--
167	Hübscher	Martin	SVP	NEIN
087	Hunger	Stefan	BDP	JA
012	Huonker	Laura	AL	JA
121	Isler	René	SVP	--
099	Jäger	Alexander	FDP	JA
046	Joss	Rosmarie	SP	JA
048	Kaeser	Regula	Grüne	JA
032	Katumba	Andrew	SP	JA
081	Keller	Cornelia	BDP	--

Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
124	Keller	Rolando	SVP	NEIN
3a	Kläy	Dieter	FDP	--
097	Koller	Prisca	FDP	--
128	Krebs	Beatrice	FDP	--
129	Kull	Katharina	FDP	JA
159	Kündig	Jörg	FDP	JA
091	Kutter	Philipp	CVP	JA
063	Lais	Ruedi	SP	JA
139	Langhard	Walter	SVP	NEIN
178	Langhart	Konrad	SVP	NEIN
076	Lenggenhager	Marcel	BDP	--
119	Leuenberger	Susanne	SVP	NEIN
152	Liebi	Roger	SVP	NEIN
027	Loss	Davide	SP	JA
137	Lucek	Christian	SVP	NEIN
075	Mäder	Jörg	GLP	JA
022	Margreiter	Ralf	Grüne	JA
064	Marthaler	Thomas	SP	JA
017	Marti	Sibylle	SP	JA
008	Matter	Sylvie	SP	JA
061	Meier	Esther	SP	JA
093	Meier	Peter	EDU	NEIN
023	Meier	Walter	EVP	JA
153	Mettler	Christian	SVP	NEIN
029	Meyer	Mattea	SP	JA
168	Moor	Ursula	SVP	NEIN
098	Müller	André	FDP	JA
104	Müller	Christian	FDP	JA
031	Munz	Roland	SP	JA
035	Neukom	Martin	Grüne	JA
182	Peter	Jacqueline	SP	JA
051	Petri	Gabi	Grüne	JA
166	Pflugshaupt	Elisabeth	SVP	NEIN
084	Pinto	Jean-Philippe	CVP	JA
133	Preisig	Peter	SVP	--
157	Raths	Hans Heinrich	SVP	NEIN
026	Reinhard	Peter	EVP	--
156	Rinderknecht	Margreth	SVP	NEIN
066	Rohweder	Maria	Grüne	JA
116	Rueff	Sonja	FDP	JA
019	Sahli	Manuel	AL	JA
044	Sarbach	Martin	SP	JA
107	Sauter	Regine	FDP	JA
040	Schaaf	Markus	EVP	JA
055	Schaffner	Barbara	GLP	JA
134	Scheck	Roland	SVP	--
085	Scherrer Moser	Benno	GLP	JA
120	Schmid	Claudio	SVP	NEIN
078	Schmid	Lorenz	CVP	JA
004	Schmid	Roman	SVP	NEIN
038	Schoch	Walter	EVP	JA

Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
145	Schucan	Christian	FDP	JA
100	Schwab	Daniel	FDP	JA
009	Seiler Graf	Priska	SP	JA
059	Sieber Hirschi	Sabine	SP	JA
037	Sommer	Daniel	EVP	JA
047	Späth	Markus	SP	JA
183	Spillmann	Moritz	SP	JA
136	Steinemann	Barbara	SVP	NEIN
050	Steiner	Kathy	Grüne	JA
028	Steiner	Rafael	SP	JA
002	Steiner	Rolf	SP	JA
172	Steinmann	Armin	SVP	NEIN
011	Stofer	Judith Anna	AL	JA
184	Straub	Esther	SP	JA
170	Sulser	Jürg	SVP	NEIN
090	Thomet	Corinne	CVP	JA
016	Tognella	Birgit	SP	JA
108	Trachsel	Jürg	SVP	NEIN
125	Truninger	René	SVP	NEIN
112	Tuena	Mauro	SVP	NEIN
150	Uhlmann	Peter	SVP	NEIN
158	Vogel	Thomas	FDP	JA
118	Vogt	Hans-Ueli	SVP	NEIN
101	Vollenweider	Peter	FDP	JA
069	von Planta	Cyrill	GLP	JA
092	Vontobel	Erich	EDU	NEIN
175	Wäfler	Daniel	SVP	NEIN
179	Walliser	Bruno	SVP	--
148	Waser	Urs	SVP	NEIN
001	Weber-Gachnang	Theresia	SVP	--
094	Welz	Michael	EDU	NEIN
117	Wettstein	Sabine	FDP	--
018	Wicki	Monika	SP	JA
077	Widler	Josef	CVP	JA
045	Widmer	Céline	SP	JA
079	Wiederkehr	Josef	CVP	JA
052	Wiesner	Hans W.	GLP	--
073	Wirth	Thomas	GLP	--
060	Wyssen	Claudia	SP	--
141	Wyss	Orlando	SVP	NEIN
174	Zahler	Erika	SVP	NEIN
135	Zanetti	Claudio	SVP	NEIN
056	Zeugin	Michael	GLP	JA
054	Ziegler	Christoph	GLP	JA
122	Zimmermann	Rolf Robert	SVP	NEIN
025	Zollinger	Johannes	EVP	JA
132	Zuber	Martin	SVP	NEIN
113	Züllig	Hansueli	SVP	NEIN
--				
--				
--				
--				

Abstimmungsprotokoll Rathaus Zürich

Kantonsrat Zürich

Geschäftstitel:	Teilrevision des kantonalen Richtplans Innovationspark	
Geschäfts#:	5105a	
Stimm-Datum:	2015.06.29 - 16:09:53	
JA:	104	
NEIN:	62	
Enthalten:	2	
Nicht Präsent:	12	
Total Stimmen:	168	
Stichentscheid:	--	

Abstimmungsprotokoll

Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
030	Ackermann	Pia	SP	JA
082	Ackermann	Ruth	CVP	NEIN
042	Agosti Monn	Theres	SP	JA
089	Albanese	Franco	CVP	--
114	Amacker	Bruno	SVP	NEIN
126	Amrein	Hans-Peter	SVP	NEIN
110	Arnold	Martin	SVP	NEIN
140	Bachmann	Ernst	SVP	NEIN
163	Balmer	Bettina	FDP	JA
171	Bär	Hansruedi	SVP	NEIN
010	Barrile	Angelo	SP	JA
057	Bartal	Isabel	SP	JA
086	Bellaiche	Judith	GLP	JA
165	Bender	André	SVP	NEIN
161	Berger	Antoine	FDP	JA
131	Biber	Michael	FDP	JA
020	Bischoff	Markus	AL	JA
049	Bloch	Beat	CSP	JA
147	Boesch	Hans-Jakob	FDP	JA
123	Bollinger	Erich	SVP	NEIN
173	Bonato	Diego	SVP	NEIN
111	Borer	Anita	SVP	NEIN
080	Brazerol	Rico	BDP	JA
146	Brunner	Hans-Peter	FDP	JA
034	Brunner	Robert	Grüne	JA
058	Büchi	Renate	SP	JA
083	Bürgin	Yvonne	CVP	NEIN
154	Burtscher	Rochus	SVP	NEIN
007	Busmann	Barbara	SP	JA
013	Bütikofer	Kaspar	AL	JA

Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
115	Camenisch	Linda	FDP	JA
180	Dalcher	Pierre	SVP	NEIN
043	Daurù	Andreas	SP	JA
095	Egli	Hans	EDU	--
003	Egli	Karin	SVP	NEIN
071	Erdin	Andreas	GLP	JA
181	Erni	Jonas	SP	JA
130	Farner	Martin	FDP	--
068	Fehr Thoma	Karin	Grüne	JA
062	Feldmann	Stefan	SP	JA
149	Fischer	Benjamin	SVP	NEIN
039	Fischer	Gerhard	EVP	JA
103	Franzen	Barbara	FDP	JA
041	Frei	Daniel	SP	JA
151	Frei	Ruth	SVP	NEIN
160	Frey	Beatrix	FDP	JA
142	Furrer	Astrid	FDP	JA
138	Fürst	Reinhard	SVP	NEIN
162	Galliker	Nadja	FDP	JA
106	Gantner	Alex	FDP	JA
070	Gehrig	Sonja	GLP	JA
105	Geistlich	Andreas	FDP	JA
014	Göldi	Hanspeter	SP	JA
033	Gschwind	Benedikt	SP	JA
024	Gugger	Nik	EVP	JA
088	Gut	Astrid	BDP	--
053	Gutmann	Eva	GLP	JA
021	Guyer	Esther	Grüne	JA
109	Haab	Martin	SVP	NEIN
102	Habegger	Beat	FDP	JA
143	Hänni	Cäcilia	FDP	JA
096	Häring	Hans Peter	EDU	NEIN
074	Hauri	Andreas	GLP	JA
127	Hauser	Matthias	SVP	NEIN
036	Häusler	Edith	Grüne	JA
065	Heierli	Daniel	Grüne	JA
072	Hodel	Daniel	GLP	JA
015	Hoesch	Felix	SP	JA
176	Hofer	Jacqueline	SVP	NEIN
144	Hofmann	Olivier Moïse	FDP	JA
067	Homberger	Max Robert	Grüne	JA
155	Huber	Beat	SVP	NEIN
167	Hübscher	Martin	SVP	NEIN
087	Hunger	Stefan	BDP	JA
012	Huonker	Laura	AL	JA
121	Isler	René	SVP	NEIN
099	Jäger	Alexander	FDP	JA
046	Joss	Rosmarie	SP	JA
048	Kaeser	Regula	Grüne	JA
032	Katumba	Andrew	SP	JA
081	Keller	Cornelia	BDP	--

Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
124	Keller	Rolando	SVP	NEIN
3a	Kläy	Dieter	FDP	--
097	Koller	Prisca	FDP	--
128	Krebs	Beatrice	FDP	--
129	Kull	Katharina	FDP	JA
159	Kündig	Jörg	FDP	JA
091	Kutter	Philipp	CVP	NEIN
063	Lais	Ruedi	SP	JA
139	Langhard	Walter	SVP	NEIN
178	Langhart	Konrad	SVP	NEIN
076	Lenggenhager	Marcel	BDP	JA
119	Leuenberger	Susanne	SVP	--
152	Liebi	Roger	SVP	NEIN
027	Loss	Davide	SP	JA
137	Lucek	Christian	SVP	NEIN
075	Mäder	Jörg	GLP	JA
022	Margreiter	Ralf	Grüne	JA
064	Marthaler	Thomas	SP	JA
017	Marti	Sibylle	SP	JA
008	Matter	Sylvie	SP	JA
061	Meier	Esther	SP	JA
093	Meier	Peter	EDU	NEIN
023	Meier	Walter	EVP	JA
153	Mettler	Christian	SVP	NEIN
029	Meyer	Mattea	SP	JA
168	Moor	Ursula	SVP	NEIN
098	Müller	André	FDP	JA
104	Müller	Christian	FDP	JA
031	Munz	Roland	SP	JA
035	Neukom	Martin	Grüne	JA
182	Peter	Jacqueline	SP	JA
051	Petri	Gabi	Grüne	JA
166	Pflugshaupt	Elisabeth	SVP	NEIN
084	Pinto	Jean-Philippe	CVP	ENTHALTEN
133	Preisig	Peter	SVP	NEIN
157	Raths	Hans Heinrich	SVP	NEIN
026	Reinhard	Peter	EVP	JA
156	Rinderknecht	Margreth	SVP	NEIN
066	Rohweder	Maria	Grüne	JA
116	Rueff	Sonja	FDP	JA
019	Sahli	Manuel	AL	JA
044	Sarbach	Martin	SP	JA
107	Sauter	Regine	FDP	JA
040	Schaaf	Markus	EVP	JA
055	Schaffner	Barbara	GLP	JA
134	Scheck	Roland	SVP	NEIN
085	Scherrer Moser	Benno	GLP	JA
120	Schmid	Claudio	SVP	NEIN
078	Schmid	Lorenz	CVP	NEIN
004	Schmid	Roman	SVP	NEIN
038	Schoch	Walter	EVP	JA

Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
145	Schucan	Christian	FDP	JA
100	Schwab	Daniel	FDP	JA
009	Seiler Graf	Priska	SP	JA
059	Sieber Hirschi	Sabine	SP	JA
037	Sommer	Daniel	EVP	JA
047	Späth	Markus	SP	JA
183	Spillmann	Moritz	SP	JA
136	Steinemann	Barbara	SVP	NEIN
050	Steiner	Kathy	Grüne	JA
028	Steiner	Rafael	SP	JA
002	Steiner	Rolf	SP	JA
172	Steinmann	Armin	SVP	NEIN
011	Stofer	Judith Anna	AL	JA
184	Straub	Esther	SP	JA
170	Sulser	Jürg	SVP	NEIN
090	Thomet	Corinne	CVP	NEIN
016	Tognella	Birgit	SP	JA
108	Trachsel	Jürg	SVP	NEIN
125	Truninger	René	SVP	NEIN
112	Tuena	Mauro	SVP	NEIN
150	Uhlmann	Peter	SVP	NEIN
158	Vogel	Thomas	FDP	JA
118	Vogt	Hans-Ueli	SVP	NEIN
101	Vollenweider	Peter	FDP	JA
069	von Planta	Cyrill	GLP	JA
092	Vontobel	Erich	EDU	NEIN
175	Wäfler	Daniel	SVP	NEIN
179	Walliser	Bruno	SVP	ENTHALTEN
148	Waser	Urs	SVP	NEIN
001	Weber-Gachnang	Theresia	SVP	--
094	Welz	Michael	EDU	NEIN
117	Wettstein	Sabine	FDP	--
018	Wicki	Monika	SP	JA
077	Widler	Josef	CVP	NEIN
045	Widmer	Céline	SP	JA
079	Wiederkehr	Josef	CVP	NEIN
052	Wiesner	Hans W.	GLP	--
073	Wirth	Thomas	GLP	JA
060	Wyssen	Claudia	SP	JA
141	Wyss	Orlando	SVP	NEIN
174	Zahler	Erika	SVP	NEIN
135	Zanetti	Claudio	SVP	NEIN
056	Zeugin	Michael	GLP	JA
054	Ziegler	Christoph	GLP	JA
122	Zimmermann	Rolf Robert	SVP	NEIN
025	Zollinger	Johannes	EVP	JA
132	Zuber	Martin	SVP	NEIN
113	Züllig	Hansueli	SVP	NEIN
--				
--				
--				
--				

Abstimmungsprotokoll Rathaus Zürich

Kantonsrat Zürich

Geschäftstitel:	Teilrevision des kantonalen Richtplans Innovationspark	
Geschäfts#:	5105a	
Stimm-Datum:	2015.06.29 - 16:11:21	
JA:	101	
NEIN:	63	
Enthalten:	2	
Nicht Präsent:	14	
Total Stimmen:	166	
Stichentscheid:	--	

Abstimmungsprotokoll

Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
030	Ackermann	Pia	SP	JA
082	Ackermann	Ruth	CVP	NEIN
042	Agosti Monn	Theres	SP	JA
089	Albanese	Franco	CVP	--
114	Amacker	Bruno	SVP	NEIN
126	Amrein	Hans-Peter	SVP	NEIN
110	Arnold	Martin	SVP	NEIN
140	Bachmann	Ernst	SVP	NEIN
163	Balmer	Bettina	FDP	JA
171	Bär	Hansruedi	SVP	NEIN
010	Barrile	Angelo	SP	JA
057	Bartal	Isabel	SP	JA
086	Bellaiche	Judith	GLP	JA
165	Bender	André	SVP	NEIN
161	Berger	Antoine	FDP	JA
131	Biber	Michael	FDP	JA
020	Bischoff	Markus	AL	JA
049	Bloch	Beat	CSP	JA
147	Boesch	Hans-Jakob	FDP	JA
123	Bollinger	Erich	SVP	NEIN
173	Bonato	Diego	SVP	NEIN
111	Borer	Anita	SVP	NEIN
080	Brazerol	Rico	BDP	JA
146	Brunner	Hans-Peter	FDP	JA
034	Brunner	Robert	Grüne	JA
058	Büchi	Renate	SP	JA
083	Bürgin	Yvonne	CVP	NEIN
154	Burtscher	Rochus	SVP	NEIN
007	Busmann	Barbara	SP	JA
013	Bütikofer	Kaspar	AL	JA

Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
115	Camenisch	Linda	FDP	JA
180	Dalcher	Pierre	SVP	NEIN
043	Daurù	Andreas	SP	JA
095	Egli	Hans	EDU	NEIN
003	Egli	Karin	SVP	NEIN
071	Erdin	Andreas	GLP	JA
181	Erni	Jonas	SP	JA
130	Farner	Martin	FDP	--
068	Fehr Thoma	Karin	Grüne	JA
062	Feldmann	Stefan	SP	JA
149	Fischer	Benjamin	SVP	NEIN
039	Fischer	Gerhard	EVP	JA
103	Franzen	Barbara	FDP	JA
041	Frei	Daniel	SP	JA
151	Frei	Ruth	SVP	NEIN
160	Frey	Beatrix	FDP	JA
142	Furrer	Astrid	FDP	JA
138	Fürst	Reinhard	SVP	NEIN
162	Galliker	Nadja	FDP	JA
106	Gantner	Alex	FDP	JA
070	Gehrig	Sonja	GLP	JA
105	Geistlich	Andreas	FDP	JA
014	Göldi	Hanspeter	SP	JA
033	Gschwind	Benedikt	SP	JA
024	Gugger	Nik	EVP	--
088	Gut	Astrid	BDP	--
053	Gutmann	Eva	GLP	JA
021	Guyer	Esther	Grüne	JA
109	Haab	Martin	SVP	NEIN
102	Habegger	Beat	FDP	JA
143	Hänni	Cäcilia	FDP	JA
096	Häring	Hans Peter	EDU	NEIN
074	Hauri	Andreas	GLP	JA
127	Hauser	Matthias	SVP	NEIN
036	Häusler	Edith	Grüne	JA
065	Heierli	Daniel	Grüne	JA
072	Hodel	Daniel	GLP	JA
015	Hoesch	Felix	SP	JA
176	Hofer	Jacqueline	SVP	NEIN
144	Hofmann	Olivier Moïse	FDP	JA
067	Homberger	Max Robert	Grüne	JA
155	Huber	Beat	SVP	NEIN
167	Hübscher	Martin	SVP	NEIN
087	Hunger	Stefan	BDP	JA
012	Huonker	Laura	AL	JA
121	Isler	René	SVP	NEIN
099	Jäger	Alexander	FDP	JA
046	Joss	Rosmarie	SP	JA
048	Kaeser	Regula	Grüne	JA
032	Katumba	Andrew	SP	JA
081	Keller	Cornelia	BDP	--

Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
124	Keller	Rolando	SVP	NEIN
3a	Kläy	Dieter	FDP	--
097	Koller	Prisca	FDP	--
128	Krebs	Beatrice	FDP	--
129	Kull	Katharina	FDP	JA
159	Kündig	Jörg	FDP	JA
091	Kutter	Philipp	CVP	NEIN
063	Lais	Ruedi	SP	JA
139	Langhard	Walter	SVP	NEIN
178	Langhart	Konrad	SVP	NEIN
076	Lenggenhager	Marcel	BDP	JA
119	Leuenberger	Susanne	SVP	--
152	Liebi	Roger	SVP	NEIN
027	Loss	Davide	SP	JA
137	Lucek	Christian	SVP	NEIN
075	Mäder	Jörg	GLP	JA
022	Margreiter	Ralf	Grüne	JA
064	Marthaler	Thomas	SP	JA
017	Marti	Sibylle	SP	JA
008	Matter	Sylvie	SP	JA
061	Meier	Esther	SP	JA
093	Meier	Peter	EDU	NEIN
023	Meier	Walter	EVP	JA
153	Mettler	Christian	SVP	NEIN
029	Meyer	Mattea	SP	JA
168	Moor	Ursula	SVP	NEIN
098	Müller	André	FDP	JA
104	Müller	Christian	FDP	JA
031	Munz	Roland	SP	JA
035	Neukom	Martin	Grüne	JA
182	Peter	Jacqueline	SP	JA
051	Petri	Gabi	Grüne	JA
166	Pflugshaupt	Elisabeth	SVP	NEIN
084	Pinto	Jean-Philippe	CVP	ENTHALTEN
133	Preisig	Peter	SVP	NEIN
157	Raths	Hans Heinrich	SVP	NEIN
026	Reinhard	Peter	EVP	JA
156	Rinderknecht	Margreth	SVP	NEIN
066	Rohweder	Maria	Grüne	JA
116	Rueff	Sonja	FDP	JA
019	Sahli	Manuel	AL	JA
044	Sarbach	Martin	SP	JA
107	Sauter	Regine	FDP	JA
040	Schaaf	Markus	EVP	JA
055	Schaffner	Barbara	GLP	JA
134	Scheck	Roland	SVP	NEIN
085	Scherrer Moser	Benno	GLP	JA
120	Schmid	Claudio	SVP	NEIN
078	Schmid	Lorenz	CVP	NEIN
004	Schmid	Roman	SVP	NEIN
038	Schoch	Walter	EVP	JA

Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
145	Schucan	Christian	FDP	JA
100	Schwab	Daniel	FDP	JA
009	Seiler Graf	Priska	SP	JA
059	Sieber Hirschi	Sabine	SP	JA
037	Sommer	Daniel	EVP	JA
047	Späth	Markus	SP	JA
183	Spillmann	Moritz	SP	JA
136	Steinemann	Barbara	SVP	NEIN
050	Steiner	Kathy	Grüne	JA
028	Steiner	Rafael	SP	JA
002	Steiner	Rolf	SP	--
172	Steinmann	Armin	SVP	NEIN
011	Stofer	Judith Anna	AL	JA
184	Straub	Esther	SP	JA
170	Sulser	Jürg	SVP	NEIN
090	Thomet	Corinne	CVP	NEIN
016	Tognella	Birgit	SP	JA
108	Trachsel	Jürg	SVP	NEIN
125	Truninger	René	SVP	NEIN
112	Tuena	Mauro	SVP	NEIN
150	Uhlmann	Peter	SVP	NEIN
158	Vogel	Thomas	FDP	JA
118	Vogt	Hans-Ueli	SVP	NEIN
101	Vollenweider	Peter	FDP	JA
069	von Planta	Cyrill	GLP	JA
092	Vontobel	Erich	EDU	NEIN
175	Wäfler	Daniel	SVP	NEIN
179	Walliser	Bruno	SVP	ENTHALTEN
148	Waser	Urs	SVP	NEIN
001	Weber-Gachnang	Theresia	SVP	--
094	Welz	Michael	EDU	NEIN
117	Wettstein	Sabine	FDP	--
018	Wicki	Monika	SP	JA
077	Widler	Josef	CVP	NEIN
045	Widmer	Céline	SP	JA
079	Wiederkehr	Josef	CVP	NEIN
052	Wiesner	Hans W.	GLP	--
073	Wirth	Thomas	GLP	JA
060	Wyssen	Claudia	SP	JA
141	Wyss	Orlando	SVP	NEIN
174	Zahler	Erika	SVP	NEIN
135	Zanetti	Claudio	SVP	NEIN
056	Zeugin	Michael	GLP	--
054	Ziegler	Christoph	GLP	JA
122	Zimmermann	Rolf Robert	SVP	NEIN
025	Zollinger	Johannes	EVP	JA
132	Zuber	Martin	SVP	NEIN
113	Züllig	Hansueli	SVP	NEIN
--				
--				
--				
--				

Abstimmungsprotokoll Rathaus Zürich

Kantonsrat Zürich

Geschäftstitel:	Teilrevision des kantonalen Richtplans Innovationspark	
Geschäfts#:	5105a	
Stimm-Datum:	2015.06.29 - 16:14:09	
JA:	102	
NEIN:	63	
Enthalten:	2	
Nicht Präsent:	13	
Total Stimmen:	167	
Stichentscheid:	--	

Abstimmungsprotokoll

Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
030	Ackermann	Pia	SP	JA
082	Ackermann	Ruth	CVP	NEIN
042	Agosti Monn	Theres	SP	JA
089	Albanese	Franco	CVP	--
114	Amacker	Bruno	SVP	NEIN
126	Amrein	Hans-Peter	SVP	NEIN
110	Arnold	Martin	SVP	NEIN
140	Bachmann	Ernst	SVP	NEIN
163	Balmer	Bettina	FDP	JA
171	Bär	Hansruedi	SVP	NEIN
010	Barrile	Angelo	SP	JA
057	Bartal	Isabel	SP	JA
086	Bellaiche	Judith	GLP	JA
165	Bender	André	SVP	NEIN
161	Berger	Antoine	FDP	JA
131	Biber	Michael	FDP	JA
020	Bischoff	Markus	AL	JA
049	Bloch	Beat	CSP	JA
147	Boesch	Hans-Jakob	FDP	JA
123	Bollinger	Erich	SVP	NEIN
173	Bonato	Diego	SVP	NEIN
111	Borer	Anita	SVP	NEIN
080	Brazerol	Rico	BDP	JA
146	Brunner	Hans-Peter	FDP	JA
034	Brunner	Robert	Grüne	JA
058	Büchi	Renate	SP	JA
083	Bürgin	Yvonne	CVP	NEIN
154	Burtscher	Rochus	SVP	NEIN
007	Busmann	Barbara	SP	JA
013	Bütikofer	Kaspar	AL	JA

Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
115	Camenisch	Linda	FDP	JA
180	Dalcher	Pierre	SVP	NEIN
043	Daurù	Andreas	SP	JA
095	Egli	Hans	EDU	NEIN
003	Egli	Karin	SVP	NEIN
071	Erdin	Andreas	GLP	JA
181	Erni	Jonas	SP	JA
130	Farner	Martin	FDP	--
068	Fehr Thoma	Karin	Grüne	JA
062	Feldmann	Stefan	SP	JA
149	Fischer	Benjamin	SVP	NEIN
039	Fischer	Gerhard	EVP	JA
103	Franzen	Barbara	FDP	--
041	Frei	Daniel	SP	JA
151	Frei	Ruth	SVP	NEIN
160	Frey	Beatrix	FDP	JA
142	Furrer	Astrid	FDP	JA
138	Fürst	Reinhard	SVP	NEIN
162	Galliker	Nadja	FDP	JA
106	Gantner	Alex	FDP	JA
070	Gehrig	Sonja	GLP	JA
105	Geistlich	Andreas	FDP	JA
014	Göldi	Hanspeter	SP	JA
033	Gschwind	Benedikt	SP	JA
024	Gugger	Nik	EVP	--
088	Gut	Astrid	BDP	--
053	Gutmann	Eva	GLP	JA
021	Guyer	Esther	Grüne	JA
109	Haab	Martin	SVP	NEIN
102	Habegger	Beat	FDP	JA
143	Hänni	Cäcilia	FDP	JA
096	Häring	Hans Peter	EDU	NEIN
074	Hauri	Andreas	GLP	JA
127	Hauser	Matthias	SVP	NEIN
036	Häusler	Edith	Grüne	JA
065	Heierli	Daniel	Grüne	JA
072	Hodel	Daniel	GLP	JA
015	Hoesch	Felix	SP	JA
176	Hofer	Jacqueline	SVP	NEIN
144	Hofmann	Olivier Moïse	FDP	JA
067	Homberger	Max Robert	Grüne	JA
155	Huber	Beat	SVP	NEIN
167	Hübscher	Martin	SVP	NEIN
087	Hunger	Stefan	BDP	JA
012	Huonker	Laura	AL	JA
121	Isler	René	SVP	NEIN
099	Jäger	Alexander	FDP	JA
046	Joss	Rosmarie	SP	JA
048	Kaeser	Regula	Grüne	JA
032	Katumba	Andrew	SP	JA
081	Keller	Cornelia	BDP	--

Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
124	Keller	Rolando	SVP	NEIN
3a	Kläy	Dieter	FDP	--
097	Koller	Prisca	FDP	--
128	Krebs	Beatrice	FDP	--
129	Kull	Katharina	FDP	JA
159	Kündig	Jörg	FDP	JA
091	Kutter	Philipp	CVP	NEIN
063	Lais	Ruedi	SP	JA
139	Langhard	Walter	SVP	NEIN
178	Langhart	Konrad	SVP	NEIN
076	Lenggenhager	Marcel	BDP	JA
119	Leuenberger	Susanne	SVP	--
152	Liebi	Roger	SVP	NEIN
027	Loss	Davide	SP	JA
137	Lucek	Christian	SVP	NEIN
075	Mäder	Jörg	GLP	JA
022	Margreiter	Ralf	Grüne	JA
064	Marthaler	Thomas	SP	JA
017	Marti	Sibylle	SP	JA
008	Matter	Sylvie	SP	JA
061	Meier	Esther	SP	JA
093	Meier	Peter	EDU	NEIN
023	Meier	Walter	EVP	JA
153	Mettler	Christian	SVP	NEIN
029	Meyer	Mattea	SP	JA
168	Moor	Ursula	SVP	NEIN
098	Müller	André	FDP	JA
104	Müller	Christian	FDP	JA
031	Munz	Roland	SP	JA
035	Neukom	Martin	Grüne	JA
182	Peter	Jacqueline	SP	JA
051	Petri	Gabi	Grüne	JA
166	Pflugshaupt	Elisabeth	SVP	NEIN
084	Pinto	Jean-Philippe	CVP	ENTHALTEN
133	Preisig	Peter	SVP	NEIN
157	Raths	Hans Heinrich	SVP	NEIN
026	Reinhard	Peter	EVP	JA
156	Rinderknecht	Margreth	SVP	NEIN
066	Rohweder	Maria	Grüne	JA
116	Rueff	Sonja	FDP	JA
019	Sahli	Manuel	AL	JA
044	Sarbach	Martin	SP	JA
107	Sauter	Regine	FDP	JA
040	Schaaf	Markus	EVP	JA
055	Schaffner	Barbara	GLP	JA
134	Scheck	Roland	SVP	NEIN
085	Scherrer Moser	Benno	GLP	JA
120	Schmid	Claudio	SVP	NEIN
078	Schmid	Lorenz	CVP	NEIN
004	Schmid	Roman	SVP	NEIN
038	Schoch	Walter	EVP	JA

Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
145	Schucan	Christian	FDP	JA
100	Schwab	Daniel	FDP	JA
009	Seiler Graf	Priska	SP	JA
059	Sieber Hirschi	Sabine	SP	JA
037	Sommer	Daniel	EVP	JA
047	Späth	Markus	SP	JA
183	Spillmann	Moritz	SP	JA
136	Steinemann	Barbara	SVP	NEIN
050	Steiner	Kathy	Grüne	JA
028	Steiner	Rafael	SP	JA
002	Steiner	Rolf	SP	JA
172	Steinmann	Armin	SVP	NEIN
011	Stofer	Judith Anna	AL	JA
184	Straub	Esther	SP	JA
170	Sulser	Jürg	SVP	NEIN
090	Thomet	Corinne	CVP	NEIN
016	Tognella	Birgit	SP	JA
108	Trachsel	Jürg	SVP	NEIN
125	Truninger	René	SVP	NEIN
112	Tuena	Mauro	SVP	NEIN
150	Uhlmann	Peter	SVP	NEIN
158	Vogel	Thomas	FDP	JA
118	Vogt	Hans-Ueli	SVP	NEIN
101	Vollenweider	Peter	FDP	JA
069	von Planta	Cyrill	GLP	JA
092	Vontobel	Erich	EDU	NEIN
175	Wäfler	Daniel	SVP	NEIN
179	Walliser	Bruno	SVP	ENTHALTEN
148	Waser	Urs	SVP	NEIN
001	Weber-Gachnang	Theresia	SVP	--
094	Welz	Michael	EDU	NEIN
117	Wettstein	Sabine	FDP	--
018	Wicki	Monika	SP	JA
077	Widler	Josef	CVP	NEIN
045	Widmer	Céline	SP	JA
079	Wiederkehr	Josef	CVP	NEIN
052	Wiesner	Hans W.	GLP	--
073	Wirth	Thomas	GLP	JA
060	Wyssen	Claudia	SP	JA
141	Wyss	Orlando	SVP	NEIN
174	Zahler	Erika	SVP	NEIN
135	Zanetti	Claudio	SVP	NEIN
056	Zeugin	Michael	GLP	JA
054	Ziegler	Christoph	GLP	JA
122	Zimmermann	Rolf Robert	SVP	NEIN
025	Zollinger	Johannes	EVP	JA
132	Zuber	Martin	SVP	NEIN
113	Züllig	Hansueli	SVP	NEIN
--				
--				
--				
--				

Abstimmungsprotokoll Rathaus Zürich

Kantonsrat Zürich

Geschäftstitel:	Teilrevision des kantonalen Richtplans Innovationspark	
Geschäfts#:	5105a	
Stimm-Datum:	2015.06.29 - 16:22:04	
JA:	110	
NEIN:	59	
Enthalten:	0	
Nicht Präsent:	11	
Total Stimmen:	169	
Stichentscheid:	--	

Abstimmungsprotokoll

Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
030	Ackermann	Pia	SP	NEIN
082	Ackermann	Ruth	CVP	JA
042	Agosti Monn	Theres	SP	NEIN
089	Albanese	Franco	CVP	--
114	Amacker	Bruno	SVP	JA
126	Amrein	Hans-Peter	SVP	JA
110	Arnold	Martin	SVP	JA
140	Bachmann	Ernst	SVP	JA
163	Balmer	Bettina	FDP	JA
171	Bär	Hansruedi	SVP	JA
010	Barrile	Angelo	SP	NEIN
057	Bartal	Isabel	SP	NEIN
086	Bellaiche	Judith	GLP	JA
165	Bender	André	SVP	JA
161	Berger	Antoine	FDP	JA
131	Biber	Michael	FDP	JA
020	Bischoff	Markus	AL	NEIN
049	Bloch	Beat	CSP	NEIN
147	Boesch	Hans-Jakob	FDP	JA
123	Bollinger	Erich	SVP	JA
173	Bonato	Diego	SVP	JA
111	Borer	Anita	SVP	JA
080	Brazerol	Rico	BDP	NEIN
146	Brunner	Hans-Peter	FDP	JA
034	Brunner	Robert	Grüne	NEIN
058	Büchi	Renate	SP	NEIN
083	Bürgin	Yvonne	CVP	JA
154	Burtscher	Rochus	SVP	JA
007	Busmann	Barbara	SP	NEIN
013	Bütikofer	Kaspar	AL	NEIN

Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
115	Camenisch	Linda	FDP	JA
180	Dalcher	Pierre	SVP	JA
043	Daurù	Andreas	SP	NEIN
095	Egli	Hans	EDU	JA
003	Egli	Karin	SVP	JA
071	Erdin	Andreas	GLP	JA
181	Erni	Jonas	SP	NEIN
130	Farner	Martin	FDP	--
068	Fehr Thoma	Karin	Grüne	NEIN
062	Feldmann	Stefan	SP	NEIN
149	Fischer	Benjamin	SVP	JA
039	Fischer	Gerhard	EVP	JA
103	Franzen	Barbara	FDP	JA
041	Frei	Daniel	SP	NEIN
151	Frei	Ruth	SVP	JA
160	Frey	Beatrix	FDP	JA
142	Furrer	Astrid	FDP	JA
138	Fürst	Reinhard	SVP	JA
162	Galliker	Nadja	FDP	JA
106	Gantner	Alex	FDP	JA
070	Gehrig	Sonja	GLP	JA
105	Geistlich	Andreas	FDP	JA
014	Göldi	Hanspeter	SP	NEIN
033	Gschwind	Benedikt	SP	NEIN
024	Gugger	Nik	EVP	JA
088	Gut	Astrid	BDP	NEIN
053	Gutmann	Eva	GLP	JA
021	Guyer	Esther	Grüne	NEIN
109	Haab	Martin	SVP	JA
102	Habegger	Beat	FDP	JA
143	Hänni	Cäcilia	FDP	JA
096	Häring	Hans Peter	EDU	JA
074	Hauri	Andreas	GLP	JA
127	Hauser	Matthias	SVP	JA
036	Häusler	Edith	Grüne	NEIN
065	Heierli	Daniel	Grüne	NEIN
072	Hodel	Daniel	GLP	JA
015	Hoesch	Felix	SP	NEIN
176	Hofer	Jacqueline	SVP	JA
144	Hofmann	Olivier Moïse	FDP	JA
067	Homberger	Max Robert	Grüne	NEIN
155	Huber	Beat	SVP	JA
167	Hübscher	Martin	SVP	JA
087	Hunger	Stefan	BDP	NEIN
012	Huonker	Laura	AL	NEIN
121	Isler	René	SVP	JA
099	Jäger	Alexander	FDP	JA
046	Joss	Rosmarie	SP	NEIN
048	Kaeser	Regula	Grüne	NEIN
032	Katumba	Andrew	SP	NEIN
081	Keller	Cornelia	BDP	NEIN

Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
124	Keller	Rolando	SVP	JA
3a	Kläy	Dieter	FDP	--
097	Koller	Prisca	FDP	--
128	Krebs	Beatrice	FDP	--
129	Kull	Katharina	FDP	JA
159	Kündig	Jörg	FDP	JA
091	Kutter	Philipp	CVP	JA
063	Lais	Ruedi	SP	NEIN
139	Langhard	Walter	SVP	JA
178	Langhart	Konrad	SVP	JA
076	Lenggenhager	Marcel	BDP	NEIN
119	Leuenberger	Susanne	SVP	--
152	Liebi	Roger	SVP	JA
027	Loss	Davide	SP	NEIN
137	Lucek	Christian	SVP	JA
075	Mäder	Jörg	GLP	JA
022	Margreiter	Ralf	Grüne	NEIN
064	Marthaler	Thomas	SP	NEIN
017	Marti	Sibylle	SP	NEIN
008	Matter	Sylvie	SP	NEIN
061	Meier	Esther	SP	NEIN
093	Meier	Peter	EDU	JA
023	Meier	Walter	EVP	JA
153	Mettler	Christian	SVP	JA
029	Meyer	Mattea	SP	NEIN
168	Moor	Ursula	SVP	JA
098	Müller	André	FDP	JA
104	Müller	Christian	FDP	JA
031	Munz	Roland	SP	NEIN
035	Neukom	Martin	Grüne	NEIN
182	Peter	Jacqueline	SP	NEIN
051	Petri	Gabi	Grüne	NEIN
166	Pflugshaupt	Elisabeth	SVP	JA
084	Pinto	Jean-Philippe	CVP	JA
133	Preisig	Peter	SVP	JA
157	Raths	Hans Heinrich	SVP	JA
026	Reinhard	Peter	EVP	JA
156	Rinderknecht	Margreth	SVP	JA
066	Rohweder	Maria	Grüne	NEIN
116	Rueff	Sonja	FDP	JA
019	Sahli	Manuel	AL	NEIN
044	Sarbach	Martin	SP	NEIN
107	Sauter	Regine	FDP	JA
040	Schaaf	Markus	EVP	--
055	Schaffner	Barbara	GLP	JA
134	Scheck	Roland	SVP	JA
085	Scherrer Moser	Benno	GLP	JA
120	Schmid	Claudio	SVP	JA
078	Schmid	Lorenz	CVP	JA
004	Schmid	Roman	SVP	JA
038	Schoch	Walter	EVP	JA

Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
145	Schucan	Christian	FDP	JA
100	Schwab	Daniel	FDP	JA
009	Seiler Graf	Priska	SP	NEIN
059	Sieber Hirschi	Sabine	SP	NEIN
037	Sommer	Daniel	EVP	JA
047	Späth	Markus	SP	NEIN
183	Spillmann	Moritz	SP	NEIN
136	Steinemann	Barbara	SVP	JA
050	Steiner	Kathy	Grüne	NEIN
028	Steiner	Rafael	SP	NEIN
002	Steiner	Rolf	SP	NEIN
172	Steinmann	Armin	SVP	JA
011	Stofer	Judith Anna	AL	NEIN
184	Straub	Esther	SP	NEIN
170	Sulser	Jürg	SVP	JA
090	Thomet	Corinne	CVP	JA
016	Tognella	Birgit	SP	NEIN
108	Trachsel	Jürg	SVP	JA
125	Truninger	René	SVP	JA
112	Tuena	Mauro	SVP	JA
150	Uhlmann	Peter	SVP	JA
158	Vogel	Thomas	FDP	JA
118	Vogt	Hans-Ueli	SVP	JA
101	Vollenweider	Peter	FDP	JA
069	von Planta	Cyrill	GLP	JA
092	Vontobel	Erich	EDU	JA
175	Wäfler	Daniel	SVP	JA
179	Walliser	Bruno	SVP	JA
148	Waser	Urs	SVP	JA
001	Weber-Gachnang	Theresia	SVP	--
094	Welz	Michael	EDU	JA
117	Wettstein	Sabine	FDP	--
018	Wicki	Monika	SP	NEIN
077	Widler	Josef	CVP	JA
045	Widmer	Céline	SP	NEIN
079	Wiederkehr	Josef	CVP	JA
052	Wiesner	Hans W.	GLP	--
073	Wirth	Thomas	GLP	JA
060	Wyssen	Claudia	SP	NEIN
141	Wyss	Orlando	SVP	JA
174	Zahler	Erika	SVP	JA
135	Zanetti	Claudio	SVP	JA
056	Zeugin	Michael	GLP	JA
054	Ziegler	Christoph	GLP	JA
122	Zimmermann	Rolf Robert	SVP	JA
025	Zollinger	Johannes	EVP	--
132	Zuber	Martin	SVP	JA
113	Züllig	Hansueli	SVP	JA
--				
--				
--				
--				

Abstimmungsprotokoll Rathaus Zürich

Kantonsrat Zürich

Geschäftstitel:	Teilrevision des kantonalen Richtplans Innovationspark	
Geschäfts#:	5105a	
Stimm-Datum:	2015.06.29 - 16:25:41	
JA:	113	
NEIN:	47	
Enthalten:	11	
Nicht Präsent:	9	
Total Stimmen:	171	
Stichentscheid:	--	

Abstimmungsprotokoll				
Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
030	Ackermann	Pia	SP	JA
082	Ackermann	Ruth	CVP	JA
042	Agosti Monn	Theres	SP	JA
089	Albanese	Franco	CVP	--
114	Amacker	Bruno	SVP	NEIN
126	Amrein	Hans-Peter	SVP	NEIN
110	Arnold	Martin	SVP	ENTHALTEN
140	Bachmann	Ernst	SVP	NEIN
163	Balmer	Bettina	FDP	JA
171	Bär	Hansruedi	SVP	NEIN
010	Barrile	Angelo	SP	JA
057	Bartal	Isabel	SP	JA
086	Bellaiche	Judith	GLP	JA
165	Bender	André	SVP	NEIN
161	Berger	Antoine	FDP	JA
131	Biber	Michael	FDP	JA
020	Bischoff	Markus	AL	JA
049	Bloch	Beat	CSP	JA
147	Boesch	Hans-Jakob	FDP	JA
123	Bollinger	Erich	SVP	NEIN
173	Bonato	Diego	SVP	NEIN
111	Borer	Anita	SVP	NEIN
080	Brazerol	Rico	BDP	JA
146	Brunner	Hans-Peter	FDP	JA
034	Brunner	Robert	Grüne	JA
058	Büchi	Renate	SP	JA
083	Bürgin	Yvonne	CVP	JA
154	Burtscher	Rochus	SVP	ENTHALTEN
007	Busmann	Barbara	SP	JA
013	Bütikofer	Kaspar	AL	JA

Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
115	Camenisch	Linda	FDP	JA
180	Dalcher	Pierre	SVP	ENTHALTEN
043	Daurù	Andreas	SP	JA
095	Egli	Hans	EDU	NEIN
003	Egli	Karin	SVP	NEIN
071	Erdin	Andreas	GLP	JA
181	Erni	Jonas	SP	JA
130	Farner	Martin	FDP	--
068	Fehr Thoma	Karin	Grüne	JA
062	Feldmann	Stefan	SP	JA
149	Fischer	Benjamin	SVP	NEIN
039	Fischer	Gerhard	EVP	JA
103	Franzen	Barbara	FDP	JA
041	Frei	Daniel	SP	JA
151	Frei	Ruth	SVP	ENTHALTEN
160	Frey	Beatrix	FDP	JA
142	Furrer	Astrid	FDP	JA
138	Fürst	Reinhard	SVP	NEIN
162	Galliker	Nadja	FDP	JA
106	Gantner	Alex	FDP	JA
070	Gehrig	Sonja	GLP	JA
105	Geistlich	Andreas	FDP	JA
014	Göldi	Hanspeter	SP	JA
033	Gschwind	Benedikt	SP	JA
024	Gugger	Nik	EVP	JA
088	Gut	Astrid	BDP	JA
053	Gutmann	Eva	GLP	JA
021	Guyer	Esther	Grüne	JA
109	Haab	Martin	SVP	NEIN
102	Habegger	Beat	FDP	JA
143	Hänni	Cäcilia	FDP	JA
096	Häring	Hans Peter	EDU	NEIN
074	Hauri	Andreas	GLP	JA
127	Hauser	Matthias	SVP	NEIN
036	Häusler	Edith	Grüne	JA
065	Heierli	Daniel	Grüne	JA
072	Hodel	Daniel	GLP	JA
015	Hoesch	Felix	SP	JA
176	Hofer	Jacqueline	SVP	NEIN
144	Hofmann	Olivier Moïse	FDP	JA
067	Homberger	Max Robert	Grüne	NEIN
155	Huber	Beat	SVP	ENTHALTEN
167	Hübscher	Martin	SVP	NEIN
087	Hunger	Stefan	BDP	JA
012	Huonker	Laura	AL	JA
121	Isler	René	SVP	NEIN
099	Jäger	Alexander	FDP	JA
046	Joss	Rosmarie	SP	JA
048	Kaeser	Regula	Grüne	JA
032	Katumba	Andrew	SP	JA
081	Keller	Cornelia	BDP	JA

Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
124	Keller	Rolando	SVP	NEIN
3a	Kläy	Dieter	FDP	--
097	Koller	Prisca	FDP	--
128	Krebs	Beatrice	FDP	--
129	Kull	Katharina	FDP	JA
159	Kündig	Jörg	FDP	JA
091	Kutter	Philipp	CVP	JA
063	Lais	Ruedi	SP	ENTHALTEN
139	Langhard	Walter	SVP	NEIN
178	Langhart	Konrad	SVP	NEIN
076	Lenggenhager	Marcel	BDP	JA
119	Leuenberger	Susanne	SVP	--
152	Liebi	Roger	SVP	ENTHALTEN
027	Loss	Davide	SP	JA
137	Lucek	Christian	SVP	NEIN
075	Mäder	Jörg	GLP	JA
022	Margreiter	Ralf	Grüne	JA
064	Marthaler	Thomas	SP	JA
017	Marti	Sibylle	SP	JA
008	Matter	Sylvie	SP	JA
061	Meier	Esther	SP	JA
093	Meier	Peter	EDU	NEIN
023	Meier	Walter	EVP	JA
153	Mettler	Christian	SVP	NEIN
029	Meyer	Mattea	SP	ENTHALTEN
168	Moor	Ursula	SVP	NEIN
098	Müller	André	FDP	JA
104	Müller	Christian	FDP	JA
031	Munz	Roland	SP	JA
035	Neukom	Martin	Grüne	JA
182	Peter	Jacqueline	SP	JA
051	Petri	Gabi	Grüne	JA
166	Pflugshaupt	Elisabeth	SVP	NEIN
084	Pinto	Jean-Philippe	CVP	JA
133	Preisig	Peter	SVP	NEIN
157	Raths	Hans Heinrich	SVP	JA
026	Reinhard	Peter	EVP	JA
156	Rinderknecht	Margreth	SVP	NEIN
066	Rohweder	Maria	Grüne	JA
116	Rueff	Sonja	FDP	JA
019	Sahli	Manuel	AL	JA
044	Sarbach	Martin	SP	JA
107	Sauter	Regine	FDP	JA
040	Schaaf	Markus	EVP	JA
055	Schaffner	Barbara	GLP	JA
134	Scheck	Roland	SVP	NEIN
085	Scherrer Moser	Benno	GLP	JA
120	Schmid	Claudio	SVP	NEIN
078	Schmid	Lorenz	CVP	JA
004	Schmid	Roman	SVP	NEIN
038	Schoch	Walter	EVP	JA

Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
145	Schucan	Christian	FDP	JA
100	Schwab	Daniel	FDP	JA
009	Seiler Graf	Priska	SP	JA
059	Sieber Hirschi	Sabine	SP	JA
037	Sommer	Daniel	EVP	JA
047	Späth	Markus	SP	JA
183	Spillmann	Moritz	SP	JA
136	Steinemann	Barbara	SVP	NEIN
050	Steiner	Kathy	Grüne	JA
028	Steiner	Rafael	SP	JA
002	Steiner	Rolf	SP	JA
172	Steinmann	Armin	SVP	NEIN
011	Stofer	Judith Anna	AL	JA
184	Straub	Esther	SP	JA
170	Sulser	Jürg	SVP	ENTHALTEN
090	Thomet	Corinne	CVP	JA
016	Tognella	Birgit	SP	JA
108	Trachsel	Jürg	SVP	ENTHALTEN
125	Truninger	René	SVP	NEIN
112	Tuena	Mauro	SVP	NEIN
150	Uhlmann	Peter	SVP	JA
158	Vogel	Thomas	FDP	JA
118	Vogt	Hans-Ueli	SVP	NEIN
101	Vollenweider	Peter	FDP	JA
069	von Planta	Cyrill	GLP	JA
092	Vontobel	Erich	EDU	NEIN
175	Wäfler	Daniel	SVP	NEIN
179	Walliser	Bruno	SVP	ENTHALTEN
148	Waser	Urs	SVP	NEIN
001	Weber-Gachnang	Theresia	SVP	--
094	Welz	Michael	EDU	NEIN
117	Wettstein	Sabine	FDP	--
018	Wicki	Monika	SP	JA
077	Widler	Josef	CVP	JA
045	Widmer	Céline	SP	JA
079	Wiederkehr	Josef	CVP	JA
052	Wiesner	Hans W.	GLP	--
073	Wirth	Thomas	GLP	JA
060	Wyssen	Claudia	SP	JA
141	Wyss	Orlando	SVP	NEIN
174	Zahler	Erika	SVP	NEIN
135	Zanetti	Claudio	SVP	NEIN
056	Zeugin	Michael	GLP	JA
054	Ziegler	Christoph	GLP	JA
122	Zimmermann	Rolf Robert	SVP	NEIN
025	Zollinger	Johannes	EVP	JA
132	Zuber	Martin	SVP	NEIN
113	Züllig	Hansueli	SVP	NEIN
--				
--				
--				
--				

Abstimmungsprotokoll Rathaus Zürich

Kantonsrat Zürich

Geschäftstitel:	Teilrevision des kantonalen Richtplans Innovationspark	
Geschäfts#:	5105a	
Stimm-Datum:	2015.06.29 - 16:27:59	
JA:	54	
NEIN:	115	
Enthalten:	0	
Nicht Präsent:	11	
Total Stimmen:	169	
Stichentscheid:	--	

Abstimmungsprotokoll

Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
030	Ackermann	Pia	SP	NEIN
082	Ackermann	Ruth	CVP	NEIN
042	Agosti Monn	Theres	SP	NEIN
089	Albanese	Franco	CVP	--
114	Amacker	Bruno	SVP	JA
126	Amrein	Hans-Peter	SVP	JA
110	Arnold	Martin	SVP	JA
140	Bachmann	Ernst	SVP	JA
163	Balmer	Bettina	FDP	NEIN
171	Bär	Hansruedi	SVP	JA
010	Barrile	Angelo	SP	NEIN
057	Bartal	Isabel	SP	NEIN
086	Bellaiche	Judith	GLP	NEIN
165	Bender	André	SVP	JA
161	Berger	Antoine	FDP	NEIN
131	Biber	Michael	FDP	NEIN
020	Bischoff	Markus	AL	NEIN
049	Bloch	Beat	CSP	NEIN
147	Boesch	Hans-Jakob	FDP	NEIN
123	Bollinger	Erich	SVP	JA
173	Bonato	Diego	SVP	JA
111	Borer	Anita	SVP	JA
080	Brazerol	Rico	BDP	NEIN
146	Brunner	Hans-Peter	FDP	NEIN
034	Brunner	Robert	Grüne	NEIN
058	Büchi	Renate	SP	NEIN
083	Bürgin	Yvonne	CVP	NEIN
154	Burtscher	Rochus	SVP	JA
007	Busmann	Barbara	SP	NEIN
013	Bütikofer	Kaspar	AL	NEIN

Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
115	Camenisch	Linda	FDP	NEIN
180	Dalcher	Pierre	SVP	JA
043	Daurù	Andreas	SP	NEIN
095	Egli	Hans	EDU	NEIN
003	Egli	Karin	SVP	JA
071	Erdin	Andreas	GLP	NEIN
181	Erni	Jonas	SP	NEIN
130	Farner	Martin	FDP	--
068	Fehr Thoma	Karin	Grüne	NEIN
062	Feldmann	Stefan	SP	NEIN
149	Fischer	Benjamin	SVP	JA
039	Fischer	Gerhard	EVP	NEIN
103	Franzen	Barbara	FDP	NEIN
041	Frei	Daniel	SP	NEIN
151	Frei	Ruth	SVP	JA
160	Frey	Beatrix	FDP	NEIN
142	Furrer	Astrid	FDP	NEIN
138	Fürst	Reinhard	SVP	JA
162	Galliker	Nadja	FDP	NEIN
106	Gantner	Alex	FDP	NEIN
070	Gehrig	Sonja	GLP	NEIN
105	Geistlich	Andreas	FDP	NEIN
014	Göldi	Hanspeter	SP	NEIN
033	Gschwind	Benedikt	SP	NEIN
024	Gugger	Nik	EVP	NEIN
088	Gut	Astrid	BDP	--
053	Gutmann	Eva	GLP	--
021	Guyer	Esther	Grüne	NEIN
109	Haab	Martin	SVP	JA
102	Habegger	Beat	FDP	NEIN
143	Hänni	Cäcilia	FDP	NEIN
096	Häring	Hans Peter	EDU	NEIN
074	Hauri	Andreas	GLP	NEIN
127	Hauser	Matthias	SVP	JA
036	Häusler	Edith	Grüne	NEIN
065	Heierli	Daniel	Grüne	NEIN
072	Hodel	Daniel	GLP	NEIN
015	Hoesch	Felix	SP	NEIN
176	Hofer	Jacqueline	SVP	JA
144	Hofmann	Olivier Moïse	FDP	NEIN
067	Homberger	Max Robert	Grüne	JA
155	Huber	Beat	SVP	JA
167	Hübscher	Martin	SVP	JA
087	Hunger	Stefan	BDP	NEIN
012	Huonker	Laura	AL	NEIN
121	Isler	René	SVP	JA
099	Jäger	Alexander	FDP	NEIN
046	Joss	Rosmarie	SP	NEIN
048	Kaeser	Regula	Grüne	NEIN
032	Katumba	Andrew	SP	NEIN
081	Keller	Cornelia	BDP	NEIN

Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
124	Keller	Rolando	SVP	JA
3a	Kläy	Dieter	FDP	--
097	Koller	Prisca	FDP	--
128	Krebs	Beatrice	FDP	--
129	Kull	Katharina	FDP	NEIN
159	Kündig	Jörg	FDP	NEIN
091	Kutter	Philipp	CVP	NEIN
063	Lais	Ruedi	SP	NEIN
139	Langhard	Walter	SVP	JA
178	Langhart	Konrad	SVP	JA
076	Lenggenhager	Marcel	BDP	NEIN
119	Leuenberger	Susanne	SVP	--
152	Liebi	Roger	SVP	JA
027	Loss	Davide	SP	NEIN
137	Lucek	Christian	SVP	JA
075	Mäder	Jörg	GLP	NEIN
022	Margreiter	Ralf	Grüne	NEIN
064	Marthaler	Thomas	SP	NEIN
017	Marti	Sibylle	SP	NEIN
008	Matter	Sylvie	SP	NEIN
061	Meier	Esther	SP	NEIN
093	Meier	Peter	EDU	NEIN
023	Meier	Walter	EVP	NEIN
153	Mettler	Christian	SVP	JA
029	Meyer	Mattea	SP	NEIN
168	Moor	Ursula	SVP	JA
098	Müller	André	FDP	NEIN
104	Müller	Christian	FDP	NEIN
031	Munz	Roland	SP	NEIN
035	Neukom	Martin	Grüne	NEIN
182	Peter	Jacqueline	SP	NEIN
051	Petri	Gabi	Grüne	JA
166	Pflugshaupt	Elisabeth	SVP	JA
084	Pinto	Jean-Philippe	CVP	NEIN
133	Preisig	Peter	SVP	JA
157	Raths	Hans Heinrich	SVP	JA
026	Reinhard	Peter	EVP	NEIN
156	Rinderknecht	Margreth	SVP	JA
066	Rohweder	Maria	Grüne	NEIN
116	Rueff	Sonja	FDP	NEIN
019	Sahli	Manuel	AL	NEIN
044	Sarbach	Martin	SP	NEIN
107	Sauter	Regine	FDP	NEIN
040	Schaaf	Markus	EVP	NEIN
055	Schaffner	Barbara	GLP	NEIN
134	Scheck	Roland	SVP	JA
085	Scherrer Moser	Benno	GLP	NEIN
120	Schmid	Claudio	SVP	JA
078	Schmid	Lorenz	CVP	NEIN
004	Schmid	Roman	SVP	JA
038	Schoch	Walter	EVP	NEIN

Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
145	Schucan	Christian	FDP	NEIN
100	Schwab	Daniel	FDP	NEIN
009	Seiler Graf	Priska	SP	NEIN
059	Sieber Hirschi	Sabine	SP	NEIN
037	Sommer	Daniel	EVP	NEIN
047	Späth	Markus	SP	NEIN
183	Spillmann	Moritz	SP	NEIN
136	Steinemann	Barbara	SVP	JA
050	Steiner	Kathy	Grüne	NEIN
028	Steiner	Rafael	SP	NEIN
002	Steiner	Rolf	SP	NEIN
172	Steinmann	Armin	SVP	JA
011	Stofer	Judith Anna	AL	NEIN
184	Straub	Esther	SP	NEIN
170	Sulser	Jürg	SVP	JA
090	Thomet	Corinne	CVP	NEIN
016	Tognella	Birgit	SP	NEIN
108	Trachsel	Jürg	SVP	JA
125	Truninger	René	SVP	JA
112	Tuena	Mauro	SVP	JA
150	Uhlmann	Peter	SVP	JA
158	Vogel	Thomas	FDP	NEIN
118	Vogt	Hans-Ueli	SVP	JA
101	Vollenweider	Peter	FDP	NEIN
069	von Planta	Cyrill	GLP	NEIN
092	Vontobel	Erich	EDU	NEIN
175	Wäfler	Daniel	SVP	JA
179	Walliser	Bruno	SVP	JA
148	Waser	Urs	SVP	JA
001	Weber-Gachnang	Theresia	SVP	--
094	Welz	Michael	EDU	NEIN
117	Wettstein	Sabine	FDP	--
018	Wicki	Monika	SP	NEIN
077	Widler	Josef	CVP	NEIN
045	Widmer	Céline	SP	NEIN
079	Wiederkehr	Josef	CVP	NEIN
052	Wiesner	Hans W.	GLP	--
073	Wirth	Thomas	GLP	NEIN
060	Wyssen	Claudia	SP	NEIN
141	Wyss	Orlando	SVP	JA
174	Zahler	Erika	SVP	JA
135	Zanetti	Claudio	SVP	JA
056	Zeugin	Michael	GLP	NEIN
054	Ziegler	Christoph	GLP	NEIN
122	Zimmermann	Rolf Robert	SVP	JA
025	Zollinger	Johannes	EVP	NEIN
132	Zuber	Martin	SVP	JA
113	Züllig	Hansueli	SVP	JA
--				
--				
--				
--				

Abstimmungsprotokoll Rathaus Zürich

Kantonsrat Zürich

Geschäftstitel:	Keine Kleinfliegerei auf dem Flugplatz Dübendorf	
Geschäfts#:	4926a	
Stimm-Datum:	2015.06.29 - 16:48:50	
JA:	112	
NEIN:	55	
Enthalten:	0	
Nicht Präsent:	13	
Total Stimmen:	167	
Stichentscheid:	--	

Abstimmungsprotokoll

Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
030	Ackermann	Pia	SP	JA
082	Ackermann	Ruth	CVP	JA
042	Agosti Monn	Theres	SP	JA
089	Albanese	Franco	CVP	--
114	Amacker	Bruno	SVP	NEIN
126	Amrein	Hans-Peter	SVP	NEIN
110	Arnold	Martin	SVP	NEIN
140	Bachmann	Ernst	SVP	NEIN
163	Balmer	Bettina	FDP	JA
171	Bär	Hansruedi	SVP	NEIN
010	Barrile	Angelo	SP	JA
057	Bartal	Isabel	SP	JA
086	Bellaiche	Judith	GLP	JA
165	Bender	André	SVP	NEIN
161	Berger	Antoine	FDP	JA
131	Biber	Michael	FDP	JA
020	Bischoff	Markus	AL	JA
049	Bloch	Beat	CSP	JA
147	Boesch	Hans-Jakob	FDP	JA
123	Bollinger	Erich	SVP	NEIN
173	Bonato	Diego	SVP	NEIN
111	Borer	Anita	SVP	NEIN
080	Brazerol	Rico	BDP	JA
146	Brunner	Hans-Peter	FDP	JA
034	Brunner	Robert	Grüne	JA
058	Büchi	Renate	SP	JA
083	Bürgin	Yvonne	CVP	JA
154	Burtscher	Rochus	SVP	NEIN
007	Busmann	Barbara	SP	JA
013	Bütikofer	Kaspar	AL	JA

Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
115	Camenisch	Linda	FDP	JA
180	Dalcher	Pierre	SVP	NEIN
043	Daurù	Andreas	SP	JA
095	Egli	Hans	EDU	NEIN
003	Egli	Karin	SVP	NEIN
071	Erdin	Andreas	GLP	JA
181	Erni	Jonas	SP	JA
130	Farner	Martin	FDP	--
068	Fehr Thoma	Karin	Grüne	JA
062	Feldmann	Stefan	SP	JA
149	Fischer	Benjamin	SVP	NEIN
039	Fischer	Gerhard	EVP	JA
103	Franzen	Barbara	FDP	JA
041	Frei	Daniel	SP	JA
151	Frei	Ruth	SVP	NEIN
160	Frey	Beatrix	FDP	JA
142	Furrer	Astrid	FDP	JA
138	Fürst	Reinhard	SVP	NEIN
162	Galliker	Nadja	FDP	JA
106	Gantner	Alex	FDP	JA
070	Gehrig	Sonja	GLP	JA
105	Geistlich	Andreas	FDP	JA
014	Göldi	Hanspeter	SP	JA
033	Gschwind	Benedikt	SP	JA
024	Gugger	Nik	EVP	JA
088	Gut	Astrid	BDP	JA
053	Gutmann	Eva	GLP	JA
021	Guyer	Esther	Grüne	JA
109	Haab	Martin	SVP	NEIN
102	Habegger	Beat	FDP	JA
143	Hänni	Cäcilia	FDP	JA
096	Häring	Hans Peter	EDU	NEIN
074	Hauri	Andreas	GLP	JA
127	Hauser	Matthias	SVP	NEIN
036	Häusler	Edith	Grüne	JA
065	Heierli	Daniel	Grüne	JA
072	Hodel	Daniel	GLP	JA
015	Hoesch	Felix	SP	JA
176	Hofer	Jacqueline	SVP	NEIN
144	Hofmann	Olivier Moïse	FDP	JA
067	Homberger	Max Robert	Grüne	JA
155	Huber	Beat	SVP	NEIN
167	Hübscher	Martin	SVP	NEIN
087	Hunger	Stefan	BDP	JA
012	Huonker	Laura	AL	JA
121	Isler	René	SVP	--
099	Jäger	Alexander	FDP	JA
046	Joss	Rosmarie	SP	--
048	Kaeser	Regula	Grüne	JA
032	Katumba	Andrew	SP	JA
081	Keller	Cornelia	BDP	JA

Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
124	Keller	Rolando	SVP	NEIN
3a	Kläy	Dieter	FDP	--
097	Koller	Prisca	FDP	--
128	Krebs	Beatrice	FDP	--
129	Kull	Katharina	FDP	JA
159	Kündig	Jörg	FDP	JA
091	Kutter	Philipp	CVP	JA
063	Lais	Ruedi	SP	JA
139	Langhard	Walter	SVP	NEIN
178	Langhart	Konrad	SVP	NEIN
076	Lenggenhager	Marcel	BDP	JA
119	Leuenberger	Susanne	SVP	NEIN
152	Liebi	Roger	SVP	NEIN
027	Loss	Davide	SP	JA
137	Lucek	Christian	SVP	NEIN
075	Mäder	Jörg	GLP	JA
022	Margreiter	Ralf	Grüne	JA
064	Marthaler	Thomas	SP	JA
017	Marti	Sibylle	SP	JA
008	Matter	Sylvie	SP	JA
061	Meier	Esther	SP	JA
093	Meier	Peter	EDU	--
023	Meier	Walter	EVP	JA
153	Mettler	Christian	SVP	NEIN
029	Meyer	Mattea	SP	JA
168	Moor	Ursula	SVP	NEIN
098	Müller	André	FDP	JA
104	Müller	Christian	FDP	JA
031	Munz	Roland	SP	JA
035	Neukom	Martin	Grüne	JA
182	Peter	Jacqueline	SP	JA
051	Petri	Gabi	Grüne	JA
166	Pflugshaupt	Elisabeth	SVP	NEIN
084	Pinto	Jean-Philippe	CVP	JA
133	Preisig	Peter	SVP	NEIN
157	Raths	Hans Heinrich	SVP	NEIN
026	Reinhard	Peter	EVP	JA
156	Rinderknecht	Margreth	SVP	NEIN
066	Rohweder	Maria	Grüne	JA
116	Rueff	Sonja	FDP	JA
019	Sahli	Manuel	AL	JA
044	Sarbach	Martin	SP	JA
107	Sauter	Regine	FDP	JA
040	Schaaf	Markus	EVP	JA
055	Schaffner	Barbara	GLP	JA
134	Scheck	Roland	SVP	NEIN
085	Scherrer Moser	Benno	GLP	JA
120	Schmid	Claudio	SVP	NEIN
078	Schmid	Lorenz	CVP	JA
004	Schmid	Roman	SVP	NEIN
038	Schoch	Walter	EVP	JA

Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
145	Schucan	Christian	FDP	JA
100	Schwab	Daniel	FDP	JA
009	Seiler Graf	Priska	SP	JA
059	Sieber Hirschi	Sabine	SP	JA
037	Sommer	Daniel	EVP	JA
047	Späth	Markus	SP	JA
183	Spillmann	Moritz	SP	--
136	Steinemann	Barbara	SVP	NEIN
050	Steiner	Kathy	Grüne	JA
028	Steiner	Rafael	SP	JA
002	Steiner	Rolf	SP	JA
172	Steinmann	Armin	SVP	NEIN
011	Stofer	Judith Anna	AL	JA
184	Straub	Esther	SP	JA
170	Sulser	Jürg	SVP	NEIN
090	Thomet	Corinne	CVP	JA
016	Tognella	Birgit	SP	--
108	Trachsel	Jürg	SVP	NEIN
125	Truninger	René	SVP	NEIN
112	Tuena	Mauro	SVP	NEIN
150	Uhlmann	Peter	SVP	NEIN
158	Vogel	Thomas	FDP	JA
118	Vogt	Hans-Ueli	SVP	NEIN
101	Vollenweider	Peter	FDP	JA
069	von Planta	Cyrill	GLP	JA
092	Vontobel	Erich	EDU	NEIN
175	Wäfler	Daniel	SVP	NEIN
179	Walliser	Bruno	SVP	JA
148	Waser	Urs	SVP	NEIN
001	Weber-Gachnang	Theresia	SVP	--
094	Welz	Michael	EDU	NEIN
117	Wettstein	Sabine	FDP	--
018	Wicki	Monika	SP	JA
077	Widler	Josef	CVP	JA
045	Widmer	Céline	SP	JA
079	Wiederkehr	Josef	CVP	JA
052	Wiesner	Hans W.	GLP	--
073	Wirth	Thomas	GLP	JA
060	Wyssen	Claudia	SP	JA
141	Wyss	Orlando	SVP	NEIN
174	Zahler	Erika	SVP	NEIN
135	Zanetti	Claudio	SVP	NEIN
056	Zeugin	Michael	GLP	JA
054	Ziegler	Christoph	GLP	JA
122	Zimmermann	Rolf Robert	SVP	NEIN
025	Zollinger	Johannes	EVP	JA
132	Zuber	Martin	SVP	NEIN
113	Züllig	Hansueli	SVP	NEIN
--				
--				
--				
--				

Abstimmungsprotokoll Rathaus Zürich

Kantonsrat Zürich

Geschäftstitel:	Bewilligung von jährlich wiederkehrenden Überträgen aus dem Lotteriefonds (Leistungsgruppe Nr. 4980) an das Amt für Landschaft und Natur für Leistungen im Bereich Naturbildung	
Geschäfts#:	5144a	
Stimm-Datum:	2015.06.29 - 17:21:54	
JA:	110	
NEIN:	52	
Enthalten:	0	
Nicht Präsent:	18	
Total Stimmen:	162	
Stichentscheid:	--	

Abstimmungsprotokoll

Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
030	Ackermann	Pia	SP	JA
082	Ackermann	Ruth	CVP	JA
042	Agosti Monn	Theres	SP	JA
089	Albanese	Franco	CVP	--
114	Amacker	Bruno	SVP	NEIN
126	Amrein	Hans-Peter	SVP	NEIN
110	Arnold	Martin	SVP	NEIN
140	Bachmann	Ernst	SVP	NEIN
163	Balmer	Bettina	FDP	JA
171	Bär	Hansruedi	SVP	NEIN
010	Barrile	Angelo	SP	JA
057	Bartal	Isabel	SP	JA
086	Bellaiche	Judith	GLP	JA
165	Bender	André	SVP	NEIN
161	Berger	Antoine	FDP	JA
131	Biber	Michael	FDP	JA
020	Bischoff	Markus	AL	JA
049	Bloch	Beat	CSP	JA
147	Boesch	Hans-Jakob	FDP	JA
123	Bollinger	Erich	SVP	NEIN
173	Bonato	Diego	SVP	NEIN
111	Borer	Anita	SVP	NEIN
080	Brazerol	Rico	BDP	--
146	Brunner	Hans-Peter	FDP	JA
034	Brunner	Robert	Grüne	JA
058	Büchi	Renate	SP	JA
083	Bürgin	Yvonne	CVP	JA
154	Burtscher	Rochus	SVP	NEIN
007	Bussmann	Barbara	SP	JA
013	Bütikofer	Kaspar	AL	JA

Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
115	Camenisch	Linda	FDP	JA
180	Dalcher	Pierre	SVP	NEIN
043	Daurù	Andreas	SP	JA
095	Egli	Hans	EDU	NEIN
003	Egli	Karin	SVP	NEIN
071	Erdin	Andreas	GLP	JA
181	Erni	Jonas	SP	JA
130	Farner	Martin	FDP	--
068	Fehr Thoma	Karin	Grüne	JA
062	Feldmann	Stefan	SP	JA
149	Fischer	Benjamin	SVP	NEIN
039	Fischer	Gerhard	EVP	JA
103	Franzen	Barbara	FDP	JA
041	Frei	Daniel	SP	JA
151	Frei	Ruth	SVP	NEIN
160	Frey	Beatrix	FDP	JA
142	Furrer	Astrid	FDP	JA
138	Fürst	Reinhard	SVP	NEIN
162	Galliker	Nadja	FDP	JA
106	Gantner	Alex	FDP	JA
070	Gehrig	Sonja	GLP	JA
105	Geistlich	Andreas	FDP	JA
014	Göldi	Hanspeter	SP	JA
033	Gschwind	Benedikt	SP	JA
024	Gugger	Nik	EVP	JA
088	Gut	Astrid	BDP	JA
053	Gutmann	Eva	GLP	JA
021	Guyer	Esther	Grüne	JA
109	Haab	Martin	SVP	NEIN
102	Habegger	Beat	FDP	JA
143	Hänni	Cäcilia	FDP	JA
096	Häring	Hans Peter	EDU	NEIN
074	Hauri	Andreas	GLP	JA
127	Hauser	Matthias	SVP	NEIN
036	Häusler	Edith	Grüne	JA
065	Heierli	Daniel	Grüne	JA
072	Hodel	Daniel	GLP	JA
015	Hoesch	Felix	SP	JA
176	Hofer	Jacqueline	SVP	--
144	Hofmann	Olivier Moïse	FDP	JA
067	Homberger	Max Robert	Grüne	JA
155	Huber	Beat	SVP	NEIN
167	Hübscher	Martin	SVP	NEIN
087	Hunger	Stefan	BDP	JA
012	Huonker	Laura	AL	JA
121	Isler	René	SVP	NEIN
099	Jäger	Alexander	FDP	JA
046	Joss	Rosmarie	SP	JA
048	Kaeser	Regula	Grüne	JA
032	Katumba	Andrew	SP	JA
081	Keller	Cornelia	BDP	JA

Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
124	Keller	Rolando	SVP	NEIN
3a	Kläy	Dieter	FDP	--
097	Koller	Prisca	FDP	--
128	Krebs	Beatrice	FDP	--
129	Kull	Katharina	FDP	JA
159	Kündig	Jörg	FDP	--
091	Kutter	Philipp	CVP	JA
063	Lais	Ruedi	SP	JA
139	Langhard	Walter	SVP	NEIN
178	Langhart	Konrad	SVP	NEIN
076	Lenggenhager	Marcel	BDP	JA
119	Leuenberger	Susanne	SVP	NEIN
152	Liebi	Roger	SVP	NEIN
027	Loss	Davide	SP	JA
137	Lucek	Christian	SVP	NEIN
075	Mäder	Jörg	GLP	JA
022	Margreiter	Ralf	Grüne	JA
064	Marthaler	Thomas	SP	JA
017	Marti	Sibylle	SP	JA
008	Matter	Sylvie	SP	JA
061	Meier	Esther	SP	JA
093	Meier	Peter	EDU	--
023	Meier	Walter	EVP	JA
153	Mettler	Christian	SVP	NEIN
029	Meyer	Mattea	SP	JA
168	Moor	Ursula	SVP	--
098	Müller	André	FDP	JA
104	Müller	Christian	FDP	JA
031	Munz	Roland	SP	JA
035	Neukom	Martin	Grüne	JA
182	Peter	Jacqueline	SP	JA
051	Petri	Gabi	Grüne	JA
166	Pflugshaupt	Elisabeth	SVP	--
084	Pinto	Jean-Philippe	CVP	JA
133	Preisig	Peter	SVP	NEIN
157	Raths	Hans Heinrich	SVP	NEIN
026	Reinhard	Peter	EVP	JA
156	Rinderknecht	Margreth	SVP	NEIN
066	Rohweder	Maria	Grüne	JA
116	Rueff	Sonja	FDP	JA
019	Sahli	Manuel	AL	JA
044	Sarbach	Martin	SP	JA
107	Sauter	Regine	FDP	JA
040	Schaaf	Markus	EVP	JA
055	Schaffner	Barbara	GLP	JA
134	Scheck	Roland	SVP	NEIN
085	Scherrer Moser	Benno	GLP	JA
120	Schmid	Claudio	SVP	NEIN
078	Schmid	Lorenz	CVP	JA
004	Schmid	Roman	SVP	NEIN
038	Schoch	Walter	EVP	JA

Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
145	Schucan	Christian	FDP	JA
100	Schwab	Daniel	FDP	JA
009	Seiler Graf	Priska	SP	JA
059	Sieber Hirschi	Sabine	SP	JA
037	Sommer	Daniel	EVP	JA
047	Späth	Markus	SP	JA
183	Spillmann	Moritz	SP	--
136	Steinemann	Barbara	SVP	NEIN
050	Steiner	Kathy	Grüne	JA
028	Steiner	Rafael	SP	JA
002	Steiner	Rolf	SP	JA
172	Steinmann	Armin	SVP	--
011	Stofer	Judith Anna	AL	JA
184	Straub	Esther	SP	JA
170	Sulser	Jürg	SVP	NEIN
090	Thomet	Corinne	CVP	JA
016	Tognella	Birgit	SP	--
108	Trachsel	Jürg	SVP	NEIN
125	Truninger	René	SVP	NEIN
112	Tuena	Mauro	SVP	NEIN
150	Uhlmann	Peter	SVP	NEIN
158	Vogel	Thomas	FDP	JA
118	Vogt	Hans-Ueli	SVP	NEIN
101	Vollenweider	Peter	FDP	JA
069	von Planta	Cyrill	GLP	--
092	Vontobel	Erich	EDU	NEIN
175	Wäfler	Daniel	SVP	JA
179	Walliser	Bruno	SVP	NEIN
148	Waser	Urs	SVP	NEIN
001	Weber-Gachnang	Theresia	SVP	--
094	Welz	Michael	EDU	NEIN
117	Wettstein	Sabine	FDP	--
018	Wicki	Monika	SP	JA
077	Widler	Josef	CVP	JA
045	Widmer	Céline	SP	JA
079	Wiederkehr	Josef	CVP	JA
052	Wiesner	Hans W.	GLP	--
073	Wirth	Thomas	GLP	JA
060	Wyssen	Claudia	SP	JA
141	Wyss	Orlando	SVP	NEIN
174	Zahler	Erika	SVP	NEIN
135	Zanetti	Claudio	SVP	NEIN
056	Zeugin	Michael	GLP	JA
054	Ziegler	Christoph	GLP	JA
122	Zimmermann	Rolf Robert	SVP	NEIN
025	Zollinger	Johannes	EVP	JA
132	Zuber	Martin	SVP	NEIN
113	Züllig	Hansueli	SVP	NEIN
--				
--				
--				
--				

Abstimmungsprotokoll Rathaus Zürich

Kantonsrat Zürich

Geschäftstitel:	Bewilligung von jährlich wiederkehrenden Überträgen aus dem Lotteriefonds (Leistungsgruppe Nr. 4980) an das Amt für Landschaft und Natur für Leistungen im Bereich Naturbildung	
Geschäfts#:	5144a	
Stimm-Datum:	2015.06.29 - 17:23:27	
JA:	80	
NEIN:	84	
Enthalten:	0	
Nicht Präsent:	16	
Total Stimmen:	164	
Stichentscheid:	--	

Abstimmungsprotokoll

Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
030	Ackermann	Pia	SP	NEIN
082	Ackermann	Ruth	CVP	NEIN
042	Agosti Monn	Theres	SP	NEIN
089	Albanese	Franco	CVP	--
114	Amacker	Bruno	SVP	JA
126	Amrein	Hans-Peter	SVP	JA
110	Arnold	Martin	SVP	JA
140	Bachmann	Ernst	SVP	JA
163	Balmer	Bettina	FDP	JA
171	Bär	Hansruedi	SVP	JA
010	Barrile	Angelo	SP	NEIN
057	Bartal	Isabel	SP	NEIN
086	Bellaiche	Judith	GLP	NEIN
165	Bender	André	SVP	JA
161	Berger	Antoine	FDP	JA
131	Biber	Michael	FDP	JA
020	Bischoff	Markus	AL	NEIN
049	Bloch	Beat	CSP	NEIN
147	Boesch	Hans-Jakob	FDP	JA
123	Bollinger	Erich	SVP	JA
173	Bonato	Diego	SVP	JA
111	Borer	Anita	SVP	JA
080	Brazerol	Rico	BDP	--
146	Brunner	Hans-Peter	FDP	JA
034	Brunner	Robert	Grüne	NEIN
058	Büchi	Renate	SP	NEIN
083	Bürgin	Yvonne	CVP	NEIN
154	Burtscher	Rochus	SVP	JA
007	Bussmann	Barbara	SP	NEIN
013	Bütikofer	Kaspar	AL	NEIN

Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
115	Camenisch	Linda	FDP	JA
180	Dalcher	Pierre	SVP	JA
043	Daurù	Andreas	SP	NEIN
095	Egli	Hans	EDU	JA
003	Egli	Karin	SVP	JA
071	Erdin	Andreas	GLP	NEIN
181	Erni	Jonas	SP	NEIN
130	Farner	Martin	FDP	--
068	Fehr Thoma	Karin	Grüne	NEIN
062	Feldmann	Stefan	SP	NEIN
149	Fischer	Benjamin	SVP	JA
039	Fischer	Gerhard	EVP	NEIN
103	Franzen	Barbara	FDP	JA
041	Frei	Daniel	SP	NEIN
151	Frei	Ruth	SVP	JA
160	Frey	Beatrix	FDP	JA
142	Furrer	Astrid	FDP	JA
138	Fürst	Reinhard	SVP	JA
162	Galliker	Nadja	FDP	JA
106	Gantner	Alex	FDP	JA
070	Gehrig	Sonja	GLP	NEIN
105	Geistlich	Andreas	FDP	JA
014	Göldi	Hanspeter	SP	NEIN
033	Gschwind	Benedikt	SP	NEIN
024	Gugger	Nik	EVP	NEIN
088	Gut	Astrid	BDP	NEIN
053	Gutmann	Eva	GLP	NEIN
021	Guyer	Esther	Grüne	NEIN
109	Haab	Martin	SVP	JA
102	Habegger	Beat	FDP	JA
143	Hänni	Cäcilia	FDP	JA
096	Häring	Hans Peter	EDU	JA
074	Hauri	Andreas	GLP	NEIN
127	Hauser	Matthias	SVP	JA
036	Häusler	Edith	Grüne	NEIN
065	Heierli	Daniel	Grüne	NEIN
072	Hodel	Daniel	GLP	NEIN
015	Hoesch	Felix	SP	NEIN
176	Hofer	Jacqueline	SVP	--
144	Hofmann	Olivier Moïse	FDP	JA
067	Homberger	Max Robert	Grüne	NEIN
155	Huber	Beat	SVP	JA
167	Hübscher	Martin	SVP	JA
087	Hunger	Stefan	BDP	NEIN
012	Huonker	Laura	AL	NEIN
121	Isler	René	SVP	JA
099	Jäger	Alexander	FDP	JA
046	Joss	Rosmarie	SP	NEIN
048	Kaeser	Regula	Grüne	NEIN
032	Katumba	Andrew	SP	NEIN
081	Keller	Cornelia	BDP	NEIN

Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
124	Keller	Rolando	SVP	JA
3a	Kläy	Dieter	FDP	--
097	Koller	Prisca	FDP	--
128	Krebs	Beatrice	FDP	--
129	Kull	Katharina	FDP	JA
159	Kündig	Jörg	FDP	--
091	Kutter	Philipp	CVP	NEIN
063	Lais	Ruedi	SP	NEIN
139	Langhard	Walter	SVP	JA
178	Langhart	Konrad	SVP	JA
076	Lenggenhager	Marcel	BDP	NEIN
119	Leuenberger	Susanne	SVP	JA
152	Liebi	Roger	SVP	JA
027	Loss	Davide	SP	NEIN
137	Lucek	Christian	SVP	JA
075	Mäder	Jörg	GLP	NEIN
022	Margreiter	Ralf	Grüne	NEIN
064	Marthaler	Thomas	SP	NEIN
017	Marti	Sibylle	SP	NEIN
008	Matter	Sylvie	SP	NEIN
061	Meier	Esther	SP	NEIN
093	Meier	Peter	EDU	--
023	Meier	Walter	EVP	NEIN
153	Mettler	Christian	SVP	JA
029	Meyer	Mattea	SP	NEIN
168	Moor	Ursula	SVP	JA
098	Müller	André	FDP	JA
104	Müller	Christian	FDP	JA
031	Munz	Roland	SP	NEIN
035	Neukom	Martin	Grüne	NEIN
182	Peter	Jacqueline	SP	NEIN
051	Petri	Gabi	Grüne	NEIN
166	Pflugshaupt	Elisabeth	SVP	--
084	Pinto	Jean-Philippe	CVP	NEIN
133	Preisig	Peter	SVP	JA
157	Raths	Hans Heinrich	SVP	JA
026	Reinhard	Peter	EVP	NEIN
156	Rinderknecht	Margreth	SVP	JA
066	Rohweder	Maria	Grüne	NEIN
116	Rueff	Sonja	FDP	JA
019	Sahli	Manuel	AL	NEIN
044	Sarbach	Martin	SP	NEIN
107	Sauter	Regine	FDP	JA
040	Schaaf	Markus	EVP	NEIN
055	Schaffner	Barbara	GLP	NEIN
134	Scheck	Roland	SVP	JA
085	Scherrer Moser	Benno	GLP	NEIN
120	Schmid	Claudio	SVP	JA
078	Schmid	Lorenz	CVP	NEIN
004	Schmid	Roman	SVP	JA
038	Schoch	Walter	EVP	NEIN

Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
145	Schucan	Christian	FDP	JA
100	Schwab	Daniel	FDP	JA
009	Seiler Graf	Priska	SP	NEIN
059	Sieber Hirschi	Sabine	SP	NEIN
037	Sommer	Daniel	EVP	NEIN
047	Späth	Markus	SP	NEIN
183	Spillmann	Moritz	SP	--
136	Steinemann	Barbara	SVP	JA
050	Steiner	Kathy	Grüne	NEIN
028	Steiner	Rafael	SP	NEIN
002	Steiner	Rolf	SP	NEIN
172	Steinmann	Armin	SVP	JA
011	Stofer	Judith Anna	AL	NEIN
184	Straub	Esther	SP	NEIN
170	Sulser	Jürg	SVP	JA
090	Thomet	Corinne	CVP	NEIN
016	Tognella	Birgit	SP	--
108	Trachsel	Jürg	SVP	JA
125	Truninger	René	SVP	JA
112	Tuena	Mauro	SVP	JA
150	Uhlmann	Peter	SVP	JA
158	Vogel	Thomas	FDP	JA
118	Vogt	Hans-Ueli	SVP	JA
101	Vollenweider	Peter	FDP	JA
069	von Planta	Cyrill	GLP	--
092	Vontobel	Erich	EDU	JA
175	Wäfler	Daniel	SVP	JA
179	Walliser	Bruno	SVP	JA
148	Waser	Urs	SVP	JA
001	Weber-Gachnang	Theresia	SVP	--
094	Welz	Michael	EDU	JA
117	Wettstein	Sabine	FDP	--
018	Wicki	Monika	SP	NEIN
077	Widler	Josef	CVP	NEIN
045	Widmer	Céline	SP	NEIN
079	Wiederkehr	Josef	CVP	NEIN
052	Wiesner	Hans W.	GLP	--
073	Wirth	Thomas	GLP	NEIN
060	Wyssen	Claudia	SP	NEIN
141	Wyss	Orlando	SVP	JA
174	Zahler	Erika	SVP	JA
135	Zanetti	Claudio	SVP	JA
056	Zeugin	Michael	GLP	NEIN
054	Ziegler	Christoph	GLP	NEIN
122	Zimmermann	Rolf Robert	SVP	JA
025	Zollinger	Johannes	EVP	NEIN
132	Zuber	Martin	SVP	JA
113	Züllig	Hansueli	SVP	JA
--				
--				
--				
--				

Abstimmungsprotokoll Rathaus Zürich

Kantonsrat Zürich

Geschäftstitel:	Bewilligung von jährlich wiederkehrenden Überträgen aus dem Lotteriefonds (Leistungsgruppe Nr. 4980) an das Amt für Landschaft und Natur für Leistungen im Bereich Naturbildung	
Geschäfts#:	5144a	
Stimm-Datum:	2015.06.29 - 17:24:50	
JA:	109	
NEIN:	54	
Enthalten:	0	
Nicht Präsent:	17	
Total Stimmen:	163	
Stichentscheid:	--	

Abstimmungsprotokoll

Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
030	Ackermann	Pia	SP	JA
082	Ackermann	Ruth	CVP	JA
042	Agosti Monn	Theres	SP	JA
089	Albanese	Franco	CVP	--
114	Amacker	Bruno	SVP	NEIN
126	Amrein	Hans-Peter	SVP	NEIN
110	Arnold	Martin	SVP	NEIN
140	Bachmann	Ernst	SVP	NEIN
163	Balmer	Bettina	FDP	JA
171	Bär	Hansruedi	SVP	NEIN
010	Barrile	Angelo	SP	JA
057	Bartal	Isabel	SP	JA
086	Bellaiche	Judith	GLP	JA
165	Bender	André	SVP	NEIN
161	Berger	Antoine	FDP	JA
131	Biber	Michael	FDP	JA
020	Bischoff	Markus	AL	JA
049	Bloch	Beat	CSP	JA
147	Boesch	Hans-Jakob	FDP	JA
123	Bollinger	Erich	SVP	NEIN
173	Bonato	Diego	SVP	NEIN
111	Borer	Anita	SVP	NEIN
080	Brazerol	Rico	BDP	--
146	Brunner	Hans-Peter	FDP	JA
034	Brunner	Robert	Grüne	JA
058	Büchi	Renate	SP	JA
083	Bürgin	Yvonne	CVP	JA
154	Burtscher	Rochus	SVP	NEIN
007	Bussmann	Barbara	SP	JA
013	Bütikofer	Kaspar	AL	JA

Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
115	Camenisch	Linda	FDP	JA
180	Dalcher	Pierre	SVP	NEIN
043	Daurù	Andreas	SP	JA
095	Egli	Hans	EDU	NEIN
003	Egli	Karin	SVP	NEIN
071	Erdin	Andreas	GLP	JA
181	Erni	Jonas	SP	JA
130	Farner	Martin	FDP	--
068	Fehr Thoma	Karin	Grüne	JA
062	Feldmann	Stefan	SP	JA
149	Fischer	Benjamin	SVP	NEIN
039	Fischer	Gerhard	EVP	JA
103	Franzen	Barbara	FDP	JA
041	Frei	Daniel	SP	JA
151	Frei	Ruth	SVP	NEIN
160	Frey	Beatrix	FDP	JA
142	Furrer	Astrid	FDP	JA
138	Fürst	Reinhard	SVP	NEIN
162	Galliker	Nadja	FDP	JA
106	Gantner	Alex	FDP	JA
070	Gehrig	Sonja	GLP	JA
105	Geistlich	Andreas	FDP	JA
014	Göldi	Hanspeter	SP	JA
033	Gschwind	Benedikt	SP	JA
024	Gugger	Nik	EVP	JA
088	Gut	Astrid	BDP	JA
053	Gutmann	Eva	GLP	JA
021	Guyer	Esther	Grüne	JA
109	Haab	Martin	SVP	NEIN
102	Habegger	Beat	FDP	JA
143	Hänni	Cäcilia	FDP	JA
096	Häring	Hans Peter	EDU	NEIN
074	Hauri	Andreas	GLP	JA
127	Hauser	Matthias	SVP	NEIN
036	Häusler	Edith	Grüne	JA
065	Heierli	Daniel	Grüne	JA
072	Hodel	Daniel	GLP	JA
015	Hoesch	Felix	SP	JA
176	Hofer	Jacqueline	SVP	--
144	Hofmann	Olivier Moïse	FDP	JA
067	Homberger	Max Robert	Grüne	JA
155	Huber	Beat	SVP	NEIN
167	Hübscher	Martin	SVP	NEIN
087	Hunger	Stefan	BDP	JA
012	Huonker	Laura	AL	JA
121	Isler	René	SVP	NEIN
099	Jäger	Alexander	FDP	JA
046	Joss	Rosmarie	SP	JA
048	Kaeser	Regula	Grüne	JA
032	Katumba	Andrew	SP	JA
081	Keller	Cornelia	BDP	JA

Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
124	Keller	Rolando	SVP	NEIN
3a	Kläy	Dieter	FDP	--
097	Koller	Prisca	FDP	--
128	Krebs	Beatrice	FDP	--
129	Kull	Katharina	FDP	JA
159	Kündig	Jörg	FDP	--
091	Kutter	Philipp	CVP	JA
063	Lais	Ruedi	SP	JA
139	Langhard	Walter	SVP	NEIN
178	Langhart	Konrad	SVP	NEIN
076	Lenggenhager	Marcel	BDP	JA
119	Leuenberger	Susanne	SVP	NEIN
152	Liebi	Roger	SVP	NEIN
027	Loss	Davide	SP	JA
137	Lucek	Christian	SVP	NEIN
075	Mäder	Jörg	GLP	JA
022	Margreiter	Ralf	Grüne	JA
064	Marthaler	Thomas	SP	JA
017	Marti	Sibylle	SP	JA
008	Matter	Sylvie	SP	JA
061	Meier	Esther	SP	JA
093	Meier	Peter	EDU	--
023	Meier	Walter	EVP	JA
153	Mettler	Christian	SVP	NEIN
029	Meyer	Mattea	SP	JA
168	Moor	Ursula	SVP	--
098	Müller	André	FDP	JA
104	Müller	Christian	FDP	JA
031	Munz	Roland	SP	JA
035	Neukom	Martin	Grüne	JA
182	Peter	Jacqueline	SP	JA
051	Petri	Gabi	Grüne	JA
166	Pflugshaupt	Elisabeth	SVP	--
084	Pinto	Jean-Philippe	CVP	JA
133	Preisig	Peter	SVP	NEIN
157	Raths	Hans Heinrich	SVP	NEIN
026	Reinhard	Peter	EVP	JA
156	Rinderknecht	Margreth	SVP	NEIN
066	Rohweder	Maria	Grüne	JA
116	Rueff	Sonja	FDP	JA
019	Sahli	Manuel	AL	JA
044	Sarbach	Martin	SP	JA
107	Sauter	Regine	FDP	JA
040	Schaaf	Markus	EVP	JA
055	Schaffner	Barbara	GLP	JA
134	Scheck	Roland	SVP	NEIN
085	Scherrer Moser	Benno	GLP	JA
120	Schmid	Claudio	SVP	NEIN
078	Schmid	Lorenz	CVP	JA
004	Schmid	Roman	SVP	NEIN
038	Schoch	Walter	EVP	JA

Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
145	Schucan	Christian	FDP	JA
100	Schwab	Daniel	FDP	JA
009	Seiler Graf	Priska	SP	JA
059	Sieber Hirschi	Sabine	SP	JA
037	Sommer	Daniel	EVP	JA
047	Späth	Markus	SP	JA
183	Spillmann	Moritz	SP	--
136	Steinemann	Barbara	SVP	NEIN
050	Steiner	Kathy	Grüne	JA
028	Steiner	Rafael	SP	JA
002	Steiner	Rolf	SP	JA
172	Steinmann	Armin	SVP	NEIN
011	Stofer	Judith Anna	AL	JA
184	Straub	Esther	SP	JA
170	Sulser	Jürg	SVP	NEIN
090	Thomet	Corinne	CVP	JA
016	Tognella	Birgit	SP	--
108	Trachsel	Jürg	SVP	NEIN
125	Truninger	René	SVP	NEIN
112	Tuena	Mauro	SVP	NEIN
150	Uhlmann	Peter	SVP	NEIN
158	Vogel	Thomas	FDP	JA
118	Vogt	Hans-Ueli	SVP	NEIN
101	Vollenweider	Peter	FDP	JA
069	von Planta	Cyrill	GLP	--
092	Vontobel	Erich	EDU	NEIN
175	Wäfler	Daniel	SVP	NEIN
179	Walliser	Bruno	SVP	NEIN
148	Waser	Urs	SVP	NEIN
001	Weber-Gachnang	Theresia	SVP	--
094	Welz	Michael	EDU	NEIN
117	Wettstein	Sabine	FDP	--
018	Wicki	Monika	SP	JA
077	Widler	Josef	CVP	JA
045	Widmer	Céline	SP	JA
079	Wiederkehr	Josef	CVP	JA
052	Wiesner	Hans W.	GLP	--
073	Wirth	Thomas	GLP	JA
060	Wyssen	Claudia	SP	JA
141	Wyss	Orlando	SVP	NEIN
174	Zahler	Erika	SVP	NEIN
135	Zanetti	Claudio	SVP	NEIN
056	Zeugin	Michael	GLP	JA
054	Ziegler	Christoph	GLP	JA
122	Zimmermann	Rolf Robert	SVP	NEIN
025	Zollinger	Johannes	EVP	JA
132	Zuber	Martin	SVP	NEIN
113	Züllig	Hansueli	SVP	NEIN
--				
--				
--				
--				